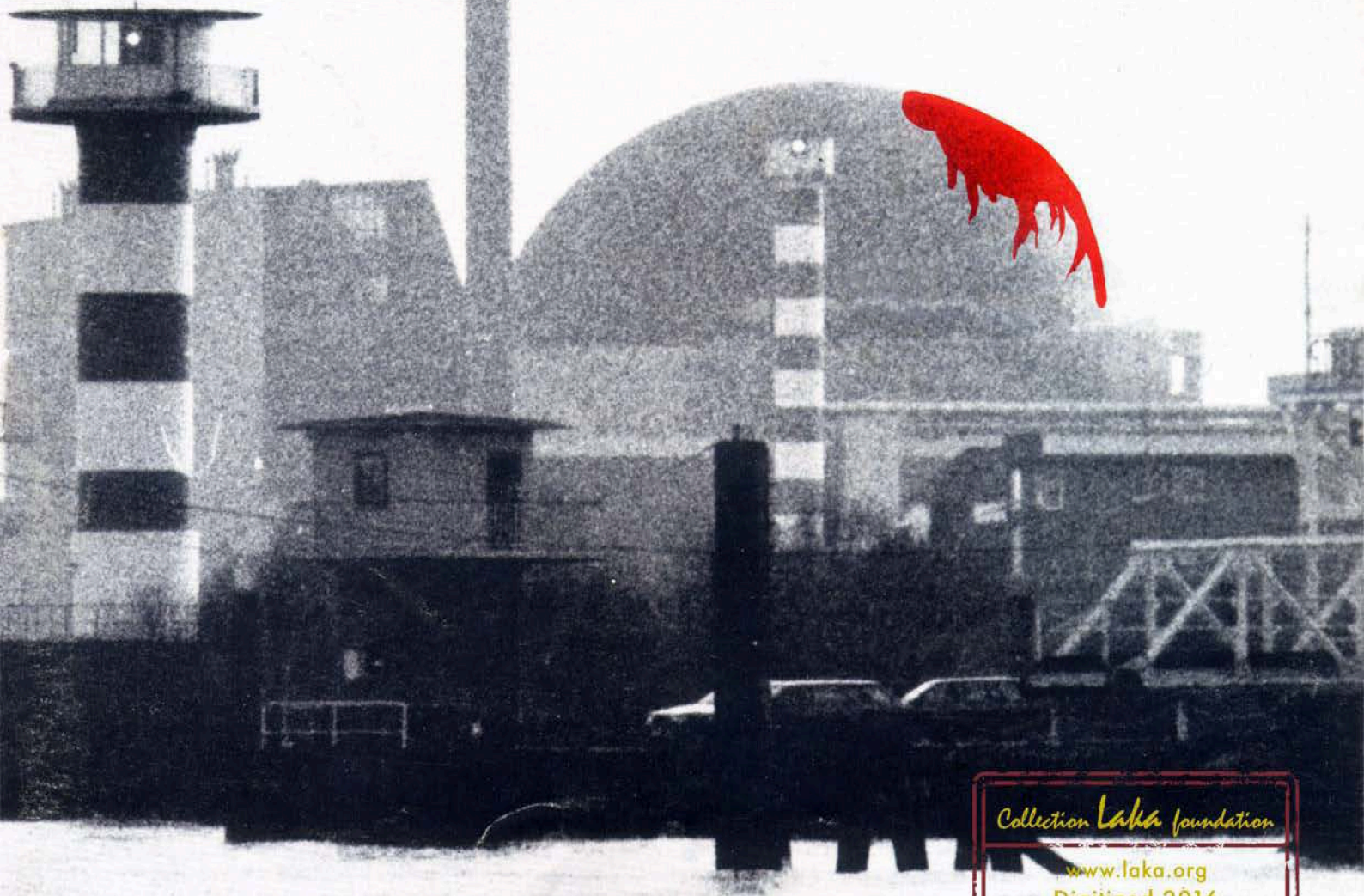
April/Mai 1987
4,— DM

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

akw stade stillegen +++ mitteilung nr. 1 +++ a.t.o.m. +++



Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

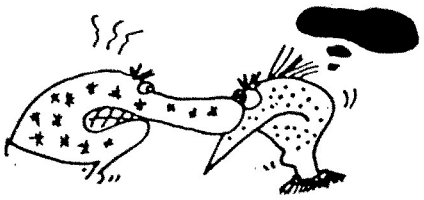
_____ _____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Unterschiedliche Gesichtspunkte



sind in päd. extra nichts Ungewöhnliches

Jeden Monat neu:

- **Schwerpunktthema** auf 16 Seiten
- **Alternative Bekanntmachungen** außerschulischer Initiativen im Bildungsbereich
- **praxismarkt** mit Unterrichtsideen und -einheiten
- 5 Seiten **Markt** mit Terminen, Angeboten und Gesuchen
- und Berichte, Kommentare, Meinungen ...

Themen in päd. extra:
Verkehrspädagogik – Jugend 1945-62 – Berufspraktikum – Rückwanderer-Kinder – Politische Bildung – Theater-Pädagogik – Schule ins Museum – Kinderläden.

Probehefte zu bestellen bei:
extra Verlags GmbH
Langgasse 24
6200 Wiesbaden

Im Vergleich zu uns

IN**GUTSCHEIN**GUTSCHEI
SCHEIN**GUTSCHEIN**GUTS

In der neuen Nummer:

CIA und die Contra:
Politik des "großen Knüppels"
Interview :
mit Julio Maltez von der UNI in Managua
Gewalt in Guatemala:
Wo der Tod verwaltet wird
Mexico und die Krise :
Ist Pascual ein Modell ?

Abonnieren: Einzelheft 32 Seiten 3,-DM. 10 Hefte jährlich. 6-Hefte-Abo 18,–DM. Solidaritätsabo ab 28,–DM.

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1, Tel.: 0431/565848

Gegen Einsendung dieser Anzeige erhalten Sie das abgebildete Heft kostenlos (pro Person einmal).

Ich bestelle die taz

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark
☐ 20 Wochen für 100 Mark

*Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

Bargeld liegt bei
Verrechnungsscheck liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung

Unterschrift

sind alle anderen gleich!*

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von AtomExpress und atommüllzeitung und wird herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und vom Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsanschriften:

Atom Express:
Reinhäuserlandstr. 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, 0551/7700158

atommüllzeitung:
Sültenweg 53, 2120 Lüneburg
oder:
c/o Günter Garbers, Posenerstr. 22, 2121 Reppenstedt, 04131/63315

Bestelladresse:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945, 3400 Göttingen
Konto: "atom", G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Archivarisches
Dies ist die **atom 15.** Oder nach alter Zählweise: **Atom Express 55** und **atommüllzeitung 41.**

V.I.S.d.P.:
Enno Brand, Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Titelfoto: Günter Zint

SPENDENKONTO:
Bernd Weidmann, Sonderkonto,
PSchA Hannover, Nr.: 4098-304

Diese Ausgabe kostet 4,— DM, für Bls und andere Wiederverkäufer/innen ab 5 Exemplaren 3,— Mark.

Ein **Abonnement** für 5 Ausgaben (incl. Porto) kostet **25,— DM** (Förderpreis 35,—).

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Nachtrag zu Ausgabe 13

Das Titelbild sowie die Fotos aus dem BUKO-Teil wurden aus den Büchern der Edition Photothek, Band 2,5,6,7 aus dem Dirk-Nishen-Verlag, Berlin Kreuzberg entnommen

Wichtig!
WAA-Großaktion

Bundesweites Treffen zur weiteren Diskussion und Vorbereitung der WAA-Großaktionen in Schwandorf findet statt am **28. März um 12.00 Uhr in der Brauereigaststätte Fronberg in Schwandorf.**

Inhalt

Kritik an der Atom 4

Schwerpunkt 1: Atommüllkonferenz

Die Atommüllkonferenz in Bielefeld geriet wegen der vorhergehenden Verbote zu einer weiteren BuKo – auf der u.a. viel Kritik am politischen Vorgehen der „atom" kam. Im Schwerpunkt 1 ein Überblick über die kritischen Anmerkungen, die Diskussion der Aktionen und in den AG's.

Arbeitsgruppen-Berichte 8
KWU-Kampagne 13
Herbstaktionen in Wackersdorf 14

WAA-Chronik, Teil 5 18
Prozeß gegen Radi-Aktiv 25

Schwerpunkt 2: Radioaktive Molke

Zwei Artikel befassen sich mit der „Irrfahrt" der Atommolke aus Bayern, über Bremen und Köln, bis zur Zwischenlagerung bei Meppen im Emsland.

Radioaktive Molke – Altlast von Tschernobyl 32

Schwerpunkt 3: Aktionen gegen Stade

Die Anti-AKW-Bewegung rückt dem Schrottreaktor Stade zu Leibe. Wir berichten über die geplante Stillegungskampagne und den morschen Druckkessel des AKW's.

Stillegungskampagne 38
Druckkessel im Eimer 42

Standorte Siedewasserreaktoren 44
Geht Kalkar ans Netz? 47
Aktionen gegen die UAA 48

Bundeskonferenz-Nachlese 52
Nachtrag zu den AG-Berichten 53
Reden der Auftaktveranstaltung 57

Gorleben 10 Jahre Widerstand: (K)ein Grund zum Feiern? 64

Zur »atom-Beilage« nach der BuKo in Nürnberg

In der 8-seitigen Beilage, die wir zusammen mit der Sondernummer zu den neuen Gesetzen verschickten, mußte der Eindruck entstehen, als sei der Wackersdorf-Aktionsvorschlag von atom und radiaktiv mehr oder weniger einstimmig verabschiedet worden. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Arbeitsgruppenresolution wurde zwar 'fast einstimmig verabschiedet in der AG', allerdings unter einem hohen Abstimmungsdruck. Am Tage darauf auf dem Plenum distanzierten sich drei der vier Leute, die am Abend vorher die Resolution verfaßt hatten, von dem Papier und die zeitlich begrenzte Diskussion auf dem Plenum zeigte, daß der Vorschlag keineswegs auf einhellige Zustimmung stieß, sondern sehr umstritten war. Unter anderen sprachen sich auch einige Vertreter aus der Oberpfalz gegen den Vorschlag aus. Es war nicht Absicht der Redaktion, dies zu verschweigen. Vielmehr waren diejenigen in der Redaktion, die die Beilage setzten und lay-outeten, selbst nicht in Nürnberg gewesen, sodaß das Fehlen dieses so wichtigen Komplexes erst zu spät bemerkt wurde.

»atom«-Kritik

In eigener Sache

Zunächst hatten wir überlegt, in dieser Nummer einen kleinen Rückblick in Sachen Zeitungsarbeit zu machen: denn vor fast genau 10 Jahren erschien die erste Nummer des "Atom Express", der Zeitung, die sich nach der Fusion mit der Lüneburger "Atommüllzeitung" vor drei Jahren nun "atom" schimmpft. Aus diesen Rückblick ist nun nichts geworden, denn die Gegenwart hat in eigener Sache mehr zu bieten, als sentimentale Rückblicke.
In der letzten Zeit hat sich, von uns unbemerkt, erheblicher Unmut aufgestaut gegen die atom. An einer einzelnen Sache läßt sich das wohl nicht festmachen, es ist halt eins zum anderen gekommen. Auf der Atommüllkonferenz - die ja mehr eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung war - haben wir den Frust und den Unmut von vielen über uns zu spüren bekommen, in vielen Einzelgesprächen am Büchertisch und in der Arbeitsgruppe Strukturen. Bei aller Verschiedenheit der Kritik lassen sich folgende Punkte als besonders wichtig feststellen:

1. Unser Vorschlag zu einer Großaktion in Wackersdorf, eingebracht in die BuKo Nürnberg, wurde von vielen als reichlich abgehoben empfunden und die Art und Weise, wie dieser Vorschlag in den Augen vieler dann 'durchgezogen' wurde bzw. werden sollte, kritisiert als eine Art von Politik, die politische Linien 'von oben nach unten' durchsetzt. Dazu gehört auch das Überschwemmen der Bewegung mit ausformulierten Papieren und die Tendenz, spontane Kritik schnell zu integrieren, in den Vorschlag 'mit aufzunehmen' und so zu neutralisieren bzw. für den eigenen Vorschlag nutzbar zu machen. Ein solches Verhalten wird zunehmend als Machtpolitik empfunden, die andere überfährt und gegen die man sich nur ganz schwer zur Wehr setzen kann - ganz abgesehen davon, daß es ja nicht Ziel unserer Diskussionen sein kann, sich gegen andere zur wehr setzen zu müssen. In einem halbwegs solidarischen und gleichberechtigten Diskussionsprozess sollte das jedenfalls nicht vorkommen.

2. Einigen lag noch die ganze Diskussionum die Hanau-Demo im November schwer im Magen. Der Vorschlag zur Hanau-Demo als 'die zentrale Aktion der Anti-AKW-Bewegung im Herbst 86' war ebenfalls von einigen Redaktionsmitgliedern der atom in die Frankfurter Konferenz im Juni letzten Jahres eingebracht und auch durchgesetzt worden. Der Vorschlag basierte weniger auf einer Debatte innerhalb der Bewegung, und auch nicht innerhalb der Redaktion atom, sondern war in den Köpfen einzelner entstanden . Die Hanau-Demo kam dann langsam in Schwung, ein Teil machte nur mehr oder weniger lustlos mit, weil nichts anderes in Sicht war und die Kritik nicht so weit ging, die Aktion offen zu boykottieren bzw. eine Diskussion darüber anzuzetteln. Und als die Demo dann eine ganz gute Aktion wurde, mochte dann auch niemand mehr mit der Kritik raus. Allein das ungute Gefühl blieb bei manchen. Erst im nachherein wurde vielen klar, daß auch bestimmte Inhalte der Aktion zumindest in ihrer Gewichtung umstritten waren, sei es die Bedeutung der militärischen Komponente des Atomprogramms oder sei es die Schwerpunktsetzung in der Bündnisfrage.

3. Die Bundeskonferenzen in Regensburg und Nürnberg ... Beide Treffen waren sehr viel stärker von der Machtpolitik einzelner leute und Gruppen geprägt - sicher auch bedingt durch die äußeren Verhältnisse - als in Bielefeld. In diesem Zusammenhang gab es nicht nur Kritik an einzelnen Personen, die nach außen und nach innen zu stark die Bewegung repräsentierten, ohne das es dafür ein Mandat oder darüber eine Auseinandersetzung gegeben hätte - Stichwort 'Prominentenkritik' -sondern z.B. auch an der atom, die sowohl kurz nach Regensburg als auch nach Nürnberg bundesweite Flugblätter in hoher Auflage verbreitete und damit wie selbstverständlich eine Art 'Zentrale-Funktion' wahrnahm, ohne dazu irgendein Mandat zu haben oder dazu aufgefordert worden zu sein.

Foto: Flottmann

4. Als ganz krass wurde in diesem Zusammenhang die atom Beilage zu Nürnberg empfunden. Zu recht, denn das völlige Ausblenden der Nürnberger Plenumsdiskussion konnte nur so aufgefaßt werden, als wenn die Redaktion der atom die Diskussionen auf der Nürnberger BuKo über den von ihr selbst eingebrachten Wackersdorf-Vorschlag bewußt glättend und verfälschend dargestellt hätte, um ihren Vorschlag weiter hochzuhalten und den Eindruck zu erwecken, als würde die Nürnberger Bundeskonferenz geschlossen hinter dem atom-Aktionsvorschlag stehen.

5. Zu den bereits genannten Kritikpunkten kam in der Arbeitsgruppe Strukturen auf der Bielefelder Konferenz noch ein weiterer hinzu: die Menschen und Gruppen, die in den letzten Jahren die Atommüllkonferenz gebildet haben, den Rundbrief und die ganze Koordination gemacht haben eines Treffens, das als eine der wenigen über einen längeren Zeitraum existierenden 'Institutionen' der Anti-AKW-Bewegung bezeichnet werden muß, haben zunehmend das Gefühl, daß die Zeitung atom die Atommüllkonferenz mißachtet, ja regelrecht totgeschwiegen hätte in der letzten Zeit und das trotz zahlreicher Versuche von Seiten der Atommüllkonferenz, diesen Zustand zu verändern. Als besonders bitter wurde dann ein Absatz in der letzten atom aufgefaßt, man müsse überlegen, in welcher Form Atommüllkonferenz und Rundbrief in Zukunft noch ihre Berechtigung haben.

Fazit der Kritik: die atom hat nicht nur durch ihre Zeitungsarbeit an sich eine besondere Machtstellung - die wohl als Abstraktum gar nicht zu ändern ist - sondern sie verhält sich zunehmend so, daß sie diese Machtposition ausnutzt, um 'Meinungen zu machen', Vorschläge einzubringen und durchzusetzen, um andere Auffassungen unter der Decke zu halten und nicht weiterzugeben.

Das ist eine sehr weitgehende Kritik, die in einer solchen Schärfe unserer Meinung nach nicht berechtigt ist. Uns ist aber klar, daß ein wahrer Kern in ihr stecken muß. Wir wollen an dieser Stelle der Kritik nicht entgegenhalten, daß erstens dieses nicht stimmt, und zweitens alles ganz anders war, und es drittens damit zusammenhängt, daß ... Wir werden das untereinander und mit anderen in der nächsten Zeit diskutieren, denn es muß ja einiges bei uns schief gelaufen sein. Entscheidend ist ja, wie unsere Arbeit und unsere Aktivitäten von euch empfunden wurde, und nicht, daß wir alles ganz anders sehen. Wir werden in den nächsten Ausgaben ausführlich über die Diskussionen berichten und freuen uns in diesem Zusammenhang über jede Anregung von außen.

Bis dann, die »atom«.

"...'verdeckten Zentralismus' entgegentreten"

Liebe Leute von der Redaktion,
hier also der Brief vom Anti-WAA-Plenum Bonn an Euch. Wir wünschen uns eine Diskussion darüber - unsere hier war lebhaft genug!
Es gab auch kritische Stimmen zum Brief, die sagten, Ihr hättet die Diskussion angeregt, nicht behindert - und "... ich finde den Brief kleinlich, wenn wir selber einen guten Vorschlag machen würden, wollten wir ja auch, daß die Leute das mitmachen - wenn der Vorschlag o.k. ist, unterstütze ich das doch...".
Kernpunkt aber ist, und so wurde der Brief auch vom Plenum verabschiedet, daß wir einem "verdeckten Zentralismus" entgegentreten wollen.
Das müßte in Eurem Sinn sein.
Liebe Grüße aus dem Raumschiff
für das Plenum

An die Redaktion atom

Liebe Leute,
da Ihr maßgeblich an den diversen Aufruf- und Aktionsvorschlägen für eine Großdemonstration/aktion in Wackersdorf in diesem Jahr beteiligt wart und seid, wollen wir Euch auf diesem Weg unsere Kritik übermitteln. Wir hoffen, daß es in der atom und vielleicht auch noch auf anderem Wege eine Auseinandersetzung darüber geben wird.
Viele von uns teilen die Einschätzung, daß große, gewaltige und massenhafte Aktionen in Wackersdorf, auch am Bauzaun, wichtig und politisch richtig sind. Auch für uns ist Wackersdorf Ausdruck nicht nur für gesundheitliche und ökologische Gefahren, sondern wir sehen die militärischen Dimensionen ebenso wie den Ausbau des Atomstaats bzgl. Überwachung und Kriminalisierung, Aufrüstung der Polizei und von BGS, die Verflechtung von Kapitalinteressen und Ausbeutung der 3. Welt.
Nach den Blockaden im vergagenen Herbst haben wir ausführliche Diskussionen über die Effizienz unseres Widerstandes dort geführt. Solidarität mit der oberpfälzer Bevölkerung ist für uns selbstverständlich, die Städtepartnerschaft wurde durch verschiedene Besuche und z.T. auch Briefkontakte vertieft und ausgebaut. Uns ist aber auch ganz klar geworden, daß wir unseren Widerstand genau da entwickeln und zur Stärke bringen müssen, wo wir leben. Wir haben nicht die Absicht, "Entwicklungshilfe" zu betreiben, wo wir es sehr nötig haben - gerade nach dem Anwachsen von Anti-AKW-Widerstand nach Tschernobyl - unsere örtlichen und regionalen Strukturen zu durchdenken und auf die Reihe zu kriegen.
Aus diesem Grund haben wir in den vergangenen Wochen auch ausführlich darüber diskutiert, wie unsere weitere Arbeit zu Wackersdorf, vor allem aber auch zu Hause, aussehen kann. Wir haben eine wichtige Diskussion darüber begonnen, ob Wackersdorf **die** Sache sein sollte oder es nicht vielmehr Zeit ist, die Infrastruktur stärker zu thematisieren und mit möglichst großen Aktionen anzugehen.
Die Art, wie von Euch als "Redaktion atom" die Diskussion um eine Großaktion in Wackersdorf vorangetrieben wurde, behindert unseren Diskussionsprozeß ganz erheblich!
Während bei uns noch der Sinn, die politische Zielsetzung und der Charakter von Wackersdorf-Aktivitäten diskutiert wird, werden von Euch, oder zumindest von Vertreter/inne/n von Euch, schon Trägerkreis- und Bündnistreffen in die Diskussion geworfen und auch -wie auf der Atommüllkonferenz in Bielefeld - terminfahrplanmäßig durchgepowert. Nicht umsonst wird jetzt der 11./12. April in der taz vom 23.2. als die Aktionskonferenz mit anderen Gruppen verkauft.
Eine Aktionskonferenz in Schwandorf hat unsere volle Zustimmung! Die Diskussion aber darüber, mit wem wir gemeinsam zu einer Großaktion mobilisieren wollen und ob überhaupt, hängt doch maßgeblich von den Inhalten ab. Und wenn die DKP hier bei uns nach Tschernobyl von CIA-Propaganda redet, von der wir uns nicht irre machen lassen sollen, ist es natürlich schwierig, gemeinsam mit diesen Leuten nach Wackersdorf zu mobilisieren.
Als Redaktionsgruppe und Mitglieder des Göttinger AK bzw. des Lüneburger AK gegen Atomanlagen habt Ihr über die Zeitung ein wichtiges Forum, **Diskussionsprozesse anzuschieben.** Die Art Eurer letzten Vorstöße zu Wackersdorf hat aber eine **gleichberechtigte Diskussion** in den Gruppen und bei regionalen Treffen nicht mehr gewährleistet. Vielmehr haben Eure Papiere die Diskussion bestimmt - so fehlten uns z.B. völlig Einschätzungen von oberpfälzer Gruppen, einfach, weil der Diskussionsprozeß auch dort noch voll im Gange ist und die nicht die Möglichkeit haben, die Anti-AKW-Bewegung mit ihren Papers zu überziehen.
Ihr solltet hier mehr Sensibilität für die Notwendigkeit von Diskussionsprozessen in anderen Gruppen entwickeln.
Wir meinen, es kann nicht Aufgabe der atom sein, uns Diskussionen und Einschätzungen (z.B. auch zur BUKO in Nbg.) fertig vorzuführen. Wir wollen die Diskussion gemeinsam - mit Euch - führen.
Im Rahmen einer Strukturdiskussion (auf der nächsten Atommüllkonferenz, in der atom, in der radi-aktiv, dem Atommüll-Rundbrief) sollte in der nächsten Zeit auch über die Aufgabe von den "Bewegungszeitungen" nachgedacht werden.

Anti-WAA-Plenum Bonn

"... Machtposition ..."

Auf der AMK treffen sich bundesweit 4.6 mal im Jahr BI's, die kontinuierlich an inhaltlichen Themen arbeiten. In der Diskussion über Funktion und Selbstverständnis taucht die Frage auf, ob sich die AMK als Aktions-, Arbeits- oder reine Standortkonferenz begreift. Standortkonferenz ist sie natürlich - spätestens seit dem GAU von Tschernobyl dürfte klar sein, daß hier alle Städte und Regionen Standorte sind. (Außerdem gibt es fast in jeder größeren Stadt oder Industriegebieten Projekte des Atomstaates, auch wenn sie nicht immer so deutlich sichtbar sind wie z.B. AKW's.)
Das Hauptgewicht einer AMK liegt auf dem Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen BI's. Das schließt das gemeinsame Planen von Aktionen nicht aus; sie werden von den örtlichen Initiativen entwickelt und eingebracht.
Sie ist aber keine Aktionskonferenz in dem Sinne, daß über von außen aufgesetzte Aktionen diskutiert wird, Entscheidungen über Aktionen gefällt werden (das machen die örtlichen BI's) oder Bündnispolitik betrieben wird.

- Zur Auseinandersetzung mit der 'atom' -

In der 'atom' 11/12 '86, S. 29, wird von der Regensburger BuKo "eine Beschlußfassung ... über den zukünftigen Charakter der Atommüllkonferenz" gefordert. Entschieden werden sollte, ob die AMK sich beschränkt "auf BI's von Atommüllstandorten oder Umwandlung in ein bundesweites offenes Anti-Atom Koordinationstreffen" und über die weitere Funktion des Rundbriefes. Der daraufhin von Anette and ie 'atom' geschickte Leserinnenbrief wurde nicht abgedruckt:

"An den Schreiber des BUKO Artikels in der letzten atom und Atommüllkonferenzler

Die Atommüllkonferenz, ein seit Jahren regelmäßig arbeitendes überregionales Gremium der Anti-AKW-Bewegung, ist ein Treffen von Standortinitiativen und BI's, die standortbezogen bzw. an Anti-Atom-Themen inhaltlich arbeiten.
Der Atommüllrundbrief ist ein wichtiges Element der Arbeit, der zwischen den Konferenzen einen kontinuierlichen Informationsfluß bietet. Die Aufgabe des Rundbriefs ist ausschließlich der Informationsaustausch, die BI's bestimmen durch ihre Mitarbeit Inhalt und Umfang.

Zitat aus der atom Seite 29 (11/12 '86):
"Eine Beschlußfassung sollte endlich über den zukünftigen Charakter der Atommüllkonferenz gefaßt werden. Das heißt Beschränkung auf BI's von Atommüllstandorten oder Umwandlung in ein bundesweites, offenes Anti-Atom Koordinationstreffen. Verbunden werden muß diese Diskussion mit der (zukünftigen?) Funktion des "Rundbriefes" der Atommüllkonferenz (ex Anti-Atom-Büro Diemelstadt), der sein Aufgabenfeld mit Veränderung der Konferenz ebenfalls erweitern müßte."

Durch dieses Formulierung wird der Rundbrief rhetorisch und ohne konkrete Kritik diffamiert und in Frage gestellt. Natürlich haben wir auf der letzten Atommüllkonferenz überlegt, wie wir mit der Situation nach Tschernobyl umgehen, wie wir die Zusammenarbeit mit neuen Initiativen gestalten können. Ich möchte alle auffordern, sich konstruktiv und kritisch an der Diskussion zu beteiligen!

Ich bin auch der Meinung, daß die Atommüllkonferenz und der Rundbrief an Substanz verloren haben - doch verstehe ich nicht meine Aufgabe darin, als Obermackerin zentralistisch den Inhalt zu bestimmen - es liegt an der nachlassenden Mitarbeit der BI's, wenn die Atommüllkonferenzen nicht mehr die inhaltliche, kontinuierliche Arbeit leisten und die Rundbriefe weniger und dünner werden (da ich dieses Jahr nicht mehr ständig rumtelefoniert habe um Informationen zusammenzutragen, sind in diesem Jahr 4 Rundbriefe weniger erschienen (9 statt 13)).
Ich möchte jedoch anmerken, daß für viele BI's die Atommüllkonferenzen und der Rundbrief hilfreich für ihre Arbeit vor Ort sind, was sich in Rückmeldungen und ständig neuen Abonnenten zeigt.
Die Kriminalisierung unserer Bewegung wie auch das bayernweite Versammlungsverbot für die BUKO machen eine Zusammenarbeit und einen Informationsaustausch noch wichtiger.
Anette"

Genausowenig wie dieser Brief wurden in der letzten Zeit Termine und AMK-Berichte in der 'atom' veröffentlicht!
Die 'atom' druckt nichts mehr von der AMK, stattdessen wird ein Vorschlag zur Umstrukturierung gemacht: so, wie es in der 'atom' 11/12 formuliert ist, wird die Konferenz als reine Atommüllstandortkonferenz dargestellt - was sie nicht ist und was die Redaktion der 'atom' auch weiß.
Bleibt die Überlegung, welches inhaltliche Interesse der 'atom'-Redaktion oder einzelner Menschen aus der Redaktion dahinter steckt: Daß auf AMK's Aktionen von den örtlichen BI's eingebracht werden, unterscheidet sie von Aktions-/Koordinatinstreffen, wo das nicht selbstverständlich ist. Mir kommt dabei die Erinnerung an die Umgehensweise mit dem Vorschlag der 'atom'-Redaktion für eine Großdemo in WAAckersdorf im Herbst. In der Nürnberger AG zu diesem Thema wurde er von den Menschen aus der Region zunächst abgelehnt, weil er kräftemäßig nicht organisierbar und politisch unsinnig sei - also klar ein Vorschlag, der von außen ohne Kenntnis der Situation in der Region aufgedrückt worden ist.
Deutlich wird daran die Machtposition, die die 'atom' wohl oder übel in der Anti-AKW-Bewegung hat. Die AMK wird totgeschwiegen, das achtseitige gelbe Flugblatt über die Nürnberger BuKo bundesweit in hoher Auflage verbreitet - mit einer stark umstrittenen inhaltlichen Einschätzung und Fehlern bzw. Verfälschungen: verschwiegen wird, daß drei der vier Verfasser/innen des abgedruckten WAAckersdorf-Vorschlags sich von ihm auf dem Abschlußplenum distanzierten; die Darstellung des Barrikadebaus zeigt, daß der/die Verfasser/in die Diskussion um Sinn und Zweck wohl nicht mitbekommen haben, was aber nicht daran hindert, darüber zu schreiben etc.
Wir laden die Vertreter/innen der Redaktion der 'atom' zur nächsten Atommüllkonferenz ein, um die Auseinandersetzung nicht nur schriftlich zu führen. Sie wird voraussichtlich am 16./17.5. sein, der Ort steht jetzt noch nicht fest.
Alle BI's möchten wir nochmal daran erinnern, uns Berichte über Aktionen, Flugblätter etc zu schicken! Achtung, die Atommüllkonferenz hat eine neue Adresse:

Atommüllkonferenz
c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
4400 Münster
Tel. 02 51/52 11 12

Mit 'atom'ärgerlichen, mafiafeindlichen Grüßen!
Andreas, für die Leute vom AMK-Rundbrief

Atommüllkonferenz Bielefeld

Aktionsfahrplan verabschiedet

Die letzte Atommüllkonferenz fand am 21./22. Februar in Bielefeld statt: Über 300 Teilnehmer/innen von BI's aus dem ganzen Bundesgebiet, ein breites Themen- und Arbeitsgruppenspektrum sowie Beschlüsse über die Bewegungsaktivitäten für 1987 gaben dem Treffen allerdings eher den Charakter einer BUKO. So war es allerdings auch von vornherein angelegt, denn allzu viel war von den BUKOs in Regensburg und Nürnberg noch "unerledigt" geblieben.

Nicht alle Anwesenden konnten sich allerdings damit anfreunden, daß die Bielefelder Konferenz zur Massenveranstaltung umfunktioniert war. In einer spontan aufkommenden Plenumsdiskussion am Sonntag wurde deutlich, daß viele unterschiedliche Meinungen darüber bestehen, wie die Atommüllkonferenzen inhaltlich, organisatorisch und die Teilnehmer/innenzahl betreffend in Zukunft ausehen sollen.

Dessen ungeachtet ist in Bielefeld intensiv "gearbeitet" worden, wie ihr auf den folgenden Seiten lesen könnt. Im Einzelnen dokumentieren wir die Arbeitsgruppenprotokolle, die Resolutionen der Konferenz, einen Offenen Brief an die Grünen zum Thema Kriminalisierung und einen Vorschlag zur Pressearbeit auf Anti-AKW-Konferenzen. Leute aus Berlin stellen dann die geplante Kampagne gegen die KWU vor, und in zwei eigenen Beiträgen beschäftigen wir uns mit den geplanten Großaktionen im Herbst in Wackersdorf.

Eine Anmerkung noch an die Adresse der TAZ, deren Berichterstatterin unter der Kommentarüberschrift "Chance vertan" darüber jammerte, daß die Bewegung nur nach Wackersdorf starre, statt knackige Aktionen zum Tschernobyl-Jahrestag auf die Beine zu stellen und endlich die "neuen" Gruppen zu integrieren: Abgesehen von großen Unterschieden in der Wahrnehmung und Einschätzung nützen solche, von oben herab abgegebenen Stellungnahmen niemandem etwas, am wenigsten der Anti-AKW-Bewegung.

AG-Atommülltransporte

Nachdem bisher Atommüll fast unsichtbar und unbemerkt auf Straße und Schiene durchs ganze Land transportiert wurde, wächst jetzt das öffentliche Interesse. Deutlich sichtbar an den mit Spannung und Ablehnung verfolgten Molkeschiebereien.

Wieviel größer die Gefahr bei allen Arten von Atommülltransporten ist, soll durch **Informationsveranstaltungen** und einen **bundesweiten Aktionstag** einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht werden. Als erstes soll ein **Steckbrief** verbreitet werden, der mit Fotos von verschiedenen Atommülltransporten versehen wird, um diese besser erkennen zu können. Diese "Großfahndung" nach Atommülltransporten soll den Überblick über die bisher geheimen Transporte ermöglichen, um über die direkte Betroffenheit der Bevölkerung weitere Transporte zu verhindern.

AG-Bericht Stillegungskampagne/Standorte

Zu der AG-Stillegungskampagne/Standorte trafen sich im Umweltzentrum ca. 50 Leute. Die große Teilnehmerzahl ergab sich in erster Linie durch die breite Themenpalette, die in dieser AG zusammengefaßt war. So wurde sich zum einen an die 2 Stunden darüber auseinandergesetzt, über was nun eigentlich diskutiert werden soll.

Meines Erachtens trat dabei ein Stil zutage, mit dem gemeinsame und/oder vereinheitlichte Aktionen in weite Ferne rücken. Es war bei fast keiner/em die Bereitschaft erkennbar, den eigenen Standort mit seinen Problemen oder die eigenen Anliegen, zugunsten einer Diskussion an einem Punkt, zurückzustellen. Stattdessen kam des öfteren Einschübe wie, *"Ist ja schön daß ihr bei euch etwas macht, aber uns bringt das nichts!", "Was ihr da macht ist echt stark, aber wir können bei uns nicht für euch mobilisieren!"*

Während der Diskussion wurden dann auch immer wieder verschiedene Themen durcheinandergemixt. Erzählte jemand was zu Stade, fing jemand anderes mit Gromau an. Sprach jemand über Gronau, fing jemand über Stommasten an. Von Strommasten, zu Gesetzen für die Genehmigung von Anlagen, usw. . Mein Eindruck: Mit Diskussionen wie sie in dieser AG stattfanden, ist der Idee von Stillegungskampagnen zu einzelnen Anlagen in keinster Weise gedient.

Doch nun zu den Inhalten. Kritik wurde an der gesamten Bewegung geäußert, da sie den Lügenmärchen wie sie Wallmann, oder einige Landesregierungen verbreiten (Weisungsrecht des Bundes, etc.) nicht entgegensetzt, obwohl die Beschäftigung mit den Gesetzen einem eine Menge Argumente an die Hand liefert.

Die meiste Zeit wurde am Thema Stillegungskampagne diskutiert. Dabei wurde vor allem festgestellt, daß für diese Kampagne eine Umorientierung innerhalb der Anti-AKW-Bewegung notwendig ist, und zwar weg von der reinen Verhinderung neuer Projekte, hin zu den bestehenden laufenden Anlagen. Nützlich für den Auftakt zu Aktionen ist der jährliche Brennelementwechsel, oder ein anderer Grund weshalb die Anlage stillsteht. Als wichtigster Punkt neben der Unterstützung der Aktionen in Stade und Gronau, sollte der Versuch gestartet werden, eine Liste zu erstellen, in der die verschiedenen Atomanlagen der BRD mit ihren technischen, gesetzlichen und politischen Schwachpunkten zusammengefaßt werden.

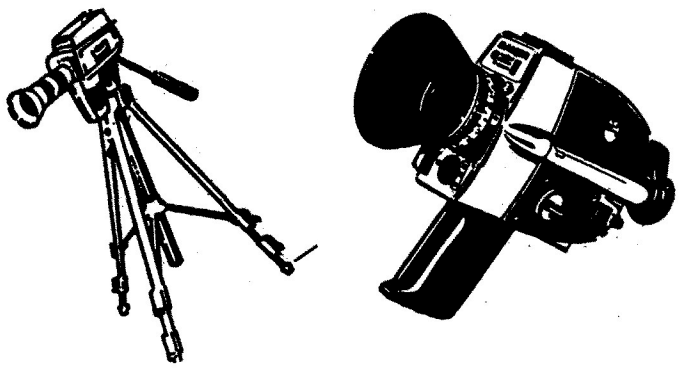
Dies wurde als Grundlage für eine weiter angelegte, sich langsam ausdehnende Stillegungskampagne betrachtet.

Zum Thema Tschernobyltag wurde beantragt, aufzurufen am 26.4.87 möglichst viele Strommasten zu besetzen. Dies wurde dahingehend abgeändert, daß am Tschernobyltag zu den Anlagen mobilisiert werden soll, und nach eventuellen Demos die Strommasten die von der Atomanlage wegführen, besetzen. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht als Aufruf formuliert, sondern als eine Idee unter vielen zum Tschernobyltag verstanden.

Am Ende kam dann noch der Vorschlag, ein Tribunal, verbunden mit einem Widerstandskongreß durchzuführen. Darüber wurde aber in Ermangelung der nötigen Zeit nicht mehr ausführlich diskutiert, d.h. es wurde weder ein inhaltlicher noch zeitlicher Rahmen als Diskussionsgrundlage festgehalten.

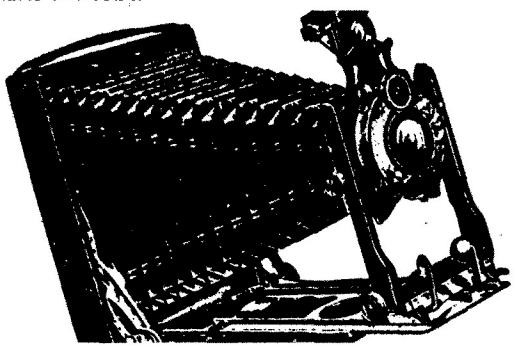
Georg

Das folgende Konzept zur Pressearbeit ist ein "Nebenprodukt" der Atommüllkonferenz. Es wurde vorgelegt von Th. von der Bielefelder Vorbereitungsgruppe und von der Atommüllkonferenz fast einstimmig gebilligt. Es erscheint uns sowohl hinsichtlich der Einschätzung von Presse und Pressearbeit der Bewegung als auch der konkreten Arbeitsvorschläge auch für folgende Konferenzen geeignet und könnte ein Ansatz sein, die immer wiederkehrenden Diskussionen um die Pressearbeit zu verkürzen. (Die Reaktion)



Pressearbeit

In Nürnberg wurde die Frage der Pressearbeit sowohl in der Arbeitsgruppe "Strukturen" als auch im Sonntagsplenum eingehend diskutiert. Diese Debatte war geprägt einerseits von dem Interesse, die Bewegung zu verbreitern und ihr politisches Gewicht zu geben, indem die Inhalte möglichst unverfälscht weitergegeben werden, andererseits durch die Angst, vereinnahmt und gespalten zu werden, sowohl durch die Interessen der bürgerlichen Presse als auch durch selbsternannte Vertreter der Bewegung sowie Promis oder eben die Pressegruppe.
Daß die Veröffentlichung unserer Interessen und Ergebnisse wichtig ist, darüber war mensch sich einig. Keine Einigkeit bestand darüber, ob lediglich die Beschlüsse oder Resolutionen an die Presse weitergegeben werden oder der Pressegruppe die Freiheit gelassen werden soll, die Ergebnisse zu einer Presseerklärung zusammenzufassen und in einer Pressekonferenz zu erläutern....
Dieses Konzept versucht nicht, einen faulen Kompromiß herzustellen, sondern einen Verfahrensvorschlag anzubieten, der die grundsätzliche Einschätzung der Presse zwar weitgehend teilt, aber gleichzeitig eine möglichst effektive Verbreitung unserer Inhalte anstrebt.

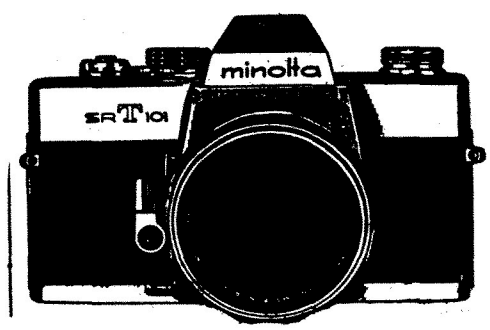


Einwände und Schlußfolgerungen: Grundsätzliches

Wir sind eine Bewegung, die öffentlich ist und demgemäß auch mit der Öffentlichkeit umgeht. Unsere Beratungen sind öffentlich; gegen Pressevertreter dabei ist nichts einzuwenden. Wenn "illegale" Inhalte vertreten werden, ist es nicht ratsam, auf Film oder Foto zu erscheinen. Deshalb erscheint es grundsätzlich als vernünftig, während der Beratungen Kameras aus dem Raum zu verbannen. Davor oder danach sollen sie aber filmen oder fotografieren dürfen. Ob während der Pressekonferenz Kameras zugelassen sind, entscheidet die Pressegruppe. Interviews darf natürlich jede/r geben. Sie/er spricht nur für sich!

Selbstverständnis der Pressegruppe

Die Pressegruppe soll nicht die Funktion von selbsternannten Sprechern unserer Strukturen übernehmen. Sie spricht nicht für die Bewegung, sondern **als Pressegruppe der Atommüllkonferenz**, nicht für die Konferenz, sondern aus ihr. Sie faßt die Ergebnisse und Einschätzungen zusammen, Deshalb setzt sie sich aus den verschiedenen Spektren zusammen.... Dabei handelt es sich um Leute, die nicht nur für die ganze Breite der Bewegung stehen, sondern auch eine gewisse Erfahrung mitbringen; die Pressearbeit soll nicht vom Zufall abhängen.
Die Breite des Spektrums soll nicht mit sich bringen, daß vor der Presse fünf abweichende Meinungen erscheinen. Vielmehr soll die Zusammenarbeit und gegen seitige Kontrolle auch möglichst große Einigkeit gewährleisten. Die Pressearbeit soll nicht die Sache eines einzigen Spektrums sein.
Die Pressegruppe ist der Konferenz verantwortlich. Sie stellt sich und ihr Konzept dem Plenum vor und wird von ihm bestätigt, ev. ergänzt. Sie arbeitet an den Inhalten der Konferenz mit und gibt ihre Formulierungen, soweit sie fertig sind, zwischendurch bekannt.
Sie ist für die Presse **der einzige offizielle Ansprechpartner.** Sie betreut die Journalisten während der Konferenz.
Presseerklärung: Wir müssen berücksichtigen, daß die politische Denunziation durch die interessierten Medien die eine Sache ist, der Nachrichtenwert unserer Aktivitäten und deren praktische Verwertbarkeit die andere. Journalisten stehen im allgemeinen unter Zeitdruck und wollen knappe Meldungen, die sie verwerten können, ohne sie lange umzuschreiben.Sie lesen höchst selten lange Resolutionen, wenige machen sich die Mühe, mit viel Archivarbeit lange Hetzberichte zusammenzuschustern. Die eigentliche Hetze geschieht in den Kommentaren, auf die wir aber sowieso keinen Einfluß haben. Wir sind interessiert an korrekten Berichten und Meldungen, die unsere Verlautbarungen sachlich richtig und möglichst wörtlich wiedergeben. Dem können wir Vorschub leisten, indem wir die Ergebnisse und wichtigsten Argumente in einer kurzen (1 - 2 Seiten) Presseerklärung zusammenfassen, die die Journalisten ganz oder teilweise übernehmen können. Die ERklärung besteht aus den Entscheidungen und Argumenten, die vom Plenum getroffen wurden. Nicht beschlossene, aber behandelte Themen werden als "diskutiert" in den wichtigsten Punkten referiert. Zusätzlich sollte eine grundsätzliche Einschätzung in der Presseerklärung enthalten sein, die auf der Diskussion des Plenums beruht. Sofern es möglich ist, sollen die bereits fertigen Teile noch im Plenum bekannt gegeben werden.
Pressekonferenz: Sie ist nur sinnvoll, wenn bei ihr auch Informationen weitergegeben werden. Die Presseerklärung und die beschlossenen Resolutionen werden an die Journalisten verteilt die Beschlüsse werden kurz mündlich erläutert. Darüber hinaus steht die Pressegruppe auch für Nachfragen zur Verfügung. Wie wir uns zu neuralgischen Punkten (z.B. Gewaltfrage) verhalten, muß besprochen werden. Auf jeden Fall: Keine Spaltung - doch nicht jede Uneinigkeit muß Spaltung sein!
Die Pressekonferenz ist selbstverständlich öffentlich.



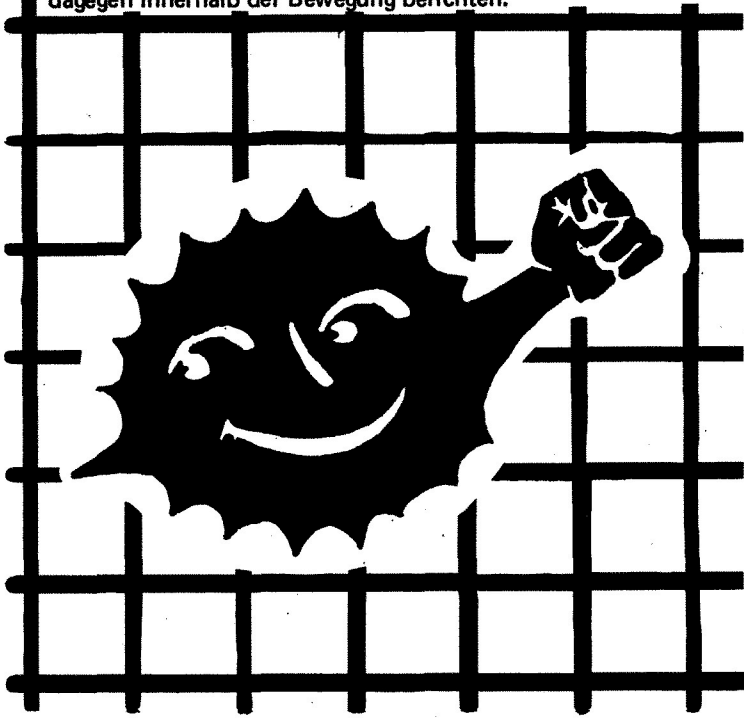
AG Kriminalisierung

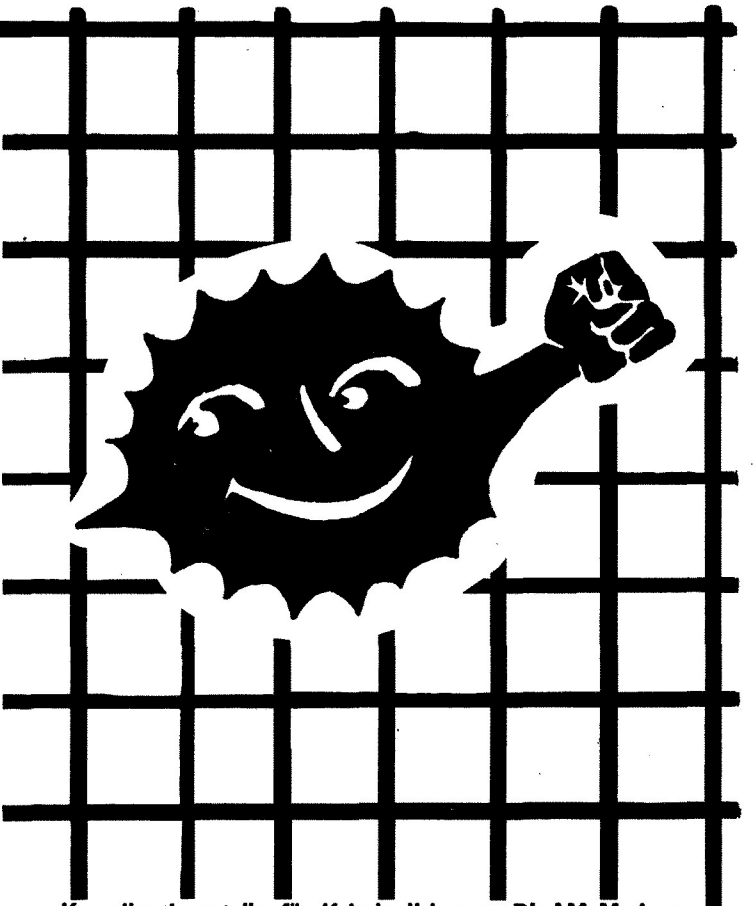
Die AG Kriminalisierung ist eine seit der BUKO im Januar 87 kontinuierlich arbeitende AG. In ihr soll die auf der BUKO begonnene Diskussion über Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung fortgeführt werden.
Dies gelang auf der Atommüllkonferenz in Bielefeld nur teilweise, was zum einen auf den völlig neuen Teilnehmerkreis zurückzuführen war, andererseits daran lag, daß die Schwerpunkte für die Diskussion bislang noch sehr offen waren. Für die nächsten Konferenzen ist es daher besonders wichtig, daß wir an die bisher erarbeiteten Ergebnisse anknüpfen und sie weiterentwickeln. Denn gerade beim Thema Kriminalisierung können wir es uns nicht mehr leisten, auf jeder Atommüllkonferenz wieder von vorne mit der Diskussion anzufangen, wie das auch bei anderen Schwerpunkten leider oft der Fall war.
Bei der Eingrenzung auf bestimmte Themenbereiche für das Thema Kriminalisierung wurde auch der Bereich "Politische Gefangene in der BRD" angesprochen. Hierzu hatte es auf der letzten BUKO eine AG gegeben, deren Resolution jedoch auf dem Abschlußplenum nicht mehr behandelt wurde. Eine Ausgrenzung dieses Themas aus der Anti-AKW-Bewegung halten wir für falsch und regen daher für die nächsten Atommüllkonferenzen die Weiterführung einer solchen AG an. Zwischen den Themen 'Kriminalisierung' und 'Politische Gefangene' besteht eine enge Verbindung, innerhalb einer AG kann man jedoch keinem der beiden Punkte gerecht werden. Wir werden uns deshalb in unserer AG auch weiterhin auf das Thema 'Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und Umfeld' konzentrieren und werden dabei folgende Schwerpunkte setzen.

1. Aufbau von Strukturen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, die es ermöglichen, der zunehmenden Kriminalisierung gemeinsam und organisiert zu begegnen.
Hierbei sind folgende Grundlagen wichtig:

- **Kriminalisierungs-Rundbrief, Umweltzentrum, Kriminalisierungsgruppe, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel**

Dieser Rundbrief versteht sich als aktuelle Dokumentation der Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung. Er soll einerseits einen Überblick geben über die Kriminalisierung von Seiten des Staates, und andererseits über den Wiederstand dagegen innerhalb der Bewegung berichten.





- **Koordinationsstelle für Kriminalisierung, BIgAM Marburg, c./o. KfZ, Schulstr. 6, 3550 Marburg**

Diese Adresse soll als Anlaufstelle für das Thema Kriminalisierung dienen, d.h. von hier aus läuft die Vor- und Nachbereitung der AG-Treffen, die Verschickung von Protokollen und die Kontaktaufnahme mit anderen Initiativen, mit dem Ziel der Erstellung einer

- **Adressenliste von Gruppen, die sich mit Kriminalisierung beschäftigen.**

Mit dieser Liste soll ein effektiver Austausch von Informationen und Erfahrungen angestrebt werden. Hierbei ist v.a. eine Rückmeldung von den Gruppen wichtig. Also meldet Euch in Marburg, wenn Ihr Euch an der Weiterführung der Anti-Kriminalisierungs-Diskussion beteiligen wollt.

2. Inhaltliche Diskussion über die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung

v.a. unter dem Gesichtspunkt der neuen Sicherheitsgesetze. Die Anti-AKW-Bewegung ist schon immer vom Staate kriminalisiert worden. Mit Inkrafttreten der neuen Sicherheitsgesetze, v.a. der § 129 a und 130 a, hat die uns drohende Pepression jedoch eine Stufe erreicht, der wir von unserer Seite aus gezielt und möglichst öffentlich begegnen müssen!! Wir arbeiten deshalb in unserer AG an einer

Politischen Kampagne gegen die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und gegen die neuen Sicherheitsgesetze !!!

- **Ziele der Kampagne:**

Aufklärung über die Kriminlisierungsstrategie des Staates, d.h. über die bisherige Kriminalisierung und besonders die § 129 a und 130 a als Teil dieser Strategie. Wir wollen unsere politischen Ziele und Inhalte öffentlich vertreten und somit offensiv gegen die Repression des Staates vorgehen - also nicht nur reagieren, sondern agieren!!!

- **Inhalte der Kampagne**

Wir wollen informieren über die neuen Gesetze, besonders die § 129 a und 130 a , um die Öffentlichkeit aufzuklären und der Verunsicherung und Angst gerade in vielen neu entstandenen Gruppen entgegenzuwirken.

Wir wollen aufzeigen: Was will der Staat mit den Gesetzen? Welche Strategie verfolgt der Staat? Wen will er treffen?
Wir wollen zuerst deutlich machen unsere eigene Betroffenheit! Wie waren wir bisher als Anti-AKW-Bewegung von Kriminalisierung betroffen?! Hierbei wollen wir zeigen, daß nicht erst seit Jahresbeginn alles sooo schlimm ist, sondern daß die neuen Gesetze nur ein Teil einer langfristigen Kriminalisierungsstrategie des Staates gegen uns und andere soziale Bewegungen darstellen.
Wir wollen bewußt machen, daß auch über die Anti-AKW-Bewegung hinaus jede/r die/der nicht mit dem Staat konform geht, von den neuen Gesetzen betroffen sein kann. Durch das Aufzeigen einer möglichen Anwendung der Gesetze auf andere Gesellschaftsgruppen wollen wir direkte Betroffenheit erzeugen.
Bei allem wollen wir was von uns rüberbringen!!! Es soll also nicht nur darum gehen, wie über uns der Staat mitspielt, sondern wir wollen auch unsere politischen Ziele und Inhalte deutlich machen (dazu gleich noch mehr)

- **Umsetzung der Kampagne**

Wir wollen von der AG einen groben Rahmen vorgeben, in Bezug auf Ziele, Inhalte und Materialien, der dezentral von den Gruppen vor Ort ausgefüllt werden müßte. Wir werden dazu von der AG aus ein Plakat und ein Flugblatt entwerfen.
Zeitlicher Rahmen: Je nach Stand der Vorbereitung könnte die Kampagne ab Ende April beginnen (Tschernobyl-Woche) und einen ersten Schwerpunkt im Mai während des Volkszählungsboykotte haben.
Um eine möglichst große Öffentlichkeit zu erreichen, streben wir ein **breites Bündnis für die Unterstützung und Durchführung der Kampagne** an. Als positives Beispiel einer Bündnispolitik wurde die letzte BUKO genannt, die nicht zuletzt auch wegen eines breiten Unterstützerkreises politisch durchgesetzt wurde. In Bezug auf die mögliche Breite eines Bündnisses, bis hin zu Gewerkschaften und kirchlichen Kreisen, gab es unterschiedliche Einschätzungen. Es wurde festgestellt, daß ein Bündnis anzustreben ist, jedoch nicht um jeden Preis. Wir als Anti-AKW-Bewegung müssen unsere politischen Ziele und Inahlte deutlich machen und die Grenzen unserer eigenen Kompromißbereitschaft bestimmen.

Deshalb: kein defensives Verhalten gegenüber der Öffentlichkeit, sondern **offensives Vorgehen gegen Repression und Kriminalisierung,** d.h. klarmachen:

- wir sind nicht nur gegen AKW's, sondern gegen den Atomstaat, der seine Industrieprojekte mit militärischer Gewalt und politischer Repression durchzusetzen versucht!
- wir gehen der Gewaltdiskussion nicht aus dem Weg, sondern machen klar: Die Gewalt geht immer vom Staate aus! Wir reagieren darauf, und fühlen uns dabei nicht vom Staat gegebene Gesetze gebunden, die für unseren Widerstand keinerlei Spielraum lassen!
- wir stehen zur Vielfalt des Widerstandes, d.h. keine Distanzierungen, keine öffentliche Ausgrenzung von Aktionsformen!
- wir meinen, daß die massenhafte Übertretung der neuen Gesetze der beste Schutz gegen sie ist!!!

In Bezug auf das offensive Verteten oben genannter und auch weiterer Ziele und Inhalte sind wir uns des Problems der Überforderung der Bevölkerung und der Isolierung der eigenen Bewegung bewußt. Dieses Problem kann man jedoch nicht ausschließlich an den Inhalten festmachen, sondern wie wir damit umgehen ist v.a. auch eine Frage der Arte der Vermittlung in der Öffentlichkeit. Bei der individuellen Umsetzung der Kampagne direkt auf der Straße sollte daher der vorgegebene Rahmen von den jeweiligen Gruppen je nach Ermessen umgesetzt werden. Bei unseren Vorgaben scheint uns jedoch das Festhalten an unseren politischen Zielen und Inhalten besonders wichtig zu sein, um ihrer Abschwächung oder gar Umkehrung vorzubeugen.
Nur so können wir der ständigen Kriminlaisierungs- und Spaltungsstrategie des Staates begegnen - und gerade auch denjenigen, die auf diese Strategie hereinfallen.
Mit der folgenden Resolution, die das erste konkrete Ergebnis der AG Kriminalisierung darstellt und von dem Plenum der Atommüllkonferenz verabschiedet wurde, wollen wir ein Zeichen in dieser Richtung setzen!
Weitere werden folgen!!

Bis bald

Ben

wise

Endlich! WISE in deutscher Sprache erhältlich!

Die weltweite Entwicklung der Atomenergie, Anti-AKW-Aktionen, Proliferationsfragen etc. war bisher nur denen zugänglich, die das englischsprachige WISE (World Information Service On Energy) beziehen und lesen konnten. Diese Zeitschrift wird nunmehr vollständig ins Deutsche übersetzt und kann ab sofort bestellt werden bei:
Thomas Auzinger, Initiative Salzburg gegen WAA Wackersdorf, Joh. Filzerstr. 14, A-5020 Salzburg, AUSTRIA. Das 16-seitige Heft kostet für 26 Ausgaben jährlich 75 DM für BI's etc., für Institutionen 150 DM.

Nächste Atommüllkonferenz

16./17. Mai

Ort: steht noch nicht fest
Kontakt:
Umweltzentrum Münster
Scharnhorststr. 57
4400 Münster
Tel.: 0251/521112

Presseerklärung der Sanis

In der Fernsehsendung der ARD vom 15. 2. 86 mit dem Titel "Wackersdorf am Ende?" wurde der Öffentlichkeit ein Bild der Demosanis vorgeführt, das uns empört.
Es wurde ein Interview mit einer uns nicht bekannten Person geführt, die sich als Kenner der Szene ausgab. Dabei wurde der Eindruck erweckt, die autonomen Demosanitäter/innen würden als organisatorisches Rückgrad des Widerstandes fungieren.
Das ist ganz entschieden nicht so. Dazu aus unserem Selbstverständnis: *Im Gegensatz zu den erklärtermaßen neutralen Rettungsdiensten sind wir parteiisch. Ausdruck dessen ist unsere Anwesenheit mitten in der Demo, da, wo wir gebraucht werden. Darüber hinaus beschränken wir uns ausschließlich auf Sanitätsdienste. Wir verzichten also erklärtermaßen auf alles, was der Polizei als Vorwand dienen konnte, die Sanis zu behindern, was leider trotzdem oft passiert. Die durch den Film stattfindende Diffamierung betrachten wir als Kriminalisierungsversuch. Die gemachten Unterstellungen weisen wir entschieden zurück.*

Die autonomen Demosanis

Foto aus Krefeld- Dokumentation

Offener Brief an die Grünen

Mit großem Entsetzen, Wut und Ablehnung nahm die Atommüllkonferenz in Bielefeld die Stellungnahme in der AZ vom 19. 2. 87 der beiden bayerischen Landtagsabgeordneten Marianne Rothe (Lindau) und Raimund Kamm (Augsburg) (Grüne) zum Anschlag auf die Bundesbahnstrecke Ulm – Augsburg und der Festnahme der beiden Personen zur Kenntnis.
In diesem Artikel sprechen die beiden bayer. Landtagsabgeordneten von einem schlimmen, üblen und verbrecherischen Akt. M. Rothe ging sogar so weit, zu erklären,daß sie froh sei, daß endlich jemand erwischt worden ist.
Wir stellen hierzu fest, daß durch den Anschlag ein Kurzschluß in der Oberleitung herbeigeführt wurde und dabei zu keiner Zeit Menschen gefährdet waren. Dies wurde von einem Sprecher der Bundesbahn bestätigt (SZ v. 19.2.87). Auch bei keinem der bisherigen Anschläge dieser Art sind Menschen gefährdet worden, was auch nie beabsichtigt war. Die bewußte, verleumderische Aussage des bayer. Staatssekretärs Gauweiler, hierbei seien Menschen gefährdet, ist Teil einer politischen Strategie zur Kriminalisierung der Anti-AKW- Bewegung. Ungeachtet der unterschiedlichen politischen Einschätzung solcher Anschläge, über die eine weitere inhaltliche Diskussion von der Atommüllkonferenz geführt wird, verurteilen wir Stellungnahmen, die AKW- Gegner/innen der staatlichen Kriminalisierung ausliefern. Mit ihren Äußerungen machen sich die grünen Landtagsabgeordneten Rothe und Kamm zu Handlangern der von der bayer. Staatsregierung geführten Kampagne. Wir werden uns als AKW- Gegner/innen nicht in unserer Solidarität und in der Vielfalt unserer Aktionen spalten lassen.
Da wir der Meinung sind, daß die Äußerungen der beiden Abgeordneten zur Spaltung der Anti- AKW- Bewegung beitragen, fordern wir die obengenannten Gremien (Landesversammlung, BuVo) auf, dazu Stellung zu nehmen.

Verabschiedet auf der Atommüllkonferenz Bielefeld

Keine Ruh' der KWU
Bundesweiter Aktions- und Widerstandstag am 8.Mai 87

Nach der taz-Meldung, die KWU sei durch ihre Siemens-Mutter aufgelöst worden, hätten wir eigentlich unsere gestartete Kampagne gegen den Atomkonzern abblasen und in aller Ruhe in den wohlverdienten Ski-Urlaub fahren können. Denn, wenn sich ein solcher Konzern schon allein durch die Drohung, eine Kampagne gegen ihn zu machen, auflöst, dann würde es bestimmt nicht mehr lange dauern, bis der Zaun von Wackersdorf von alleine umfällt und Schneeglöckchen den geschundenen Bauplatz der WAA besiedeln.
Doch wie so oft, entbehrte die reißerische taz-Schlagzeile mal wieder jeder Grundlage.
Die KWU wird zwar formell in den Siemenskonzern überführt, aber "alles läuft lediglich unter einem neuen Namen weiter", so Dr. Eberhard Posner, Leiter der Wirtschaftspresse der Siemens AG (WAZ, 29.1.87). Bei der Auflösungsaktion handelt es sich also nur um eine Effektivierung des Energiesektors der Siemens AG. "Die Umorganisierung ist keinesfalls ein Rückzug aus dem Kernenergiegeschäft", so ein KWU-Sprecher zur Frankfurter Rundschau am 29.1.87.
Also, alles bleibt beim alten - fast: Denn der Widerstand gegen die Siemens-KWU wächst. An den verschiedenen Standorten der KWU, West-Berlin, Erlangen, Mühlheim und Offenbach sind im letzten Jahr, im Zuge der Dezentralisierung des Anti-AKW-Widerstandes, Initiativen gegen den Atom-Moloch entstanden.
Was ist dort bisher gelaufen? Während in Mühlheim und Offenbach die Kampgane noch in der Vorbereitungsphase steckt, liefen in Erlangen und West-Berlin schon erste Aktionen:
- In Erlangen eine große Demo und ein schon im Vorfeld arg kriminalisierter Sonntagsspaziergang, sowie vor Pfingsten ein Anti-Siemens-Tribunal,
- in West-Berlin im Mai eine zweistündige Blockade, die dann von den Bullen geräumt wurde, eine kleine Demo, eine Frauenkette und eine Taxi-Demo, sowie ein witziges "Ausstiegsfest" vorm Werkstor, eine Beobachtungswoche und eine Veranstaltung zur KWU. Nicht zu vergessen die inhaltliche Umkrempelung einer IG-Metall-"Ausstiegs"-Veranstaltung.

Zukunffsmusik: Bei der letzten Bundeskonferenz in Nürnberg konnten sich die verschiedenen Standorte auf einen bundesweiten Aktionstag gegen die KWU und andere Atomfirmen am 2.Mai 1987 einigen. Die Aktionen sollen dezentral am jeweiligen Standort stattfinden. Parallel dazu überlegen sich die Hamburger und Freiburger, was gegen Siemens zu machen. Ein bundesweites Vorbereitungstreffen findet dazu am 21./22.3. in West-Berlin statt.
Des weiteren planen die Erlanger Ende März einen weiteren Spaziergang, sowie ein weiteres Tribunal und eine Demo. Am 2.Mai soll in Mühlheim eine Großdemo stattfinden.
In Berlin soll sich jetzt ein KWU-Plenum zum diskutieren und Aktionen planen treffen. Außerdem gibt's Überlegungen, nicht erst am 2.Mai sondern schon am 1.Mai eine Demo vor der Deutschen Bank zur KWU zu machen. Warum am 1.Mai? Die Demo soll einen inhaltlichen Schwerpunkt "Arbeit" haben, denn es gibt Arbeit, die uns nicht paßt und überflüssig ist, z.B. die in der KWU-Atomschmiede: 35 Stunden für die Atomproduktion sind 35 Stunden zuviel!
Somit soll sie Aussagen der zeitlich vorher laufenden Demo präzisieren und inhaltliche Verwaschenheit kritisieren, ohne eine Konkurrenz - oder Gegenveranstaltung zu dieser zu sein.
Der andere Schwerpunkt soll bei der deutschen Bank liegen. Sie steht ja nicht nur für die Finanzierung der Atomgeschäfte, sondern auch für viele andere Schweinereien. Da werden nicht nur Anti-AKW-Bewegte etwas zu sagen haben, sondern z.B. auch "3.Welt"-Soligruppen. Die Demo zu machen bietet sich an, weil 14 Tage später die Jahreshauptversammlung der Deutschen Bank in Berlin stattfindet und es dafür bisher noch keine Vorbereitung gab. Da dieses Jahr noch viele andere Sachen in Berlin laufen werden (VoBo, Weißer-kreis, Reagan-Besuch ...) und im nächsten Jahr der internationale Währungsfond (IWF) auch tagen wird, soll der 1.Mai ein erster Versuch werden, die verschiedenen Teilbereichskämpfe stärker in Kontakt und Diskussion bringen.
Nähere Info's zur KWU gibt's im KWU-Reader. Ein 2.Teil der beliebten Broschüre, mit u.a. näheren Info's über die Arbeitssituation im Berliner Werk, ist in Arbeit.
Kontakt: Oökodorf(KWU-Plenum)
Kurfürstenstr.14 in 1 Berlin 30

Foto: Theo Heimann

Im Herbst:

Blockaden und Großdemonstrationen gegen die WAA

Zentrale Aktionstage, deren Hauptbestandteile massive Blockaden und eine Großdemonstration am WAA-Baugelände sein sollen, wird es im Herbst in der Oberpfalz geben. Das Plenum der Atommüllkonferenz verabschiedete am Sonntag den nebenstehenden Aufruf.

In der Arbeitsgruppe »Großaktionen« mußte am Tag und in der Nacht zuvor allerdings »Schwerstarbeit« verrichtet werden, um die verschiedenen Positionen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Ca. 80 Leute aus ungefähr 60 BIs und Gruppen hatten am Samstag nachmittag die Diskussion aufgenommen, bzw. die der Nürnberger BuKo fortgesetzt. Eine Reihe von Papieren lag vor -u.a. von der BIWAK Regensburg, vom Frankfurter AK gegen Atomanlagen, vom Anti-WAA-Plenum Freiburg, vom Anti-WAA-Büro in Schwandorf und von uns -, die das Spektrum der eingangs vertretenen Meinungen in etwa zum Ausdruck brachten:

1. Großaktionen in Wackersdorf sollen im wesentlichen aus Blockaden bestehen. Dabei sollen die Ansätze aus den Herbstblockaden des letzten Jahres weiterentwickelt und durch eine lange und gründliche Vorbereitung entsprechende Mängel in der Organisation und Öffentlichkeitsarbeit vermieden werden. Durch Blockaden nicht nur vor der WAA, sondern auch vor Zulieferfirmen oder infrastrukturellen Einrichtungen, wird *»nicht nur auf die WAA, sondern auch auf grundsätzliche strukturelle Veränderungen in der gesamten Region hingewiesen.«* (Freiburger Papier)

Einde Demo auf Kosten der Blockaden bedeutet einen Rückschritt im Widerstand. Und eine Großdemonstration in positiver Verbindung mit Blockaden ist nicht möglich, da sich sowohl der Großteil der Bewegung als auch die Medien auf die Demo stürzen werden. Das führt zum einen dazu,daß die inhaltliche Auseinandersetzung, die durch Blockaden möglich ist, verblaßt. Und zum anderen wird auf diese Weise bereits im Vorfeld die Spaltung »Friedliche Großdemo hier -kriminelle Blockaden dort« provoziert.

2. Schwerpunkt im Herbst soll eine Großdemonstration am Baugelände sein, wobei Blockade-und andere Aktionen nicht ausgeschlossen, sondern eine sinnvolle Ergänzung sind. In Wackersdorf hat es bislang noch keine Aktion mit tatsächlich bundesweiter Mobilisierung gegeben; deshalb kann eine Demo, bei der **alle** mitziehen, kein Rückschritt sein. Die Kräfte gegen die WAA werden vielmehr neu gesammelt und organisiert, wenn im Vorfeld über mehrere Monate eine bundesweite Informations- und Mobilisierungkampagne auf die Beine gestellt und Wackersdorf mit all seinen Aspekten - Gefährdung, Atombomben, Repression - überall zum Thema gemacht wird.

Die gesamte Bewegung kann in diese Aktionsform einbezogen werden, deren »Radikalität« und »Fortschrittlichkeit« auch darin liegt, daß sie vermutlich gegen Verbotsdruck und Polizeiterror durchgesetzt werden muß.

Außerdem setzt eine Großdemonstration einen Kontrapunkt gegen die Bemühungen der CSU, das Gebiet um den Bauzaun menschen- bzw. demonstrantenfrei zu hal-

ten.
Diese Position wurde ursprünglich auch von uns vertreten.
3. Im Herbst sollen Blockaden und, evtl. als Abschluß, eine Großdemonstration stattfinden. Dieses Konzept, auf dem auch der später gefundene Konsens basiert, war am präzisesten in dem Diskussionspapier der BIWAK formuliert worden: Die Aktionstage sollten über die letztjährigen Blockaden hinausgehen, indem der Widerstand vom Bauzaun auf eine größere Region, auf Firmen, staatliche Einrichtungen und die Infrastruktur ausgedehnt wird.
Die Großdemo dabei ist wichtig, *»weil mit ihr auch Menschen aus bürgerlichen Kreisen oder BIs am Widerstand teilnehmen«* können. Zum anderen kann sie durch das mit ihr verbundene Interesse der Öffentlichkeit und die zu erwartenden Teilnehmerzahlen eine Schutzfunktion für die Aktionstage übernehmen und zugleich *»ein deutliches Zeichen gegen die Spaltungspolitik des Staates setzen«* und, mehr noch, die Chance für eine neue Zusammenarbeit der verschiedenen Teile der Bewegung eröffnen.

Darüberhinausgehend gab es Beiträge, in denen eine Entzerrung von Großdemo und Blockaden gefordert wurde, und schließlich wurde die Frage aufgeworfen, ob größere Aktionen in Wackersdorf in diesem Jahr überhaupt sinnvoll sind, und man/frau stattdessen nicht lieber »dezentral« agieren und andere geplante Aktivitäten wie in Gronau oder Stade unterstützen sollte.
In der kontroversen und interessanten Diskussion herrschte trotz unübersehbarer Spannungen unter den Vertreter/innen der verschiedenen bayrischen Initiativen der Wille vor, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Konfrontation um jeden Preis war nicht angesagt; ebensowenig allerdings die Bereitschaft zu faulen Kompromissen.

Abends um 20.00 Uhr war in soweit ein Durchbruch geschafft, daß eine Redaktionsgruppe beauftragt werden konnte, bis zu einer erneuten AG-Zusammenkunft vor dem Plenum am Sonntag, den erreichten Konsens - mehrtägige Großaktion mit Blockaden, Demonstration und anderen Aktivitäten im Herbst - zu formulieren. Auch wenn dieses vereinbarte Konzept letztlich von allen Anwesenden gebilligt wurde, so sahen doch einige, die ursprünglich ein mehr oder weniger reines Blockade-Konzept favorisiert hatten, ihre Bedenken gegen eine Großdemonstration nicht ausgeräumt.

In jedem Fall stellt das vereinbarte Konzept eine für die Anti-AKW-Bewegung völlig neue Aktionsform dar - zumindest dann, wenn es gelingt, die Blockaden voll in die Aktionstage zu integrieren und sie inhaltlich und auch von der Teilnehmerzahl zu einem gleichberechtigten Bestandteil zu machen. Wann hat es schon mal Großaktionen mit vielen tausend Menschen über einen Zeitraum von zwei, drei oder noch mehr Tagen gegeben?
Nach verschiedenen, vergeblichen Anläufen, zeitgleich zu Wackersdorf-Film und Fete den gefundenen Konsens zu Papier zu bringen, verdrückte sich die Redaktion schließlich zu einer letzten, anstrengenden Diskussionsrunde in eine Kneipe ...
In der Arbeitsgruppe und im Plenum am Sonntag, das der vorgelegte Vorschlag ohne grundsätzliche Einwände passierte, waren noch drei Punkte umstritten:

1. Bündnispolitik
Zwar war viel vom Bündnis mit der Friedens-, 3. Welt-, Frauen- und anderen Bewegungen die Rede, das es insbesondere für die Demo zu schließen gelte, aber was das real bedeutet, schien überhaupt noch nicht klar zu sein.

Die Hanau-Demo letzten Herbst und die Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Frühsommer 1985 wurden maßgeblich vom radikalen Spektrum (»alte« Anti-AKW-Bewegung, BUF, Mittelamerika-Komitees, Autonome usw.) bis hin zum linken Flügel der Grünen getragen und vorbereitet. Diese Bündnisse sind zwar letztlich zustande gekommen, sie haben sich auch bewährt - aber wieviel Mühe, Querelen und Streß für die an den damaligen Treffen und Verhandlungen Beteiligten damit verbunden war, sollte nicht vergessen werden.
Alle weitergehenden Versuche, zu Vereinbarungen etwa mit der Mehrheit des Koordinationsausschusses (KO) der Friedensbewegung, dem DKP-nahen und sozialdemokratisch beeinflußten Spektrum zu kommen, sind in den letzten Jahren sang- und klanglos gescheitert. Jedenfalls dann, wenn andere Aktionsformen als ausdrücklich friedliche Massenversammlungen oder andere Inhalte als »Gegen Mittelstreckenraketen und Sternenkrieg« zu verhandeln waren. Vor allem von den »traditionellen« Organisationen der Friedensbewegung pflegt bei solchen Gelegenheiten eine Macht-, Mauschel- und Mehrheitenpolitik extremsten Ausmaßes betrieben zu werden!
Im Hinblick auf die Wackersdorf-Aktionen steht der Anti-AKW-Bewegung eine Auseinandersetzung mit dem KO und anderen bevor. Ein Brief des BUF an die Atommüllkonferenz, in dem über erste Diskussionen im KO zum Thema Wackersdorf berichtet wird, deutet an, wie der Hase vermutlich laufen wird:
»... Es werden sich Friedensbewegungsorganisationen aus dem christlichen, sozialdemokratischen, DKP- und selbstverständlich dem unabhängigen Spektrum an den weiteren Diskussionen und Entscheidungen bzgl. einer Wackersdorf-Demo beteiligen (insbesondere an einer entsprechenden Aktionskonferenz). Sie werden - wie auch jede und jeder aus der Anti-AKW-Bewegung - versuchen, möglichst viel ihrer inhaltlichen wie auch Aktionsvorstellungen einzubringen und durchzusetzen. Je nach Einigung werden sie sich an einem Wackersdorf-

Foto: M. Langer

Trägerkreis beteiligen oder nicht. Je deutlicher die verschiedenen Positionen der Friedensbewegung in einem solchen Trägerkreis vertreten sind, desto wahrscheinlicher ist auch, daß der KO noch einmal als solcher zu einer Beteiligung aufruft und mit seinen Möglichkeiten die Demo-Mobilisierung aktiv unterstützt. Dieser Prozeß würde erschwert bis verunmöglicht, wenn bzgl. Aufruf oder Aktionsrahmen schon vor einer Wackersdorf-Aktionskonferenz oder einem ähnlich gearteten Treffen, zu dem Friedens- und Anti-AKW-Bewegung gemeinsam einladen sollten, Fakten geschaffen werden ...«
Natürlich soll und kann niemand, kein Mensch und keine Organisation, von den Beratungen um Ablauf, Inhalt und Form der Wackersdorf-Großaktionen ausgeschlossen werden. Zumal dann nicht, wenn als **ein** ausdrückliches Ziel die Verbreiterung des Anti-WAA-Widerstandes proklamiert wird.

Auf der anderen Seite sollte sich die Anti-AKW-Bewegung gut darauf vorbereiten, wie sie den zu erwartenden Forderungen des KO-Spektrums im inhaltlichen und organisatorischen Bereich entgegentreten will. Es darf nämlich vermutet werden, daß der mehrheitlich DKP-/SPD-dominierte Teil der Friedensbewegung den Schwerpunkt im Aufruf und bei den Aktionsplanungen auf die Großdemonstration auf Kosten der Blockaden legen wird. Es darf weiterhin vermutet werden, daß bei Verbots- und Kriminalisierungsdruck dieser Teil der Friedensbewegung sehr schnell zum »Einlenken«, d.h. zum Verlegen der Demo nach außerhalb des Baugeländes bereit ist. Und es darf schließlich vermutet werden, daß dieser Teil der Friedensbewegung sich durch das Schaffen entsprechender Strukturen (Trägerkreis, evtl. »Bonner Büro«) möglichst viel Einfluß über die Organisation verschaffen will.
Den diesbezüglichen Bedenken wurde durch einen Redebeitrag auf dem Plenum der Atommüllkonferenz Ausdruck verliehen, der dann die einzige Änderung im vorgelegten Entwurf zur Folge hatte: Statt »*Wir rufen darüber hinaus die Friedens-, Frauen-, Dritte-Welt-Bewegung und andere Gruppen zu Bündnisverhandlungen und Bildung eines gemeinsamen Trägerkreises am 11./12. April in Frankfurt auf*« heißt es jetzt: »*Wir rufen ...*(siehe letzten Satz im Aufruf-Text).
Die Anti-AKW-Bewegung darf sich, was Wackersdorf betrifft, das Heft des Handelns nicht ohne weiteres aus der Hand nehmen lassen. Die Anti-AKW-Bewegung muß sich einigen, mit welchen Forderungen und »Essentials« sie in weitergehende Bündnisgespräche geht. Sollte es am 28.3. in Schwandorf in diesen zentralen Punkt zu keiner Einigung kommen, muß es eben noch ein weiteres Treffen nur der Anti-AKW-Bewegung geben.

2. Blockaden oder Behinderungen?
Von Vertretern und VertreterInnen Oberpfälzer BIs wurde vorgeschlagen, das Wort »Blockaden« im Text durch »Behinderungen« zu ersetzen. Begründung: zu gesetzeswidrigen Blockaden könne die BI Schwandorf als eingetragener Verein nicht aufrufen. Wenn doch, würden die gesamten Aktionstage verboten und die örtlichen BIs noch weiter kriminalisiert.
Abgesehen davon, daß es sich bei dem von der Atommüllkonferenz verabschiedeten Text noch nicht um einen Aktionsaufruf handelt - wer sagt, daß kein Verbot ergeht, wenn »nur« von »Behinderungen« die Rede ist?
Warum sollen wir uns vorab einschränken, die Schere im Kopf aufklappen, nach Formulierungen suchen, die das, was wir meinen, nicht ausdrücken, sondern den bayrischen Ordnungsämtern genehm sind?
Die Änderungsvorschläge wurden abgelehnt.

3. Infrastruktur und Demontage
Dasselbe widerfuhr zwei Erweiterungsvorschlägen. Zum einen wurde angeregt, den Begriff »Infrastruktur«: zu konkretisieren, d.h. mögliche Aktions- und Sabotageformen gegen atomindustrielle und staatliche Einrichtungen genauer zu benennen. Und zweitens wurde vorgeschlagen, ausdrücklich zur »Demontage« des Atomstaates aufzurufen.
Mit der Aufnahme dieser Formulierungen sollte deutlich gemacht werden, daß sich die Anti-AKW-Bewegung, bzw. die Atommüllkonferenz mit Aktionen wie Mastenschrauben usw. solidarisiert und sie als gleichberechtigte Bestandteile des Widerstandes anerkennt.
Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser heiklen Problematik wurde vom Plenum vermieden, konnte von ihm wohl auch nicht geleistet werden. Mit etwas formalistischer Argumentation - man sollte den Text nicht überfrachten, und man könne jetzt nicht **alle** im Rahmen der Aktionstage denkbaren Widerstandsformen auflisten - wurden die Änderungsanträge abgelehnt.
Alles in allem läßt sich festhalten: Die Atommüllkonferenz hat, von den vielen anderen Ergebnissen und Beschlüssen einmal ganz abgesehen, die Weichen für von allen Spektren der Anti-AKW-Bewegung getragene und vorbereitete Großaktionen in Wackersdorf gestellt. Die Aussichten auf politischen Erfolg stehen dabei nicht schlecht; es kommt jetzt, so banal sich das anhören bzw. lesen mag, darauf an, was wir daraus machen. Von einer »vertanen Chance«, wie es die taz-Kommentatorin bewertete, kann jedenfalls keine Rede sein.

Aufruf zur Vorbereitung von mehrtägigen Grossaktionen in der Oberpfalz

Im Herbst 1987 sollen in der Oberpfalz mehrtägige Grossaktionen gegen die WAA stattfinden. Wesentliche Bestandteile dieser Aktionen sind - neben weiteren Aktivitäten - Blockaden und eine Großdemonstration am Baugelände.
Mit den Blockaden, der Großdemonstration und den anderen Aktionen soll
- gegen die gesundheitliche Gefährdung durch die WAA und ihre zentrale Bedeutung im Atomprogramm der BRD protestiert,
- auf die Kriminalisierung und den Staatsterrorismus durch CSU und Landesregierung aufmerksam gemacht und die »Befriedungspolitik« durchbrochen,
- die Gefahr einer militärischen Nutzung des in der WAA erzeugten Plutoniums herausgestellt,
- gegen den Bau, den Baustellenbetrieb sowie die Infrastruktur weiterer Widerstand propagiert und vorangetrieben werden.

Blockaden, Großdemo und alle anderen Aktionen sind Bestandteile eines Konzeptes, das von den Veranstaltern gemeinsam getragen und zu dem gemeinsam mobilisiert werden soll.
Wir wollen massenhafte Blockade- und sonstige phantasievolle Aktionen durchführen, weil wir wissen, daß unser Widerstand über Demonstrationen und sonstige Proteste hinausgehen muß, um tatsächlich den Bau der WAA zu verhindern.
Wir wollen eine Großdemonstration, weil es uns darum geht, die politische Basis für den Anti-AKW-Widerstand zu verbreitern und möglichst viele Menschen mit der Situation in der Oberpfalz vertraut zu machen.
Beides steht in einem zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang, wobei die Frage einer genauen zeitlichen Zuordnung in den BIs diskutiert und bis Ende März entschieden werden soll.
Wir wollen am 28.3. innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und in Zusammenarbeit mit den BIs der Oberpfalz in Schwandorf einen Aktionsrahmen und einen Aufrufvorschlag erarbeiten. Wir rufen darüber hinaus die Friedens-, Frauen-, Dritte-Welt-Bewegung und andere Gruppen auf, sich an einem Treffen voraussichtlich am 11./12.4. in Frankfurt über die weiteren Aktionsvorbereitungen zu beteiligen.

Friedensbewegung nach Wackersdorf?

Um tatsächlich eine massenhafte Beteiligung an den geplanten Blockaden und an der Großdemo im Herbst in Wackersdorf zu gewährleisten soll auf Initiative der Bielefelder Atommüllkonferenz voraussichtlich am 11./12.April 1987 in Frankfurt eine erste bewegungsübergreifende Wackersdorf-Aktionskonferenz stattfinden.

Der Koordinierungsauschuß (KA) der Friedensbewegung hat erstmals am 13./14.2.87 über den auf der Nürnberger BUKO entwickelten "Aufruf zur Diskussion über den Vorschlag einer bundesweiten Großdemonstration und Blockade gegen die WAA" beraten und sich diesbezüglich für einen "offenen Beratungsrahmen" zusammen mit der Anti-AKW-bewegung ausgesprochen. Weiter heißt es in dem KA-Beschluß: *"An einer solchen Beratung werden sich KA-Mitgliedsorganisationen eigenverantwortlich beteiligen. Auf der Grundlage der dort erzielten Ergebnisse wird sich auch der KA als solcher noch einmal mit diesem Projekt befassen und sich dazu dann entsprechend verhalten."*

Die "Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen" (BUF), die sich seit Tschernobyl mit der Anti-AKW-Bewegung geradezu verschmelzt und für die letzte Hanau-Demo stark engagiert hatte schrieb dazu in einem Brief an die Bielefelder Atommüllkonferenz ergänzend: *"...Auf der Grundlage des KA-Beschlusses ist nun folgendes zu erwarten: Es werden sich Friedensbewegungsorganisationen aus dem christlichen, sozialdemokratischen, DKP- und selbstverständlich dem unabhängigen Spektrum an den weiteren Diskussionen und Entscheidungen bzgl. einer Wackersdorf-Demo beteiligen (insbesondere an einer entsprechenden Aktionskonferenz). Sie werden - wie auch jede und jeder aus der Anti-AKW-Bewegung - versuchen, möglichst viel ihrer inhaltlichen wie auch Aktionsvorstellungen einzubringen und durchzusetzen.*

Je nach Einigung werden sie sich an einem Wackersdorf-Trägerkreis beteiligen oder nicht. Je deutlicher die verschiedenen Positionen der Friedensbewegung in einem solchen Trägerkreis vertreten sind, desto wahrscheinlicher ist auch, daß der KA noch einmal als solcher zu einer Beteiligung aufruft (wie er es letztendlich auch zur Hanau-Demo getan hat) und mit seinen Möglichkeiten die Demo-Mobilisierung aktiv unterstützt (was er zu Hanau nicht getan hat) (...)
Selbstverständlich ist - und dies haben wir auch entsprechend in der KA-Sitzung betont - , daß die politische Mindestgrundlage eines solchen Unterfangens heißt:

- *Eigenständigkeit der BI-Bewegung statt parlamentarischer Illusionen*
- *Ablehnung staatlicher Spaltungsversuche, Kampf gegen Kriminalisierung*
- *Einheit in der Aktion auf Grundlage verbindlicher Vereinbarungen*
- *Massenmoblisierung mit dem gemeinsamen Ziel, die politische Basis für den Anti-AKW- wie auch Anti-Kriegs-Widerstand zu verbreitern."*

Das Treffen am 28. 3. findet um 12 Uhr in Schwandorf in der Brauereigaststätte Fronberg statt.
Schlafplatzwünsche bitte vorher im Anti- WAA- Büro Schwandorf, Tel. 09431/1029/49 anmelden.

Abschließend heißt es in dem Brief des BUF, daß für sie *"eine Großdemo im Herbst in Wackersdorf - mit Aktionen Zivilen Ungehorsams in zeitlichem und politischem Zusammenhang dazu - ein wichtiges und notwendiges Vorhaben zur Stärkung und Weiterentwicklung des außerparlamentarischen Wiederstandes gegen NATO-, Atom- und Überwachungsstaat"* sei.

Neben dem BUF sind weitere Organisationen des KA wie die "Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen" (FöGA), die "Initiative Kirche von unten" (IKvu) oder der BBU an der Wackersdorf-Aktion besonders interessiert, während sich die DKP-nahen Gruppen naturgemäß eher reserviert geben. (Sie scheinen zu ahnen, daß für die Anti-AKW-Bewegung Forderungen wie "Abschaltung aller AKW's weltweit" unverzichtbar sind...)

Da bisher eine zündende alternative Idee für einen Mobilisierungsschwerpunkt der Friedensbewegung für 1987 nicht in Sicht ist, könnte es durchaus sein, daß die Wackersdorf-Großaktionen auch auf der bundesweiten Konferenz der Friedensbewegung am 16./17.5.87 in Köln eine größere Rolle spielen.

Solange sich die Anti-AKW-Bewegung bei zu erwartenden Besprechungen nicht über den Tisch ziehen läßt, sondern zusammen mit den Oberpfälzern BI's die Initiative behält, kann uns diese Entwicklung eigentlich nur recht sein.

Für die Verhinderung der WAA ist es nicht unerheblich, sondern wirklich entscheidend, daß auch die unzähligen aktiven oder schlummernden Anhänger der Friedensbewegung die militärische Bedeutung dieses Projekts erkennen und die Plutoniumpolitik der Bundesregierung mit in den Mittelpunkt ihrer Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit stellen.

Und da schließlich jeder von uns auch etwas gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO hat, können wir uns nur wünschen, daß auch große Teile der Friedensbewegung die im Widerstand gegen Wackersdorf praktizierten und erlebten Erfahrungen aufnehmen und für sich im Sinne einer größeren Pluralität der Widerstandsformen verarbeiten.

(Matthias)

Wackersdorf-

Foto: Thomas Einberger

6.12.
Widerstandstag in München
Am Nikolaustag findet eine spontane Protestaktion gegen die WAA und die 'Sicherheitsgesetze' in München statt. Die etwa 40 Demoteilnehmerinnen verkleiden sich als Nikoläuse und bilden einen Demonstrationszug durch die Innenstadt. Schon nach kurzer Zeit werden sie von der Polizei gestoppt und ohne weitere Aufforderungen eingekesselt. 25 Demonstrantinnen und 2 Passanten werden auf brutale Weise festgenommen. Nach Feststellung ihrer Personalien und Beschlagnahme der Nikolausmasken werden sie später wieder freigelassen. Einer Frau wird Widerstand und Körperverletzung vorgeworfen, laut Augenzeugen fiel sie hin und wurde von 3 Bullen brutal weggezerrt.

"In dubio pro reo"
Diesem Grundsatz, im Zweifel für den Angeklagten, folgt ausnahmsweise das Schwandorfer Amtsgericht, indem es einen 20jährigen ZDL'er vom Vorwurf des "gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" (hier: eine brennende Barrikade zur Verteidigung des Hüttendorfs) freispricht. Das Gericht folgt dabei nicht der belastenden Aussage eines Busfahrers, der den Angeklagten 'hundertprozentig' erkannt haben will, sondern dem Entlastungszeugen, der sich zur 'Tatzeit' mit ihm woanders aufhielt.
Für den zweiten Vorwurf, die der WAA-Gegner auch vor Gericht zugibt, der Aushebung eines Grabens zwecks Behinderung von Polizeifahrzeugen, wird er zu 30 Tagessätzen a 9 DM verurteilt.

9.12.
Bau der WAA liegt im Zeitplan
So behauptet es jedenfalls der Geschäftsführer der DWW, Tochtergesellschaft der DWK, nach einjähriger Bauzeit. Inzwischen wurden rund 100 ha Wald gerodet und rd. 1,2 Mio Kubikmeter Erde bewegt, sowie eine Zaunanlage auf einer Länge von 4,8 km errichtet.
Er bestreitet jegliche Verteuerung des ursprünglichen Auftragsvolumens von 5,5 Milliarden DM. Sämtliche Mehrkosten seien durch Widerstände und Beschädigungen von 'Chaoten' enstanden. Insgesamt entstand ein Schaden, die Zaunanlage miteingerechnet, von angeblich 30 Mio DM. Für alle Verteuerungen sind die Schuldigen bereits gefunden.

10.12.
Mehr Polizei in die Oberpfalz
Eine siebte Abteilung mit vier Hundertschaften, die insgesamt 650 Personen umfaßt, beschließt der Ministerrat in München. Kosten für die Unterbringung: 100 Mio DM. Laut Gauweiler erfährt die Region, genauer Standort Sulzbach-Rosenberg, dadurch eine verbesserte Sicherheitslage und strukturpolitische Stärkung. "Terroristischen Bedrohungen" wie Strommast.— und Bahnstreckenanschlägen wolle mann damit entgegenwirken.

Schwandorfer Justiz in Raumnot
Unter der Flut von WAA-Prozesse wird jetzt im Schwandorfer Amtsgericht ein Erweiterungsbau, eigens für die WAA-Prozesse, geplant. Kosten: 1,2 Mio DM.

BBU-Chef wird Verfassungsrichter
Der Amberger Richter und WAA-Gegner Helmut Wilhelm wird von den Landes Grünen für das oberste bayr. Gericht benannt und vom Plenum des Landtags gewählt.

11.12.
Strauß: Eine nationale Aufgabe
sieht der CSU-Vorsitzende mit dem Bau der WAA erfüllt, "die wir nach dem Ausfall anderer Bundesländer übernommen haben". Wie selbstlos!

"Verurteilen Sie Anschläge"
In einem mißratenen Dialog zwischen Repräsentanten der bayr. Staatsregierung und VertreterInnen des Oberpfälzer Widerstands in Regensburg legt Staatssekretär Gauweiler den BIs fünf Fragekomplexe mit o.g. Titel vor, wonach sich die Widerstandsgruppen eindeutig von Anschlägen, Rechtsbrüchen, Bedrohen von Unternehmen etc. distanzieren sollen. Und nicht genug damit, fragt er sie nach ihrer Bereitschaft 'bewaffnete Chaoten' aus ihren Reihen auszugrenzen.
Ein plumper Spaltungsversuch, auf den von den BIs auch dementsprechend reagiert wird. So wird u.a. gesagt, daß der Gehorsam gegenüber dem eigenen Gewissen höher stehe, als der dem Staat gegenüber.

11.12.
400 000 DM Gewinn
So sieht die erste Endabrechnung des Burglengenfelder Festivals aus. Zusätzliche Gewinne erhoffen sich die Veranstalter/innen aus dem Verkauf der Platten und einem versprochenen Gewinnanteil des produzierten Kino-Films.
Mal sehen wo, wann und wieviel davon in den Widerstand fließt.

Kritik an Anti-Terror-Gesetz
ist der vorrangige Tagesordnungspunkt der BI Bruck. Sie mußte bereits erleben, wie ohne rechtl. Handhabe während einer Tagung eine Beschlagnahme— und Durchsuchungsaktion stattfand. Solche Aktionen sollen ihrer Meinung nach mit den neuen Gesetzen nachträglich legalisiert werden. Jede BI müsse künftig unter der ständigen Bedrohung eines Ermittlungsverfahrens leben.

13.12.
Anschlag gestört
Beim Ansägen eines Oberleitungsmastes der Bahnstrecke München—Holzkirchen eine Unbekannte von einem Rentnerehepaar überrascht und flüchtet mit dem Fahrrad.

15.12.
WAA-Kritik — raus aus den Schulen
so lautet die Forderung von Strauß. Das zuständige Ministerium müsse die Schule wieder besser in den Griff bekommen. "Ich dulde keine politische Indoktrinierung und Ideologiesierung"sagt Strauß an die Adresse von WAA-kritischen Leherinnen.

Gegenfragen an Gauweiler
Als Antwort auf Gauweilers fünf Fragekomplexe an die BI's zur Gewalt, liefern diese ihm nun Gegenfragen, wonach er nach seiner Billigung von Polizeigewalt, seiner Einstellung zu den 'Anti-Terror-Gesetzen' u.ä. gefragt wird.

BI Schwandorf plant Weihnachtsaktion
Auf ihrer Mitgliederversammlung beschließt sie am 26.12. eine Großkundgebung am Wackersdorfer Marktplatz mit anschließender Demonstration zum 'Roten Kreuz', sowie eine 'Umzingelung' des WAA-Geländes.

100 000 DM für Strauß
so teuer war der 2000 Mann starke Polizeischutz bei seiner Wahlrede im September im Schwandorfer Stadion. Begründung für den hohen Aufwand war die Nähe zum

Chronik V

Foto: Thomas Einberger

WAA-Gelände, weshalb mit tätlichen Auseinandersetzungen gerechnet wurde.

18.12.

Von Landfriedensbruch bis Sachbeschädigung

Über Nötigung und Beleidigung von Polizeibeamten ist die Palette von Anklagepunkten gegen einen WAA-Gegner. Er soll laut Polizeiaussage im Juni 86 ein in einer Menschenmenge steckengebliebenes Polizeiauto mit Steinen beworfen haben, die Umstehenden aufgewiegelt und die Insassen beschimpft haben. Ganz anders die Aussagen von Augenzeugen, die von Steinwürfen nichts gesehen haben, noch Aufwiegelei oder Beschimpfungen bestätigen können.

174 Anzeigen gegen Polizisten

Die meisten stammen aus der Auseinandersetzung nach der Hüttendorfräumung. Bisher ist noch gegen keinen Polizisten Anklage erhoben worden, in 109 Fällen wurden die Ermittlungen bereits eingestellt. Mit den restlichen Anzeigen wird wohl ähnlich verfahren werden. Lediglich Landrat Schuierer, der nach einer Hundeattacke Anzeige gegen einen Hundeführer erstattete, wird beschwichtigt. "Die Sache läuft noch"...

Pappschilder beschlagnahmt

Bei einer Mahnwache der BI Bruck, bei der 2 Leute Pappschilder mit der Aufschrift "Mahnwache gegen den WAAhnsinn" trugen, entblödet sich die Polizei nicht, diese zu beschlagnahmen und die Personalien der Trägerinnen und die zweier hinzugekommenen Spaziergängerinnen aufzunehmen. Grund: Vier Leute sind bereits eine Versammlung und diese hätte Aufruhr und Widerstand gefördert.

19.12.

WAA-Prozeß mit vielen Anläufen

Wegen mutmaßlicher Falschaussage eines Polizisten, Verspätung der Staatsanwaltschaft und einem erfolgreichen Befangenheitsantrag gegen den Richter muß ein WAA-Prozeß gegen einen 23jährigen Freudenbergen, Vorwurf: Nötigung wegen Behinderung von Baufahrzeugen, nun schon zum 3. Mal ausgesetzt werden.
Nach einer Aussagen eines Polizisten, die im offensichtlichen Widerspruch zu denen seiner Kollegen stand, versuchte der Richter die Zeugen zu beschwichtigen und unterrichtete die anderen Polizeizeugen über das 'Fehlverhalten' ihres Kollegen. Ein darauffolgender Befangenheitsantrag gegen den Richter wurde nach zweimaligem Anlauf stattgegeben.

20.12.

3500 m langer Protestbrief

wird als Symbol gegen die WAA an F.J.S. von Salzburger AKW-Gegnerinnen gerichtet. Unterschrieben haben bisher mehr als 55 000 Menschen aus Österreich und Bayern.

Verbot von Weihnachtsaktionen

Per Allgemeinverfügung verbietet das Schwandorfer Landratsamt eine Reihe von Veranstaltung, die unter dem Motto 'Weihnachten in Wackersdorf' geplant sind.
Ausgenommen von den Verboten ist die ökumen. Andacht am Franziskusmarterl und die Kundgebung auf dem Wackersdorfer Marktplatz.
Weitere vier Veranstaltungen, darunter die Demo zum 'Roten Kreuz', die Umzingelungsaktion und die Silversterfeier am Franziskusmarterl werden mit dem Hinweis auf die Sperrzonenregelung verboten. Derzufolge ist quasi alles, was in näherer Umgebung des WAA-Geländes geplant wird, seit einer Verfügung der oberpfälz. Regierung vom 21.5.86 untersagt. Dies muß auch für die Begründung eines Kulturprogramms am WAA-Gelände herhalten. Verboten wird es von der Gemeinde Bodenwöhr, die es darüberhinaus nicht gesichert sieht, daß nicht mehr als 500 Leute kämen, was wiederrum Übergriffe auf den Zaun nicht ausschlösse.

22.12.

BuKo nach Nürnberg

Dies ist der Beschluß von ca. 100 Vertreterinnen von Anti-AKW-Inis in Frankfurt.
Nachdem die BuKo in Regensburg verboten wurde, spricht sich die Mehrheit der BI's, nach dem Motto 'Jetzt erst recht in Bayern' für eine BuKo in Nürnberg aus. Ein Ausweichort bei einem erneuten Verbot wird von großer Mehrheit abgelehnt.

Weihnachtsfrieden um die WAA

erhofft sich das Regensburger Polizeipräsidium. Mann will allerdings nichts dem Zufall überlassen, und so müssen Teilnehmerinnen der geplanten Weihnachtsaktionen mit starken Kontrollen rechnen.
Dem Bauen von Hütteno.ä., wie sie die Polizei aus Ankündigungen auf Aufrufen entnimmt, werde mann nicht tatenlos zusehen. All jenen, die nicht gegen die (massenhaft gestellten) Auflagen verstoßen, verspricht der Präsidiumsleiter, daß sie mit keinerlei Maßnahmen gegen sich zu rechnen haben. Auf die Frage nach der Bereitstellung von Gummigeschossen, äußert er sich nicht eindeutig. Aus seinen bisherigen Einlassungen zu diesem Punkt wird allerdings klar, daß mit einem derartigen Einsatz zu rechnen ist. Welch friedliche Weihnachten...

23.12.

Strenge Auflagen für Weihnachtskundgebung

Die geplante Großkundgebung auf dem Wackersdorfer Marktplatz, einzige Veranstaltung neben der ökumen. Andacht, die überhaupt erlaubt ist, darf nur unter strengen Auflagen stattfinden.
Unter anderem wird eine genaue Festlegung auf Ort und Zeit gefordert, sie darf sich also nicht von der Stelle bewegen.
Verboten wird: das Aufsteigenlassen von Drachen oder Ballons, das Mitbringen von Kindern unter 12 Jahren, das Mitbringen von Kanthölzern zwecks Transparentbefestigung, die eine best. Größe überschreiten, die Duldung der Veranstalter von Äußerungen, die eine Straftat billigen oder beinhalten. Für diesen Fall sollen die Veranstalter, denen eine ständige Anwesenheit obliegt, notfalls die Versammlung zu schließen.
Als Begründung für das Verbot der Mitnahmen von Kindern führt das Verwaltungsgericht an, daß diese von 'Gewalttätern' als Deckung mißbraucht würden und die Einsatzmöglichkeiten der Polizei einschränkten.
Gegen diese und andere Auflagen legt die BI beim Verwaltungsgericht Beschwerde ein.

Flugblatt für die Polizei

Der Dachverband der Oberpfälzischen BI's wendet sich mit einem Flugblatt an die Polizei. Er versucht damit anhand verschiedener Polizeieinsätze in Wackersdorf der Polizei aufzuzeigen, wieso sich die Stimmung ihr gegenüber in letzter Zeit erheblich verschlechtert hat.

WAA-Chronik

Ohne rechtlichen Hintergrund wurde bereits ein Flugblattverteiler festgenommen und personalienüberprüft. Den Polizisten ist mittlerweile, aus rein praktischen Gründen versteht sich, die Annahme der Flugblätter verboten worden.

24.12.
Kinder doch erlaubt
Der Bayr. Verwaltungsgerichtshof hat in letzter Instanz nun doch die Teilnahme von Kindern unter 12 Jahren an der Weihnachtskundgebung in Wackersdorf erlaubt. Allerdings dürfen sie sich nicht an möglichen Demonstrationen beteiligen.
Das geplante Kulturfest ist nach längerem gerichtlichen Hick-Hack in letzter Instanz vom VGH München verboten worden. Einzige Begründung ist die große Nähe des Veranstaltungsortes zum Baugelände.

Politiker feiern Weihnachten mit Polizisten
Als moralische Unterstützung für die "aufopfernden" Dienste der zu Weihnachten im Einsatz tätigen Polizisten verstehen der bayr. Innenminister Lang und seine Staatssekretäre Rosenbauer und Gauweiler ihre Teilnahme an einer Weihnachtsfeier der Polizei auf dem Baugelände. Für die ca. 1000 Polizisten, die restl. 2000 sind im Dienst, werden 2000 Weißwürste und 4 Lastwagen voll Geschenke angekarrt, angeblich alles Spenden "aufrichtiger Bürger".

26.12.
5000 Leute in Wackersdorf
Trotz schlechten Wetters und extremen Kontrollen, z.T. mit Leibesvisitation, kommen ca. 5000 Leute zu den Weihnachtsaktionen. Nach einer ruhig verlaufenen Kundgebung, mit Landrat Schuierer und Robert Jungk als Rednern, bildet sich trotz Verbots ein Demonstrationszug zum Baugelände. Ca. 3000 Demonstrantinnen gelingt es an den Polizeisperren vorbei zum Bauzaun vorzudringen und Sägeversuche am ca. 10 Mio DM teuren Spezialzaun zu starten. Sie bleiben nicht lange unbeobachtet, die eintreffende Polizei, die sich zu dieser Aktion mit einem Aufgebot von 2000 Mann im Wald tummelt, wird mit Schneebällen empfangen. Daraufhin wird von der Polizei brutal zugeknüppelt, die Auseinandersetzung eskaliert und bis in die Nacht werden ca. 56 Leute festgenommen.
Relativ ruhig geblieben war es an den Tagen zuvor, wo ca. 600 Leute an den ökumen. Andachten teilnahmen.
Lediglich eine Gruppe von 50 Leuten versuchte eine Hütte zu bauen, was aber schleunigst durch anrückende BGS'ler verhindert wurde. Es kam zu kleineren Handgemengen, bei denen 3 Leute festgenommen wurden.
Als stolzen Fund konnte die Polizei vor Weihnachten eine im Wald versteckte Kiste mit 16 Mollis präsentieren. Bei ihren zahlreichen Autokontrollen fiel das Arsenal beschlagnahmter Dinge eher bescheiden aus: Nägel, Hämmer, Sturmhauben waren die ganze Beute. Wohl aus Frust darüber ging die Polizei dazu über, selbst Schlafsäcke zu beschlagnahmen. Sie wurden den Besitzerinnen erst auf Androhung einer richterlichen Verfügung am 29.12. wieder ausgehändigt.

30.12.
Vertrauliches mit Gauweiler
Nachdem Gauweiler es Anfang Dezember ziemlich schwer hatte, mit den BI's in's Gespräch zu kommen und sein Fragekatalog auf breite Ablehnung und Empörung gestoßen war, gibt er nun der Presse bekannt, daß er sich am Heiligabend mit dem Vorstand der BI Schwandorf, dem Vorsitzenden des Dachverbandes der BI's und dem BBU-Vorsitzenden getroffen hatte.
Laut Gauweiler sollen sie einen "ausgesprochen höflichen" Eindruck gemacht und sich strikt von jeglicher Gewalt distanziert haben.
Selbst auf die Frage nach ihrer Bereitschaft, die Polizei über Vorbereitungen von Anschlägen zu informieren, erklärten sie, daß sie darüber noch intern beraten wollten.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Wackersdorf, Ebner, hat in diesem Zusammenhang um stärkere Polizeipräsenz gebeten, da die kleinen, ortsansässigen, am Bau der WAA beteiligten Firmen stark unter den zahlreichen Anschlägen auf ihre Maschinen und Einrichtungen zu leiden hätten.

Dursuchungsaktion in Altenschwand
Bei der angeblichen Suche nach Beweismaterialien gegen einen WAA-Gegner, der wegen Landfriedensbruch angeklagt ist, wird in Altenschwand die Wohnung eines anderen WAA-Gegners durchsucht. Sämtliche Räume werden genauestens abfotografiert. Als nach einer Stunde klar wird, daß sich das Gesuchte nicht in der Wohnung, in der der Angeklagte gemeldet sein soll, befindet, werden zwei Übernachtungsgäste unter die Lupe genommen. Dem Wohnungsinhaber wird klar, daß der angegebene Durchsuchungsgrund nur ein Vorwand war, um Einblick in seine Wohnung, samt Gästen, zu bekommen.
Beim Abrücken der Polizei kommt es zu einem Zwischenfall an der Altenschwander Hauptstraße, wo ein PKW die Straße blockiert. Die Fahrzeuginsassinnen und weitere 6 Personen werden daraufhin vorläufig festgenommen.

31.12.
Silvesteraktion im Taxöldener Forst
Etwa 1000 Leute versammeln sich Silvester am Baugelände. Als die Polizei versucht die, selbstredend verbotene, Demonstration aufzulösen, kommt es zu Auseinandersetzungen. Laut Polizeiangaben wird mit Steinen, Stahlkugeln und Knallkörpern gegen sie vorgegangen.
Seitens der Demoteilnehmerinnen stellt sich die Situation gänzlich anders dar.
So wird berichtet, daß während der Aktion am Bauzaun unvermutet ein Kommando von ca. 15-20 SEK'lern aus einer nahe gelegenen Schonung hervorstürmen und blitzschnell Leute hinter die Schonung schleppen. Dort werden sie auf den Bauch geworfen, mit Plastikfesseln an den Händen gefesselt, durchsucht und schließlich im Gänsemarsch, möglichst unerkannt, zum WAA-Gelände geführt. Auf dem Gelände werden sie mit Bullenzeugen zusammen fotografiert, wobei unklar bleibt, ob diese auch die Festnehmer waren.
Die Ausrüstung und die Art des Übergriffs der Polizei lassen vermuten, daß es sich um eine Spezialeinheit, wenn nicht gar GSG 9 gehandelt haben muß.
Insgesamt werden 18 Leute festgenommen und weitere 31 personalienüberprüft.
Bereits im Vorfeld hatte die Polizei auf die bundesweit angekündigte Aktion mit Fahrzeug—, Personen— und weiträumigen Geländekontrollen reagiert. Dabei sind sie nach eigenen Angaben erneut auf Erddepots mit Mollis, Gaspistolen u.ä. gestoßen.
Erheblicher Sachschaden, so gibt ein Polizeisprecher an, wurde durch das Zerstören von Leitplanken, Ausheben von Kanaldeckeln und Herausreißen von Straßenbegrenzungen angerichtet. Beim Versuch, eine Blockade zu errichten, werden 4 Leute festgenommen.
In einer gleichzeitigen Silvesterandacht am Franziskusmarterl fordert Prof. Dr. Brox die Bürger auf, sich nicht in ihrem Widerstand entmutigen zu lassen. Gemeint ist hier der gewaltfreie Widerstand. Als "Waffe" besitze mann das "Senfkörnchen Hoffnung".

3.1.
Gauweiler verletzt Vertraulichkeit
Empört äußern sich die 3 BI-Vertreter über die Bekanntgabe ihres Gespräches mit Gauweiler, bei dem ein bewußt falscher Eindruck entstanden wäre. Um nichts in's falsche Licht zu rücken, legt der BI-Sprecher Dams Gauweiler nochmal einen Gegenfragekatalog vor, worin u.a. nach seiner Stel-

lung zu den massiven Polizei— und Gaseinsätzen gefragt wird.

Kritik an Einreiseverbot
Auf harte Kritik von der österreichischen Presse stößt die Zurückweisung einer Journalistin des ORF, und mit ihr ein Bus von 45 Leuten, an der bayr. Grenze an Silvester. Begründet wird die Zurückweisung mit dem Verdacht, die Journalistin wollte an der verbotenen "Silvesterfeier" am WAA-Gelände teilnehmen. Außerdem habe sie sich erst bei ihrem dritten Versuch, die Grenze zu überqueren, als Journalistin des ORF zu erkennen gegeben, ohne Presseausweis sei dies aber nicht "beweissicher" gewesen.
Die konservative österr. Presse bezeichnet das Verhalten der Grenzpolizei "schlimmer, als das des Ostblocks".
Das österr. Außenministerium wirft der BRD in diesem Zusammenhang die Verletzung der KSZE Akte von Helsinki vor. Einreiseverbote seien eine "unerhörte und zwischen pluralistischen Demokratien nicht gebräuchliche Vorgehensweise". Das Ministerium kündigt diplomatische Schritte in München an.

5.1.
Bayern verteidigt Einreiseverbot
Unbeeindruckt von der österr. Kritik hält Bayern an seinem Standpunkt fest. Die Aussage der Journalistin, mit der Begründung "unerwünschte Berichterstattung" zu vermeiden zurückgewiesen worden sein, wird als haltlos abgewehrt. Der Sprecher des bayr. Innenministeriums, Metzger, meint, die Zurückweisung sei provoziert worden, da sich in dem Bus ausreichend Demoausrüstung befunden habe. Die bayr. SPD will diesen Vorfall vor den Landtag bringen.

6.1.
Mehr Rechtsschutz für die Polizei
Einen verbesserten Rechtsschutz für die Polizei fordert die CSU-Landtagsfraktion. Gemeint sind damit evtl. Verfahren gegen Polizisten, wobei gefordert wird, daß auch bei "geringer Schuld" des Polizisten, die Kosten des Verfahren vom Dienstherrn übernommen werden sollen. Bei "besonderen Konfliktsituationen", in die ein Polizist geraten könnte, sollte der Rechtsschutz auch noch über die o.g. Forderung hinausgehen. Was heißt, polizeilichen Übergriffen soll hiermit eine rechtliche Deckung gegeben werden.

7.1.
BI Krach um Polizeigespräch
Zwischen Basis und Vorstand der BI Schwandorf ist es auf Grund des Gesprächs mit Gauweiler, von der die Basis nicht unterrichtet wurde, zu Streitigkeiten gekommen. Die BI fordert, künftig keine Gespräche mit Polizeiführungskräften zu führen, da diese nur den Sinn haben, den Widerstand zu spalten.

8.1.
Polizeichef bittet um Ablösung
Der für die umstrittenen Polizeieinsätze in Wackersdorf mitverantwortlichen Leiter der Polizeiabteilung im bayr. Innenministerium Schweinoch bittet um seine Ablösung. Als Grund gibt er Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit Gauweiler an. Mit seinem Rückzug will er offenbar einer drohenden Versetzung vorgreifen. Bereits nach Pfingsten wurde der damalige Polizeipräsident Friker und später der Innenminister Hillermeier versetzt. Laut Schweinoch sollen für die Polizeieinsätze immer schwarze Schafe gefunden werden, während die eigentlich Verantwortlichen im Amt blieben.

9.1.
Weiterhin starke Polizeipräsenz
In der Oberpfalz sei notwendig, so die Polizei, um "bürgerkriegsähnlichen" Auseinandersetzungen wie zu Pfingsten zuvorzukommen. Durch die verbesserten Sicherheitseinrichtungen am WAA-Gelände (verstärkter Zaun, Trockengraben, zusätzl. Rodung) hätte sich die Situation der Polizei gegenüber WAA-Gegnerinnen bereits verbessert. Nach den Worten des stellvertretenen Leiters des Polizeipräsidium Niederbayern würde sich der Widerstand immer mehr vom Bauzaun wegbewegen, dennoch käme immer noch ein erhebliches "Gewaltpotential", wie Weihnachten und Silvester gezeigt hätten, zum Zaun.

10.1.
Solarprojekt in die Oberpfalz
Die Bayern AG plant in Neunburg ein Versuchsprojekt zur Gewinnung von Wasserstoff mit Hilfe von Solarenergie. Für dieses bisher größte Demonstrationsobjekt für Solarenergie wird für die erste Ausbaustufe ein Kostenvolumen von 50 Mill. DM veranschlagt.

SPD und Grüne unterstützen BuKo
Die BuKo vom 16. bis 18. Januar in Nürnberg steht endgültig fest. Mit der Entscheidung für Nürnberg, das von einer rot-grünen Mehrheit regiert wird, erhoffen sich die Veranstalter(innen?), daß ein Verbot zumindest schwerer durchgesetzt werden kann. Als Unterstützung der BuKo wollen die Grünen ihren Parteitag im KOMM, dem geplanten Versammlungsort für die BuKo, abhalten. Ankündigungen von Gauweiler, auch in Zukunft keinen "Terroristenbefürwortungskongreß" zuzulassen, bringen die Stadt Nürnberg als Hausherr des KOMM in Konflikt mit der bayr. Staatskanzlei.
Dem Anschein nach will sich die Stadtverwaltung auf die Seite von SPD und Grünen stellen, und die Durchführung des Kongresses ermöglichen.
Dem Aufruf, mit einem breiten Trägerkreis die BuKo politisch "abzusichern", sind bisher eine Reihe von Organisationen und Einzelpersonen gefolgt. So geht die Unterstützerinnenliste über die ÖVP in Salzburg, den Bundesvorstand der Grünen bis zu Vertreterinnen von IG Metall und ÖTV.

11.1.
Verhandlung ohne Angeklagte
Zu 600 DM Geldstrafe wird eine WAA-Gegnerin vom Schwandorfer Gericht verurteilt. Ihr wird Widerstand (Tritt vor's Schienenbein eines Polizisten) während der Hüttendorfräumung vorgeworfen.
Außergewöhnlich an diesem Prozeß war, daß die Angeklagte auf ihr Verlangen hin, von der Anwesenheitspflicht entbunden wurde. Da sie auch bei einer kommissarischen Vernehmung an ihrem Wohnort Berlin keine Aussage machte, stützte sich das Urteil lediglich auf die Aussagen von 3 Polizeizeugen.

12.1.
Bayern will BuKo verbieten
Nachdem der Mietvertrag mit der Stadt Nürnberg für das KOMM gerade unterzeichnet ist, fordert das bayr. Innenministerium die Bezirksregierung Mittelfranken auf, die BuKo in ganz Nürnberg zu verbieten. Neben dem Reader zu BuKo wird als Verbotsgrund angegeben "dem gewaltorientierten Teil der Anti-AKW-Bewegung keinen rechtsfreien Raum zu ungehinderten Aufforderung, Befürwortung und Diskussion von Straftaten zu gewähren."

Holzskulptur errichtet
Im Anschluß an eine ökumen. Andacht mit ca. 100 Zuhörerinnen wird am Franziskusmarterl eine 3 m hohe Holzskulptur eines Ingolstädter Bildhauers errichtet. Sie trägt den Titel "der zerrissene Mensch" und soll das Leiden und die Ängste der Menschen, die mit der WAA leben und kämpfen müssen, ausdrücken.

13.1.
Satire gegen WAA
Ca. 500 bis 700 Leute kommen zu einer Großveranstaltung der BI Bruck. Mit kaber-

be auf der BuKo massenhaft Schriften "terroristischen Inhalts" sammeln lassen. Er bezieht sich dabei auf eine Broschüre der Anti-Imperialisten und den 'Freiraum'. Insgesamt habe er einen 500 Seiten starken Ordner zusammengestellt, angeblich alles auf der BuKo erhältliche Papiere, mit dem er dem gewaltfreiorientierten BuKo-Teilnehmerinnen die Augen darüber öffnen wolle, in welche "Gesellschaft sie sich hier begeben". Außerdem seien auf Grund des Verkaufs dieser Schriften Ermittlungsverfahren wegen Aufrufs zur Gewalt eingeleitet worden.

20.1.
Gauweiler für Entkrampfung
Nach seiner Auffassung hat sich das Klima um die WAA-Auseinandersetzung psychologisch verbessert. Als Beweis führt er die Demos während der Weihnachts— und Neujahrszeit an. Weiter baut er auf eine verbesserte Zusammenarbeit mit Schuierer, der in seiner Eigenschaft als Kreisverwaltungsreferent bereits selbst zwei Demos verboten habe.

22.1.
Prozeßbeginn gegen 'Radi-Aktiv'
Starke Sicherheitsvorkehrungen und aufwendige Personenkontrollen überlagern den Prozeß gegen die Zeitung 'radi-aktiv' und führen letztlich zu Verzögerungen des Prozeßbeginns.'
Der Zeitung wird Aufforderung zu Straftaten in 3 Fällen und Verunglimpfung des bayr. Staatswappens vorgeworfen.
Unter anderem wird der Abdruck einer Liste am Bau der WAA beteiligten Firmen im Zusammenhang mit Diskussionsbeiträgen als Aufruf zu Gewalt bzw. zur Sachbeschädigung gewertet.
Hierin sieht die 'radi-aktiv' einen Testlauf für die neuen 'Sicherheitsgesetze'. Nicht der konkrete Aufruf, sondern das Klima, was durch verschiedene Äußerungen geschaffen würde, ist Strafbestand.
Die Verteidiger haben die Einstellung des Verfahrens gefordert.

23.1.
"Anti-Terror-Gesetze" nicht ausreichend
Bayern will mehr. Auf diesem Hintergrund kündigt CSU-Staatssekretär Vorndan bayr. Vorstöße in Richtung Ausweitung der neuen Gesetze an. In seinem Szenario von brandschatzenden Chaoten, fast täglich verübten Anschlägen und (alles in einer Linie) in regelmäßigen Abständen verübten Morden, beschreibt Vorndan, daß die neuen Gesetze nicht ausreichend seien, um solche Anschläge zu verhindern. Er fordert die Vermummung und sog. passive Bewaffnung, sowie die alleinige Teilnahme an einer gewalttätigen Demonstration unter Strafe zu stellen. Im übrigen beharre die CSU auf der Kronzeugenregelung, um 'den Sumpf' besser austrocken zu können.
Zu den Vorwürfen wegen der immensen Gaseinsätze in Wackersdorf meint er, er sei froh, das bis dato noch nicht von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden mußte. Die mittlerweile ca. 3000 Verfahren gegen WAA-Gegnerinnen sieht er als keinen ausreichenden Erfolg, da die "großen Fische" bis jetzt ohne jede Spur seien.

23.1.
Strauß verklagt
Gegen seine Behauptung auf der BuKo wurden massenhaft Schriften terroristischen Inhalts sichergestellt, die die Verbindung einiger Teilnehmerinnen zu 'Mordszene' offenbarten, hat die bayr. Landtagsfraktion der Grünen Klage eingereicht. Den Veranstalterinnen ist eine Sicherstellung derartigen Materials nicht bekannt.

27.1.
Feuerwehr und THW als Mastenschützer
Mit Observationsaufgaben als Vorbeugung von Strommastanschlägen wurde die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk von der Polizei beauftragt.
Aufgaben, die sonst nur in den Zuständigkeitsbereich der Polizei fallen, wurden mit der Begründung, hier handele es sich um vorbeugenden Brandschutz an die beiden Organisationen erteilt. Sie patroullierten um das WAA-Gelände und sollten sofort jede verdächtige Person melden.
Die Kriminalpolizei Amberg gibt zu, daß dadurch Polizeikräfte für andere Aufgaben freigeworden wären.
Landrat Schuierer, der von dem Einsatz nicht informiert worden war, bezeichnet diesen Vorfall als Skandal, da hier offensichtlich die Feuerwehr und das THW Hilfssheriffs für die Polizei gespielt hätten.

28.1.
Anträge abgelehnt
Im Prozeß gegen die 'radi-aktiv' herrschen nach wie vor starke Sicherheitsvorkehrungen. Anträge der Rechtsanwälte, die Leibesvisitation und die starke Polizeipräsenz zurückzunehmen, werden von Richter Voll abgelehnt. Die Verteidiger sehen in diesen Maßnahmen eine Vorverurteilung der Angeklagten. Ein daraufbegründeter Befangenheitsantrag gegen den Richter stellt dieser zurück. Auch die geforderte Ablösung des Staatsanwalts, der die Angeklagten als 'militante WAA-Gegner' bezeichnete, wird vom Richter abgewiesen.

Klage abgewiesen
Das Bezirksgericht Lembach hat die Klage eines österreichischen Bauern gegen die WAA abgewiesen. Begründung: die WAA befinde sich noch im Bau und stelle zum jetzigen Zeitpunkt keine Gefährdung für ihn dar.

29.1.
Streit um WAA-Bauverkehr
Für den Fall, daß der Schwerverkehr mit Baumaterialien für die WAA durch die Gemeinde Nittenau führt, kündigt Stadtrat Jobst 'erbitterten Widerstand' an. Die Bevölkerung sei bereits jetzt durch den Baustellenverkehr schwer belastet. Auch Bürgermeister Scharf, wendet sich gegen die Benutzung von Straßen durch Steinberg als Alternativweg.

30.1.
Entschädigung für Polizistenwitwe
Die Witwe mit Kind, deren Mann bei der Hubschrauberkollision mit einem Tiebwagen am WAA-Gelände um's Leben kam, bekommt eine einmalige Unfallentschädigung von 25 000 DM.

31.1.
Spektakuläre Katastrophenübung
Das fiktive Szenario einer zunächst geheimgehaltenen Katastrophenschutzübung der bayr. Behörden soll sich wie folgt darstellen: WAA-Gegnerinnen sägen einen Strommast um, dieser fällt auf eine Bundesbahnstrecke, bringt einen Zug zum Entgleisen und fordert Hunderte von Toten. Bis auf die Toten soll alles mit einem riesigen techn. Aufwand nachgespielt werden. Polizei, Feuerwehr, THW und Bundeswehr sollten den Eindruck eines Ernstfalls bekommen.
Die Grünen, die das Vorhaben an die Öffentlichkeit brachten, bezeichnen es als Diskredetierung des WAA-Widerstands.
Das Innenministerium reagiert empört auf die vorzeitige Bekanntgabe durch die Grünen. Nun sei ein Teil des Sinns dahin.

31.1.
Kritik an Kultusministerium
Die BI Nittenau erklärt auf ihrer Versammlung, daß die Verlautbarungen des Kultusministeriums über angeblich gemaßregelte Lehrer, die sich zu intensiv mit der WAA im Unterricht beschäftigt hätten, reine Gerüchtemacherei seien.
Maßregelungen habe es nicht gegeben. Offensichtlich solle hierbei das Ziel verfolgt werden, die Lehrerschaft einzuschüchtern, so daß sie gar nicht erst auf den Gedanken kommen, sich WAA-kritisch in der Schule zu äußern.

Polizeihauptkommissar räumt Schreibtisch
Ausschlaggebend für diesen Entschluß war für den PHK die fehlende Unterstützung der Bevölkerung bei dem Vorgehen der Polizei während der Blockadetage und dem Auflösen verbotener Demonstrationen. Er konnte nicht verstehen, wieso sich hier die Bevölkerung mit "aggressiven Störern" solidarisierte.

6.2.
DWK in Zugzwang
Als einen "kleinen Sieg" bezeichnet RA Baumann die gerichtlich erzwungen Einsicht in 23 Aktenordner zur 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) der WAA. In den Aktenordnern stehen u.a. Betriebs— und Unternehmensgeheimnisse der DWK.
Die DWK muß nun die Notwendigkeit der WAA nachweisen. In der am 30.3. beginnenden Verhandlung um die Zulässigkeit der ersten TEG soll es zunächst darum gehen, ob es der DWK zuzumuten ist, mit den durch die 1.TEG festgelegten Bauten bis zum Ende der Verhandlung zu warten.

21 Monate auf Bewährung
Wegen schweren Landfriedensbruch und Widerstand bei seiner Festnahme wird ein 21jähriger ZDL'er zu o.g. Urteil verknackt.

retistischen Aufführrungen soll auf humoristische Weise die Ablehung der WAA zum Ausdruck gebracht werden. Auch diese Verstanstaltung konnte nur unter schwierigsten behördlichen Auflagen stattfinden. Bürgermeister Hanisch, der neben Landrat Schuierer und Armin Weiß von den Grünen als Redner auftritt, nennt es erschütterlich, daß Anträge bis in's Innenministerium gehen mußten, um die Veranstaltung zu genehmigen.

13.1.
Journalisten gegen Einreiseverbot
Neben dem ORF und dem Wiener Außenministerium wendet sich nun auch der Bayr. Journalistenverband gegen das Einreiseverbot der Österr. Journalistin, die über die Silversteraktion berichten wollte. Für sie widerspricht das Verhalten der bayr. Regierung dem Grundrecht auf Pressefreiheit.

14.1.
Verfahren gegen Richter beantragt
Die Nürnberger Generalstaatsanwaltschaft hat gegen den erst kürzlich am Verfassungsgerichtshof vereidigten Richter, H. Wilhelm, ein Disziplinarverfahren beantragt. Zur Last gelegt wird ihm sein Engagement als WAA-Gegner, welches das "Vertrauen in seine Unabhängigkeit" im Richteramt gefährde.
Helmut Wilhelm sitzt als Stadtrat der Grünen im Amberger Parlament. Darüberhinaus ist er seit zwei Jahren geschäftsführender Vorstand des BBU und Mitbegründer der Amberger BI gegen WAA.

15.1.
16jähriger zu 16 Monaten auf Bewährung verknackt
Gegenstand der Verhandlung war der "Sturm auf die Polizeiinspektion Schwandorf" im Mai '86 und anschließende Attacken auf fahrende Polizeiautos.
Dem Schüler, der wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr angeklagt wurde, wird zur Last gelegt, sowohl Fensterscheiben der Polizeiinspektion zertümmert, als auch zwei Polizeiautos mit Steinen beworfen zu haben. Den letzten Vorwurf gibt der Schüler auch vor Gericht zu und begründet es mit der Wut über die Poizeieinsätze zu Pfingsten.
Die vor Gericht vernommenen Eltern führten den schlechten Einfluß von WAA-Gegnerinnen auf ihren Sohn als Grund für sein Verhalten an. Mit zu dem Urteil gehört dann auch das Verbot für den Schüler, weder einschlägige Lokale der 'Szene', noch Anti-WAA-Büros fortan besuchen zu dürfen. Außerdem muß er 100 Arbeitsstunden in einer Familienerholungsstätte ableisten.

Rüge gegen Lehrer
Laut Kultusministerium wurden gegen 3 Lehrer "Pflichtmahnungen" ausgesprochen, da sie das Thema WAA zu einseitig im Unterricht behandelt hätten.

Kirchenprominenz zur WAA
Der weltbekannte Franziskanerpater Leonardo Boff, führender Vertreter der Befreiungstheologie in Brasilien, will am 8.3. am Franziskusmarterl eine ökumen. Andacht halten. Boff versteht seinen Besuch als Solidarität im Kampf für das Leben, das den friedlichen Protest gegen die WAA einschließe.

Stadt Nürnberg verbietet BuKo
Nachdem die Stadtverwaltung am 14.1. widerspruchslos die Verbotsverfügung vollzogen hat, muß nun die 5. Kammer des Verwaltungsgerichtes über einen Eilantrag der Veranstalterinnen entscheiden. Die Anwälte selbst räumen ihrem Antrag geringe Erfolgschancen ein.
Das Verhalten der Stadtverwaltun, die zunächst einem Verbot abgeneigt schien, erwies sich als reine Taktiererei, da ihr Rechtsreferent Sauber erklärt, "man sei schon immer von einem Verbotsbestand ausgegangen, nur habe man aus Angst vor Krawallen die BuKo zunächst nicht verbieten wollen."
Derweil läuft die Mobilisierung zur Buko, ungeachtet des Verbots, auf Hochtouren.
Am Samstag soll eine Demonstration gegen die Sicherheitsgesetze und das BuKo-Verbot stattfinden.

16.1.
Bayern schließt die Grenzen
Wie zuletzt an Silvester, so wird auch für den Zeitraum der BuKo in Nürnberg die bayr.-österreichische Grenze für alle evtl. Teilnehmerinnen der BuKo geschlossen.
Der Pressesprecher des bayr. Innenministeriums erklärt dazu, es sei "eine Selbstverständlichkeit, daß man zu einer verbotenen Veranstaltung keine Ausländer einreisen läßt."
In Nürnberg ist mit einem polizeilichen Belagerungszustand von bundesweit über 4000 zusammengezogenen Polizisten zu rechnen. Das KOMM soll auf Anweisung der Regierung Mittelfranken von Freitag bis Sonntag geschlossen werden. Der Kulturreferent kündigt an, daß er der Anweisung nicht Folge leisten will.

16.1.
Solaranlage als Alibi für WAA?
Die in Neunburg geplante Solar-Wasserstoff Anlage wird etwa 100 Neugierigen Bürgerinnen von EVU's und Politikern vorgestellt. Dabei wird stets betont, daß sie nie eine Alternative zur Atomenergie darstellen könne. Mit allen 3 Ausbaustufe umfaßt das Modellprojekt ein Volumen von 150 Mill. DM.
Die Neunburger Bürgerinnen stehen der Sache eher mißtrauisch gegenüber. So fällt auf, daß das Projekt kurz nach Tschernobyl in der Nähe der WAA angesiedelt werden soll. Hier soll ein scheinbares Bemühen um Alternativenergie demonstriert werden, was die WAA aber nicht in Frage stellen soll.

17.1.
Immer mehr BGS auf Demos
Bei der Referierung des Tätigkeitsberichts des Bundesgrenzschutzes erklärt Zimmermann, daß dieser 1986 wesentlich stärker als in den Vorjahren zu Demonstrationen angefordert worden ist. Waren es 1985 18 Einsätze mit ca. 4700 Beamten, so steigerte sich diese Zahl 1986 auf 70 Einsätze mit 22 500 BGS'lern .

BuKo mit Auflagen genehmigt
Überraschend wird am Vortag des BuKo-Beginns dem Widerspruch der Veranstalterinnen gegen das Verbot, vom Verwaltungsgerichtshof stattgegeben.
Als Auflagen werden allerdings vorgeschrieben, sämtliche Leiterinnen der Arbeitsgruppen bekanntzugeben, welche sich verpflichten müssen, jegliche Aufrufe zur Gewalt zu unterbinden. Außerdem dürfe die BRD nicht, wie es im Reader steht, der Ermordung der RAF-Gefangenen beschuldigt werden.
Um eine tatsächliche Unterbindung solcher Äußerungen zu erreichen, schlägt das Gericht eine 'Mikronfonkontrolle' durch die Polizei vor.
Die Schließung des KOMMs ist auf Grund dieser Entscheidung nicht vollzogen worden. Die Landestaatsanwaltschaft legt gegen diesen Entscheid beim VGH Beschwerde ein. Ihrer Meinung nach hat das Gericht "den Charakter und die Zielsetzung der BuKo völlig verkannt".

18.1.
BuKo trotz erneuten Verbots zu Ende geführt
Ohne Auseinandersetzungen mit der Polizei, mit einer Beteiligung von etwa 1000 Leuten, kannte die BuKo, trotz eines erneuten, am Samstag durchgepeitschten Verbots, bis zur letzten Minute tagen.
Auch werden sämtliche Auflagen per Plenumsbeschluß abgelehnt. Die Stadt Nürnberg lehnt es vorläufig ab, diese mit Zwangsmitteln durchzusetzen.
Dem Riesenaufgebot der Polizei scheint durch das jurist. Hick-Hack die Hände gebunden zu sein. Erst als die BuKo gegen 13 h am Sonntag beendet wird, steht eine Räumung durch die Polizei kurz bevor.
Trotz der Hektik um die BuKo und der ständige Befürchtung einer polizeilichen Räumung, finden insgesamt 16 AG's mit z.T. über 100 Leuten statt.

Brandanschlag im Raum Schwandorf
Zu einem Brandanschlag auf eine Gasdruckregelanlage bekennen sich in einem anonymen Anruf WAA-Gegnerinnen. Ein in der Nähe stehender Starkstrommast wurde durch den Anschlag ebenfalls gefährdet, bleibt aber intakt.
Die Anlage brennt völlig aus, es entsteht ein Sachschaden von 30 bis 40 000 DM.

19.1."Terrist. Schriftgut" sichergestellt
In einem erneuten Versuch, die BuKo als "Terroristenkongreß" darzustellen, gibt Innenminister Lang der Presse bekannt, er ha-

Angeblich soll er zwei Steine auf Polizisten während einer Auseinandersetzung am WAA-Zaun im Juni geworfen haben. Laut eigenen Angaben ist er nach heftigem Schlagstockeinsatz der Polizei aus der Menge gelaufen, wurde verfolgt und selbst Opfer eines Knüppelhiebes, bei dem er eine Kopfplatzwunde erhielt.
Daß er sich mit einer Sturmhaube vermummt hatte, wurde von der Staatsanwaltschaft als Wille zur Gewaltanwendung bezeichnet. Als Unterstützung des Vorwurfs wurden vor Gericht 11 Videofilme von den Auseinandersetzungen gezeigt, in der ein Polizeizeuge ihn als Steinewerfer identifiziert haben wollte. Dies stellte sich allerdings bei näherer Betrachtung als Verwechslung heraus. Das änderte nichts an der Glaubwürdigkeit der Polizeizeugen. Der Staatsanwalt forderte die schließlich verhängte Strafe ohne Bewährung. Vom Gericht zugute gehalten werden dem Angeklagten seine fehlenden Vorstrafen und die Aussagen von etlichen Bekannten, die ihn als sehr friedfertig bezeichneten.

9.2.
Neue Aktionen geplant
Die LaKo kündigt neue Aktionen gegen die WAA an. Im Mittelpunkt stehen soll dabei ein Ostermarsch im Taxöldener Forst, sowie eine Großdemonstration im Herbst am Bauzaun.

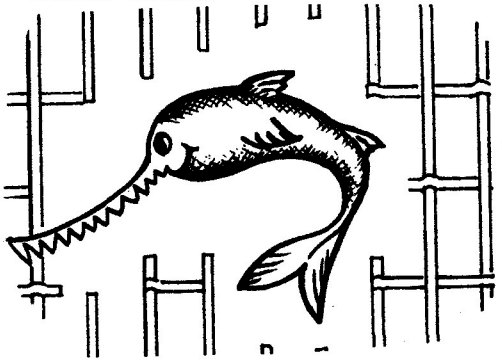
10.2.
Neueinstellungen für Genehmigungsverfahren
Eigens für das Genehmigungsverfahren für die WAA richtet das Umweltministerium drei hochdotierte Planstellen ein. Außerdem erhält die Koordinierungsgruppe WAA im Wirtschaftsministerium eine personelle Aufstockung.
Die Einrichtung dieser sechs zusätzlichen Stellen kostet den Freistaat jährlich eine halbe Millionen DM, wobei erhofft wird, daß ein Großteil über Auslagenerstattung der WAA-Betreiber wieder reinzuholen ist.

Freispruch für WAA-Gegner
Angeklagt wurde wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte in einer Auseinandersetzung am WAA-Zaun.Auf Grund erheblicher Widersprüche der drei Polizeizeugen über die Art der angeblichen Widerstandshandlung, lautet das Urteil, in dem Prozeß gegen einen 25jährigen Zimmerer, auf Freispruch.
Bereits zuvor mußte der Vorwurf der Gefangenenbefreiung fallengelassen werden, da sich herausstellte, daß die betreffende Person gar keine Gefangene im jurist. Sinne war.

11.2.
Das Chaos steht bevor
So sieht es der Bezirksverband der oberbayr. Polizeigewerkschaft, wenn nicht schleunigt mehr Stellen für Polizisten eingerichtet werden. Z.Z. würden die Beamten weit über 40 Std. pro Woche zur Verfügung stehen und insgesamt mit ihren Überstunden den Dienst für 500 (!) fehlende Polizisten ableisten.

12.1.
200 DM Geldstrafe
wegen Widerstands bei seiner Festnahme, lautet das Urteil gegen einen 26jährigen WAA-Gegner. Auch hier mußte der Vorwurf der versuchten Gefangenenbefreiung fallengelassen werden.
Obwohl auch hier erhebliche Widersprüche in den Polizeiaussagen auftreten, erscheint es dem Richter glaubwürdig genug. Eine ganze Reihe von Zeugen konnte entgegen den Polizeiaussagen bestätigen, daß der Angeklagten lediglich "wild gestikuliert" hätte.

13.2.
Katastrophenschutzübung durchgeführt
Die bereits erwähnte Katastrophenschutzübung der Polizei, bei der es um einen fiktiven Bahnlinienanschlag von AKW-Gegnerinnen ging, ist laut Gauweiler erfolgreich beendet worden. Unter großem techn. Aufwand wurde ein ausrangierter Zug zum Entgleisen gebracht und ca. 100 "Verletzte" von der Feuerwehr und dem THW "geborgen".
Innenminister Lang gibt an, daß der Bevölkerung damit klar gemacht werden solle, daß es sich bei den Anschlägen von AKW-Gegnerinnen nicht um "Max und Moritz-Streiche" handele.



3000 DM Geldstrafe
Ausgangsgeschehen waren die Auseinandersetzungen im Juni 86 zwischen Polizei und WAA-Gegnerinnen am WAA-Gelände. Der Angeklagte soll mit einem Stock auf einen Polizisten losgegangen sein, und wird wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung verurteilt.
Der Vorwurf des Landfriedensbruchs, der mittels Video Filmen über das Geschehen gestützt werden sollte, mußte wieder fallengelassen werden. Auf den Filmen war von dem Angeklagten nichts zu sehen. Dies war eigentlich auch schon vorher klar, da selbst Polizeizeugen ausgesagt hatten, daß die Handlung nicht aus einer "gewalttägigen Menge" heraus erfolgt war.

18.2.
Innenministerium zieht Demobilanz
1986 sei das Rekordjahr für "unfriedliche Kundgebungen" gewesen. Insgesamt hätte es 7143 Kundgebungen gegeben, 20% mehr als im Vorjahr. Ebenfalls um 20% gesteigert hätten sich die "gewalttägigen Demonstrationen".
Sprunghaft angestiegen sei die Zahl der verletzten Polizisten von 237 1985 auf 818 1986. Die meisten Demonstrationen (56) und verletzten Beamten (391) habe es in der Auseinandersetzung um die WAA gegeben.

Kräfte abgezogen
Da sich laut Präsidiumsleiter Frenzl die Lage am Bauzaun beruhigt habe, werden ein Großteil der stationierten Bereitschaftspolizisten die Woche über nach Hause geschickt.
Doch der Schein trügt. Während ihrer Abwesenheit sollen ihre Aufgaben von der Polizeiinspektion Amberg, das kürzlich personelle Verstärkung erfahren hat, vertreten werden.

WAA-Prozeßlawine rollt unabsehbar
Im Zuge der Auseinandersetzungen um die WAA wurden insgesamt 2757 Ermittlungsverfahren eingeleitet. 979 davon sind von der Amberger Staatsanwaltschaft selbst noch nicht abgeschlossen, bisher gibt es 265 rechtskräftige Urteile.

20.2.
Disziplinarverfügung gegen Professor
Wegen einer Protestaktion gegen die WAA (Enthüllung eines Mahnsteins mit Namen verantwortlicher CSU-Politiker), wird ein Regensburger Uni Prof. wegen Verletzung seiner Dienstpflicht zur Verantwortung gezogen. Angeblich wird die Eintragung in seine Personalakte "ohne weitere Folgen" bleiben

Sieben Jugendliche verurteilt
Zu Freizeitarbeiten bzw. Jugendarrest werden vom Amtsgericht Amberg sieben Jugendlichen wegen der Errichtung einer brennenden Straßensperre während der Hüttendorfräumung verurteilt.
Während sechs der sieben Angeklagten einen Wochenddienst aufgedrückt bekommen, wird gegen einen, auf Grund seiner vier Vorstrafen, ein einwöchiger Dauerarrest verhängt.
Sie hatten ihre Tat vor Gericht zugegeben und mit der Wut über die Hüttendorfräumung und der Verhaftung Unschuldiger begründet. Die Anklage lautete auf Sachbeschädigung (es wurde ein Baum gefällt) und gemeinschaftlich begangener Nötigung.

21.2.
450 DM Geldstrafe
Nachdem sie gegen einen Strafbefehl über 600 DM Widerspruch eingelegt hatte, kommt es zum Prozeß, indem die 23jährige Studentin wegen Widerstands gegen Polizeibeamten am Pfingstsonntag am WAA-Gelände zu o.g. Strafe verurteilt wird.
Im Mittelpunkt der Verhandlung steht nicht ihre eigentliche Handlung, sondern ihre schwarze Kleidung und Vermummung, die sie bei ihrer Verhaftung trug. Für den Staatsanwalt und den Richter reichte das aus, um zu dem Schluß zu kommen, daß sie "nicht nur eine Mitläuferin" zu sein scheint. Ihr 'Widerstand' soll laut Polizeizeugen darin bestanden haben, daß sie die Beine versteift und mit den Armen gefuchtelt hätte.
Die Geldstrafe wurde laut Richt nur auf Grund ihrer verschlechterten wirtschaftlichen Lage herabgesetzt.

Der Prozeß

Am 21.1.87 wurde am Amtsgericht Nürnberg der Prozeß gegen die presserechtlich Verantwortlichen der bayerischen Anti-Atom-Zeitung Radi-Aktiv eröffnet.
Anklagevorwürfe waren:

- der Aufruf geheimgehaltene Planungen und Dokumente aus Justiz-Polizei und Regierungsapparat öffentlich zu machen
- Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole wegen einer Karikatur des bayerischen Staatswappens
- öffentliche Aufforderung zu Brandanschlägen und Sachbeschädigung (§ 111 StGB).

Letzteres basiert, in Vorgriff auf den § 130a (den es bei Anklageerhebung noch nicht gab) auf der Kombination von drei Textstellen in der Radi-Aktiv Nr. 7.
Bei den Textstellen handelt es sich um die sog. "Schwarze Liste" am Bau der WAA beteiligter Firmen, einem dokumentierten Bekennerschreiben und einem Satz aus einem Artikel, der sich 10 Seiten vorher findet und bereits vorab unbeanstandet in der TAZ veröffentlicht worden war: *"Sämtliche Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln klargemacht werden, daß langfristig ihre Verluste höher sind als ihr Gewinn."*

Vom Presseverfahren zum Terroristenprozeß

Wenn mann keine "Terroristen" hat, bastelt man sie sich.
Einen Tag vor Prozeßbeginn wurde vom OLG-Präsidenten eine "Sicherheitsverfügung" erlassen, mit der die Durchsuchung aller Prozeßbesucher und der Angeklagten hinter einem eigens errichteten hohen Sperrgitter angeordnet wurde. Von der Durchsuchung der Angeklagten wurde erst abgesehen, als die Angeklagten zusicherten, *"keine Gegenstände mit in den Gerichtssaal zu nahmen, mit denen geschlagen oder geworfen werden kann."*
Im Namen von 20 Bürger/innen, die den Prozeß ohne Durchsuchung besuchen wollten, legten die Verteidiger Widerspruch gegen die Sicherheitsverfügung ein und verlangten, den Prozeß bis zur Entscheidung des VG. zu vertagen. Richter Voll verfügte, die Auflösung der Durchsuchungsverfügung könne nur zusammen mit der Anfechtung des Urteils beantragt werden.

Der Richter

In Nürnberg wurde nicht um die Anklagevorwürfe gegen die Radi-Redakteure/in "verhandelt" - es wurde ihnen der Prozeß gemacht.
Der Richter wich jeder Diskussion mit denVerteidiger/innen aus und versuchte tunlichst jede Äußerung zum Verfahren zu vermeiden. Gelangweilt hörte er den Ausführungen der Verteidigung zu, um sie dann innerhalb von Sekunden ohne inhaltliche Begründdungen abzulehnen. Dieses Verhalten verglich RA Maeffert mit dem eines Briefkastens, in den etwas eingeworfen wird, aber nichts mehr zurückkommt. Noch treffender wird der Vorsitzende durch einen Zwischenruf aus dem Zuschauerraum - du Automat - charakterisiert.
Anders sein Handeln gegenüber der Staatsanwaltschaft. Da schaffte es der Anklagevertreter mit Müh und Not einen Beweisantrag zu begründen und schon wirft sich Richter Voll in die Bresche, um diesem Antrag stattzugeben. Hier verfügte Voll die einzige Pause, um im stillen Kämmerlein dem staatsanwaltlichen Beweisantrag im nachhinein einen Sinn zu geben.
Der Verteidigung hingegen gestattete der Richter gerade 15 Minuten Bedenkzeit, um eine Stellungsnahme für diesen Beweisantrag des Staatsanwalts, 17 Seiten aus Radi-Aktiv Nr. 6 zu verlesen, auszuarbeiten. Ein fürwahr parteiische Entscheidung, die aufzeigt, wie verschieden der Vorsitzende Anträge der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung behandelt.
Um sämtliche Beweisanträge und Zeugenladungen der Verteidiger abzubügeln, hatte sich Voll drei Methoden zurechtgelegt:

- Entweder das Gericht konnte *"aus eigenem Sachverstand"* über eine Aussage urteilen
- oder die Vorfälle *"sind bedeutungslos, weil nach Erscheinen der Radi-Aktiv Nr. 6 vorgefallen"*
- oder die *"behaupteten Tatsachen werden als wahr unterstellt."*

Aus der Prozeßerklärung der Angeklagten

„Zielsetzung der Zeitung war von Anfang an, umfassend über Aktivitäten und Diskussionen der Bewegung zu informieren und diese zu dokumentieren. Eine weitere wichtige Aufgaben sahen und sehen wir auch darin, Planungen und Maßnahmen von Atomindustrie und Behörden darzustellen, insbesondere aber durch Hintergrundartikel über die Gefährlichkeit von Atomanlagen und die Mittel zu deren Durchsetzung, wie z. B. brutale Polizeieinsätze, aufzuklären. Grundverständnis der Zeitung und damit auch Grundverständnis der Redaktion ist selbstverständlich die kompromißlose Ablehnung von Atomanlagen. Im Rahmen dieser politischen Haltung erfolgt aber eine von den Auffassungen der Redaktion unabhängige Berichterstattung, nämlich eine vollständige Dokumentation sämtlicher Strömungen der Bewegung. (...)".

„Die Berichterstattung über alle Widerstandsformen ist notwendig. Ein explizites Ausgrenzen bestimmter Teile der Bewegung würde logischerweise nicht mehr eine umfassende Dokumentation der Bewegungsaktivitäten darstellen. Zu einer Distanzierung von bestimmten Aktionen der Bewegung sehen wir uns in keiner Weise veranlaßt. Doch genau dies verlangt die Staatsanwaltschaft mittels ihrer Anklageschriften. Dabei wird verkannt, daß beispielsweise es niemals Aufgabe eines Presseorgans sein kann, durch selektive Berichterstattung bestimmte Entwicklungen zu verschweigen und dadurch faktisch Distanzierungserklärungen abzugeben."

„Drei Tage nach dem katastrophalen Unfall von Tschernobyl fand die erste Beschlagnahme und Durchsuchungsaktion gegen die presserechtlich Verantwortlichen statt. Als Hunderttausende auf die Straße gingen gegen die menschenfeindliche Atompolitik, als vielen zum ersten Mal durch diesen Unfall bewußt wurde, was für ein Pulverfaß Atomanlagen sind, da sahen wir uns, die bereits seit Jahren über genau diese Gefahren aufzuklären versuchten, genötigt, die staatlichen Maßnahmen gegen die Zeitung publik zu machen. (...)

Und seitdem blieb keine Nummer verschont; teilweise rückwärts lesend, wurde ein Ermittlungsverfahren nach dem anderen eingeleitet; dabei läßt sich wohl kaum verleugnen, daß mit dem Anwachsen der Bewegung, die Schrauben gegen deren Zeitung, gegen die RADI-AKTIV, enger gezogen wurden. Ganz offensichtlich sollte unter anderem über diesen Weg versucht werden, die Unruhe in der Bevölkerung in den Griff zu bekommen."

„Daß es im Zusammenhang mit der WAA tausende von Beispielen gibt, mit denen die zum Teil rechtswidrige Zurückhaltung von Informationen, Akten, Planungen belegt werden können, liegt auf der Hand. Genau dieser Umstand ist auch Anlaß für den Aufruf gewesen und fügt sich somit ein in unser Verständnis von Pressearbeit."

Ein Prozeß ohne Verhandlung

Dieser Prozeß verkam zur Lesestunde . Verhindert werden sollte, daß das, was heute in Veranstaltungen noch ohne Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit über die Vorgänge in der Oberpfalz berichtet wird, von eben jenen von Polizeiüberfällen oder Giftgaseinsätzen Betroffenen im Gerichtssaal vorgetragen wird - und damit über die überregionale Presse einer breiten Öffentlichkeit in der BRD bekannt wird.
Diese Prozeßführung der Ausklammerung der Oberpfälzer Wirklichkeit war die einzige Möglichkeit für dieses Staatsschutzgericht, den Prozeß konsequent entsprechend der Anklage durchzuziehen. Über eine Karikatur, die gekonnt das Wesen des heutigen bayerischen Staates herausstreicht, soll sich in Zukunft in Bayern niemand mehr amüsieren dürfen, genausowenig über eine verhohnepipelte Nationalhymne. Im Zeichen der Restauration sollen die Menschen wieder in Furcht zur 'Obrigkeit' aufblicken. Beim Übergang vom katholischen Neo-Feudalismus zum atomaren Repressionsstaat wirken bürgerliche Freiheiten wie Presse- oder Kunstfreiheit nur hinderlich.
Die ungeschriebenen, aber allen Staatsträgern wohlbekannten Gesetze des Atomstaates, der im Verborgenen agieren muß, sollen mit der Verurteilung zu 'Geheimnisverrat' erhalten bleiben. Die Verurteilung ist eine Warnung, sowohl an skrupelgehaftete 'Geheimnisträger', keine Einzelheiten aus der Geheimspäre des Staates zu offenbaren, als auch an jene, die dies veröffentlichen wollen.
Die Aufforderung zu Straftaten müßte noch mühsam nach § 111 zusammengestoppelt werden, mit dem neuen § 130a stellen sich diese Probleme nicht mehr. Die Begründung des Freispruches in dubio pro reo birgt für das Gericht in der nächsten Instanz die Möglichkeit, mit einer leichten Gewichtsverschiebung zum gleichen Punkt zu verurteilen. Eine Warnung an die Radi und andere Zeitungen, im Zeichen des 130a solche Veröffentlichungen in Zukunft zu unterlassen.
Ausgeblieben ist das erwartete 'Terrorurteil'. Nachdem wenige Wochen vorher ein Redakteur des 'Plärrer' wegen Verunglimpfung der Nationalhymne bereits zu 8 Monaten auf Bewährung plus Geldstrafe verurteilt worden war und der Staatsanwalt auch in diesem Verfahren 8 Monate auf Bewährung und Geldstrafe beantragt hatte. Daß es dazu nicht kam, dürfte Ergebnis der im Vorfeld geleisteten Öffentlichkeitsarbeit und der großen Verankerung der Radi in der Region sein. Doch Erleichterung ist nicht angebracht. Nicht vergessen sollte mensch, daß zur Strafe, die zu zahlen ist, noch Anwalts- und Prozeßkosten hinzukommen - allein für die erste Instanz dürfte eine Summe von 25 000 bis 30 000 DM zusammenkommen. Dies kann sich eine nichtkommerzielle Zeitung wie die Radi nicht noch einmal leisten - die finanzielle Vernichtung dieser Zeitung wäre zwar weniger spektakulär, aber sie ist nicht weniger endgültig.
Offen ist auch noch, ob das eigntliche 'Terrorurteil' nicht in der nächsten Instanz gefällt wird. Der Staatsanwalt kündigte unmittelbar nach der Urteilsverkündung Berufung an. Die Gefahr besteht insbesondere dann, wenn die Solidaritätsarbeit nach dem Motto 'War ja nur Geldstrafe' eingestellt wird und der Verhandlung in der nächsten Instanz die breite öffentliche Aufmerksamkeit fehlt. Denn eins ist klar: das Ziel einer Vernichtung der Radi und damit die Vernichtung ihres mobilisierenden, organisierenden und informierenden Charakters im Widerstand gegen die WAA, hat die Staatsgewalt nicht aufgegeben.
Wir fordern daher alle auf, die Solidaritätsarbeit für die nächste Instanz noch zu verstärken - hier muß es eine Kampagne geben, die nicht nur in der BRD und in den engsten Zirkeln Aufmerksamkeit erregt, sondern weit darüber hinaus geht.

Richter Voll gab allen Anträgen der Anklagevertretung statt. Die der Verteidigung wurden, abgesehen von der Verlesung der TAZ/Radi- Artikel vom 11.3. und eines Interviews mit britischen AKW-Gegner, durch die Bank abgelehnt.
Ob es in Wackersdorf zu brutalen Polizeieinsätzen kam, ist für den Vorsitzenden ohne Belang. Er klammerte jeglichen Inhalt, Hintergrund des Prozesses, aus. Richter Voll wollte den Prozeß so schnell wie möglich beenden, ohne sich lange mit Zeugen, Ungereimtheiten in der Anklageschrift usw. auseinanderzusetzen. Hierzu gehörte auch, daß es schien, der Vorsitzende sei in die Rechte, mit denen er Beweisanträge ablehnen kann, bestens eingearbeitet. Sonst wäre es nicht zu erklären, wie er in wenigen Sekunden alle Anträge der Verteidigung mit formalen Begründungen ablehnte.
Die Beweisaufnahme, so seine Äußerung am 1. Prozeßtag, war für den Richter nach Verlesung der inkriminierten Seiten beendet. Alle weiteren Anträge der Verteidigung erschienen ihm störend und prozeßverzögernd.

Verteidiger- Behinderungen

Die Liste der Verteidungsbehinderungen ist lang.
Am 1. Prozeßtag hatte die Verteidigung gerade Zeit, sich zum Vorwurf "Verunglimpfung von Staatssymbolen" zu äußern und Anträge zu stellen. Normal wäre es am 2. Prozeßtag gewesen, sich nun zu den beiden anderen Anklagepunkten einzulassen. Dies unterband der Vorsitzende, indem er staatsanwaltliche Beweisanträge vorzog. Den Angeklagten und der Verteidigung wurde dadurch die Möglichkeit genommen, zu allen Tatvorwürfen Stellung zu nehmen.
Deutlich wird die Behinderung der Verteidiger/in auch dadurch, daß der Richter für das Lesen von 17 Seiten aus Radi-Aktiv Nr. 6 und das Ausarbeiten einer Stellungnahme zum Beweisantrag des Staatsanwalts gerade 15 Minuten Zeit gab. Diese Verfügung schränkte die Möglichkeiten der Verteidigung ein. Eine Behinderung ist sicherlich auch, daß der Vorsitzende keinerlei Anzeichen gab, wie er über einen bestimmten Sachverhalt oder ein bestimmtes Vorbringen der Verteidigung dachte. Er verweigerte also "rechtliches Gehör." Die Verteidigung weiß darum nicht, wo sie Schwerpunkte in der Verteidigung setzen muß und wo der Richter durch bestimmte Anträge sich bereits eine Meinung gebildet hat.

Das Wappen

Auch beim Aklagepunkt "Verunglimpfung des Staatswappens" bemühte sich das Gericht, eine Verhandlung über die tägliche oberpfälzer Polizeistaatsrealität, die Anlaß der Karikatur, war zu vermeiden. Folgerichtig durfte weder Landrat Schuierer über Einsätze von Polizeihunden am WAA-Bauzaun berichten noch eine Frau aus der Oberpfalz auftreten, die durch einen CS-Gaseinsatz einen Lungenschaden erlitt. Auch den Bericht eines Schwandorfer Ehepaares, bei denen als Quittung für die Bereitstellung von Schlafplätzen für WAA-Gegner/innen eine Hausdurchsuchung mit einem polizeilichen Überfallkommando vorge-

nommen worden war, wollte Richter Voll nicht vorgetragen haben.
Weiterhin abgelehnt wurde der Antrag, Klaus Staeck als Zeugen dazu zu vernehmen, daß es sich um eine Karikatur handelt, die unter Kunstfreiheit fällt - doch, ob es sich um Kunst handele, sei eine Rechtsfrage, die vom Gericht zu entscheiden sei, beschied der Richter.

Geheimnisse und Geheimgehaltenes

In der Radi-Aktiv wurde mehrfach aus dem polizeilichen Bereich über Dinge berichtet, die eigentlich in die Öffentlichkeit gehören, die aber zurückgehalten oder abgestritten wurden.
Erinnert sei nur an die Amtshilfe zwischen Polizei und BGS, die Bereitstellung der "Anti-Terror-Einheit" GSG 9 für die WAA, der Einsatz von V-Leuten zur Provokation der "Haidhausener Krawalle" oder die Zurückhaltung von WAA-Akten gegenüber den Klägern. Verteidiger Maeffert wies zum Anklagepunkt "Aufforderung zum Geheimnisverrat" auf die Rolle hin, die der Presse in diesem Zusammenhang zukommt:*"Die Presse lebt in legaler Weise davon, verdeckt gehaltenes Wissen herauszuzerren gegen den Widerstand derer, die dieses Wissen haben."*
Doch dies beeindruckte den Richter ebensowenig wie der Versuch, dem Staatsanwalt mittels des Duden Nr. 10, Bedeutungswörterbuch, den Unterschied zwischen Geheimnissen und ihren Verrat und geheimgehaltenen Informationen nahezubringen.
Der Antrag der Verteidigung, Rolf Gössner als Zeugen zu laden oder wenigstens Passagen aus seinen Büchern über die geheimen Aktivitäten von Polizei- und Nachrichtendienten vorzulesen, wurden ebenso abgewiesen wie die Vorladung des Generalstaatsanwaltes für Bayern. Er sollte Angaben darüber machen, daß bei den sog. Haidhausener Krawallen V-Leute und agents-provocateur beteiligt waren, gegen die trotz straftbarer Handlungen keine Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden.

Aufforderung zu Straftaten - die Kombination macht's möglich

Ähnlich wie Anita in der TAZ und später in der Radi-Aktiv hatte Landrat Schuierer in einem Artikel konstatiert:*"Wenn der Zaun die in den letzten Wochen üblich gewordenen Demonstrationen auf dem Baugelände (...) unmöglich macht, wird es andere Aktionsformen geben, mit denen wir unseren Widerstand gegen das Projekt zum Ausdruck bringen können (...) (Aktionen) bis (zur) symbolischen Behinderung der Bauarbeiten sind notwendig."*
Der Antrag, Landrat Schuierer diese Überlegungen zu weitergehenden Widerstandsformen, die von vielen Menschen in der Oberpfalz ja nicht nur geteilt, sondern aktiv umgesetzt werden, im Gerichtssaal vorzutragen zu lassen, wurde vom Gericht folgerichtig seiner ganzen Strategie abgelehnt - was in der Radi nicht mehr geschrieben werden darf, darf natürlich auch nicht laut gesagt werden.
Auch die Ladung weiterer Zeugen zu diesem Punkt wurde vom Gericht abgelehnt. Die "Beweisaufnahme" beschränkt sich daher auf das Verlesen der Artikel aus der TAZ, die später in der Radi nachgedruckt wurden, hinzu kam ein BIWAK-Flugblatt und ein Interview mit einem englischen Greenpeacer über die Verarmung der Region nach Fertigstellung der WAA Widscale.

Foto Theo Heimann

Das Urteil

Die Urteile ergingen unter Ausschluß der Öffentlichkeit – 3600 DM Geldstrafe für Anita Aschenbrenner, 60 Tagessätze und 900 DM für die beiden anderen Redakteure. Die Staatsanwaltschaft, die 8 Monate auf Bewährung plus Geldstrafe gefordert hatte, ging unmittelbar nach dem Urteil in Berufung.
Gefällt wurde kein "Terrorurteil" – doch Erleichterung ist nicht angebracht. Die Strafe wurde alleinig verhängt für die Verunglimpfung des Staatswappens und die Aufforderung zu Geheimnisverrat. Vom Hauptanklagevorwurf, der Aufforderung zu Brandstiftungen und Sachbeschädigung, für die der Staatsanwalt 6 Monate Haft gefordert hatte, wurden die Angeklagten in "dubbio pro reo" freigesprochen. Die Möglichkeit einer härteren Verurteilung in der nächsten Instanz ist in der Urteilsbegründung bereits angelegt Aufgezählt wird, was für und was gegen eine Verurteilung spricht: Verurteilungsgründe seien der Abdruck der "Schwarzen Liste" in räumlichen Zusammenhang mit dem Bekennerschreiben. Der eingangs zitierte Satz aus demTAZ- Artikel von Anita taucht nicht mehr auf, stattdessen wird folgende Passage ausdemgleichen Artikel für strafwürdig befunden:
"Um überhaupt eine, wenn auch kleine Chance zu haben, die WAA doch noch zu verhindern, muß eine Radikalisierung der Bewegung stattfinden. Radikalisierung heißt hier nicht z.B. wahllos Steine werfen, sondern muß heißen, den politischen Preis zur Durchsetzung der WAA so weit wie möglich in die Höhe zu treiben. Dazu sind die vielfältigsten Formen denkbar, z.B. eine stärkere Personalisierung unserer Widersacher , Leute wie z.B. Strauß, Hillermeier, Krampol, Scheuten und wie sie alle heißen. Sie müssen zu unerwünschten Personen erklärt werden und überall ein Klima vorfinden, das ihnen das Gefühl gibt, nicht mehr ungeschoren davonzukommen — so wie es Filbinger und Lothar Späth im Kaiserstuhl erging."
Verschärfend bewertete der Richter, daß die Redaktion sich nicht *"von Kriminellen distanziert"* hätte. Von einer Verurteilung wurde allein deshalb abgesehen, weil die Texte in einem Abstand von 12 Seiten stehen und damit *"der Zusammenhang nicht mehr unbedingt sichtbar ist"*.
Der neue 130a ist für dieses Problemchen sozusagen maßgeschneidert. Davon abgesehen könnte die nächste Instanz bei dieser Begründung befinden, daß auch bei 12 Seiten Abstand ein Zusammenhang gegeben ist.
Bezüglich der Verunglimpfung des Wappens konnte das Gericht sich auch ohne den Sachverstand von K. Staeck dazu durchringen, die Karikatur als Kunstwerk zu betrachten. Doch dann kam der Richter zum Eingemachten – dem Verständnis von Bourgeoisie und Atommafia von "ihrem" Staat:*"Die Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit müsse gegenüber dem Ehrenschutz des Staates zurückstehen"*.
Beim Anklagepunkt "Aufforderung zum Geheimnisverrat" wurde befunden, der Radi-Aufruf richtesich an "Amtsträger" (schmieriger Staatsgeheimisse) – die (il)legalität dieser Geheimnisse, die gelüftet werden sollte, spielte keine Rolle mehr.
Die Verteidiger der Radi gingen in Berufung.

Die Radi hat 2 Prozeßinfos herausgebracht mit einer ausführlichen Schilderung des Prozeßablaufes. Ansonsten möchten wir auf die Berichterstattung in der in Kürze erscheinenden Radi verweisen.
Das Komitee für Grundrechte und Demokratie plant nach der schriftlichen Urteilsbegründung die Herausgabe einer Extra- Broschüre zum Prozeß.
Kontakt: Radi- Aktiv, Rothenburger Str. 105. 85 Nürnberg 70

Buchladen Distel in Detmold

Großaktion gegen Buchladen

Unvollständige Chronologie zweier Ermittlungsverfahren nach § 129 a

Am 18. Oktober 1985 findet eine Veranstaltung des Buchladens Distel unter dem Titel "Einen Revolutionär können sie töten, aber nicht die Revolution" im Detmolder Autonomen Kultur- und Kommunikationszentrum statt:
"Das Datum dieser Veranstaltung ist nicht zufällig. Am 18.10.'77 wurden in Stammheim während der Kontaktsperre die Gefangenen aus der RAF, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe ermordet. Die einzige Überlebende ist Imgard Möller ... " (Redebeiträge)
Inhaltlich ging es um die politische Entwicklung in Detmold, Situation und Selbstverständnis des Buchladens, damals anstehende Prozesse gegen Gefangene aus RAF und antiimperialistischen Widerstand, der Freilassungsforderung für Günter Sonnenberg, sowie dem bevorstehenden antikapitalistischen und antiimperialistischen Kongreß in Frankfurt:
"Diese Veranstaltung kommt nicht vom ganzen Ladenkollektiv, sondern von einem Teil. Daß hier einzelne aus dem Laden Veranstaltungen durchführen, liegt daran, daß wir ziemlich unterschiedliche Menschen sind, deren Vorstellungen sich nur an manchen Punkten decken, oft auch gegensätzlich sind ...
Anders als bei der Südafrika—Veranstaltung, wo sich Menschen mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen aus dem Laden aufgrund der aktuellen Situation zusammgesetzt haben für diesen einen Punkt, entstand Idee und Durchführung dieser Veranstaltung aus unserer kontinuierlichen Auseinandersetzung ..." (Ebenda)
Am 25.11.'85 werden die Redebeiträge Brigitte Mohnhaupt, Gefangene aus der RAF, mit einem Begleitbrief über Inhalt und Ablauf der Veranstaltung zugeschickt. Mit Brigitte bestand zu diesem Zeitpunkt bereits ein Briefwechsel.
Mit dem Datum vom 16.12. ordnet Gollwitzer, Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, die Beschlagnahme *"... des an die Untersuchungsgefangene Brigitte Mohnhaupt gerichteten Druckwerks 'Redebeiträge zur Veranstaltung Detmold 18.10.85' und des Briefes des Buchladen 'Distel' ... "* an. Der Beschluß erfolgt im Rahmen eines *"Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt (unbekannte Veranstalter und Redner der Veranstaltung ... unbekannte Herausgeber, Hersteller und Verbreiter des Druckwerks 'Redebeiträge' ...) wegen Verdachts eines Vergehens nach § 129a StGB u.a. (Werben für die terroristische Vereinigung "RAF") ... ".*

Als "Gründe" für die Zensurmaßnahme wird ausgeführt,
"... daß am 18.10.85 vom Buchladen 'Distel' eine Veranstaltung unter dem Motto 'Einen Revolutionär können sie töten, aber nicht die Revolution' organisiert wurde und die im Druckwerk 'Redebeiträge' ... enthaltenen Vorträge vor 70 Zuhörern gehalten wurde ...
Das vorliegende Exemplar des Druckwerks ... und der Brief ... sowie der Briefumschlag kommen als Beweismittel in Betracht ... ".
Am 28.12. erscheint in der lippischen Lokalpresse unter der Überschrift "Demokratiefeindlich" ein Leserbrief der Detmolder 'Schüler-Union':
" ... Was der Buchladen Distel an Büchern, Broschüren und Sonstigem anbietet ist eindeutig demokratiefeindlich und leistet der extremen Linken hervorragende Dienste. Sympathiebekundungen gegenüber der 'RAF', Bezeichnungen wie 'NATO-Angriffspakt', Unterstellungen von Angriffskriegen an die Adresse der USA, Bezeichnung der Bundesrepublik als ein Land voll entsetzlicher Armut sprechen wohl eine deutliche Sprache ... Wer solcherart Buchladen toleriert, muß sich nicht wundern, wenn entsprechendes Gedankengut sich bei Teilen der Bevölkerung breitmacht und die Bedeutung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an Wert verliert."

Am 19.3.86 stellt Berghoff, Richter am Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf einen "Beschluß"
" ... in dem Ermittlungsverfahren gegen 1. ..., 2. ... , 3. ... , 4. ... , wegen Verdachts des Werbens für eine terroristische Vereinigung ... "
auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf zur Durchsuchung der Wohnungen der 4 Beschuldigten sowie des Buchladens aus.
Nach 2seitigem Zitieren aus den Redebeiträgen ist dann dort zu lesen:
" ... Der Buchladen 'Distel' wird als 'Ladenkollektiv' betrieben. Der Beschuldigte ... ist die für dieses Einzelhandelsgeschäft verantwortliche Person im Sinne der Gewerbeordnung. Die Beschuldigten ... und ... gehören zu den Mitarbeitern des Buchladens. Der Beschuldigte ... ist Verfasser eines an das 'RAF'-Mitglied Adelheid Schulz gerichteten Briefes ... '; der sich mit der Veranstaltung ... befaßt und dem ein Exemplar der vorbezeichneten Druckschrift als Anklage beigefügt ist ... ".
Erst 2 Monate später, am 14.5., durchsuchen aufgrund o.g. Beschlusses über 100 Bullen den Laden und die Wohnungen. Daran beteiligt sind Bundeskriminalamt

(BKA), Landeskriminalamt Nordrhein-Westfahlen (LKA) mit seiner Abteilung 2.22, das Politische Kommissariat K 14 aus Bielefeld, Bereitschaftspolizei — darunter Sondereinsatzkommandos (SEK) — aus Gütersloh, Politische und Streifenbullen aus Detmold sowie als "Zeugen" Gemeindebeamte der Stadt Detmold (die Herren Klemme und Zimmermann vom Ordnungsamt). Von den Detmolder politischen Bullen sticht **Kliegihöfer** heraus, von dem später noch die Rede sein wird.
Die Durchsuchungen beginnen alle parallel gegen 6 Uhr morgens und dauern 2 bis 2 3/4 Stunden; den "freien Zugang" besorgt in den meisten Fällen ein Schlüsseldienst. Sämtliche Wohnungen werden umstellt und abgeriegelt, z.T. werden einzelne Leute mit gezogener Knarre und/oder Schäferhund aus den Betten geholt. Mit unterschiedlichem Erfolg versuchen die Bullen dabei, einzelne auf ihren Zimmern festzuhalten, um ein Zusammenkommen zu verhindern. Mit gängigen Schikanen (die Bullen gehen beim Anziehen nicht heraus, es wird nicht informiert, worum es geht, Verständigungen mit Anwälten werden unterbunden ...) sollen die Leute eingeschüchert werden.
Die Durchsuchungen sind sorgfältig und gezielt: überall werden Skizzen und Fotos von Räumen und Inventar — z.T. auch von Personen — angefertigt. Beschlagnahmt werden u.a.: Exemplare der Sonderausgabe von "Zusammen kämpfen" (April 86), Briefwechsel mit politischen Gefangenen, Buchladenunterlagen u.a.m..
Anschließend werden alle 4 Beschuldigten auf's Detmolder Bullenpräsidium gebracht und "erkennungsdienstlich behandelt", d.h. Fingerabdrücke werden abgenommen, Fotos gemacht, die anschließend in die verschiedenen Computer bis zum BKA landen. Bei o.g. Behandlungen gehen die Bullen mit z.T. äußerster Brutalität vor.
Am gleichen Tag wird eine weitere Detmolder Wohnung von "Unbekannten" demonstrativ verwüstet. In einer Wohngemeinschaft beschlagnahmen 2 besonders eifrige örtliche Bullen eine Baulampe, ein im November deshalb stattfindender Prozeß wird eingestellt.
Am 15.5., einen Tag später, halten wir auf einer Detmolder Anti-AKW-Demonstration (mit ca. 1000 Leuten eine der größten in den letzten Jahren) einen Redebeitrag zu den vorangegangenen "Ereignissen", in dem wir betonen, daß wir uns das Recht zur politischen Auseinandersetzung nicht nehmen lassen werden.
Viele Leute erfahren so zum ersten Mal von dem Bulleneinsatz. Die Bullen reagieren nervös, greifen jedoch nicht ein.
Eine Woche später veröffentlichen wir ein 'Info zum § 129a':
"... Mittels des politischen Strafrechts, in dem der § 129a eine ganz zentrale Funktion hat, wird versucht, ... z.B. **jegliche** Auseinandersetzung mit politischen Gefangenen mit einem immer weiter gefaßten Schleier der Kriminalisierung zu überziehen und sie als 'terroristisch' zu denunzieren. Der Begriff 'terroristisch' zielt vor allem auf Teile der Linken ab, die, wenn dieser Begriff erst einmal gefallen ist, nichts mehr gegen die Beseitigung (? d.s.in) der entsprechenden Bezeichneten vorzubringen hat ... ".
Das Flugblatt wird bundesweit vertrieben und in einigen Zeitungen/Infos (über- und regional) abgedruckt, meistens auszugsweise. Daraufhin erhalten wir einige Stellungnahmen, Solidaritätserklärungen und Spenden.
Ende Mai erscheint ein Flugblatt aus dem antiimperialistischen Widerstand "Gegen den Angriff auf Veranstaltungen aus dem antiimperialistischen Widerstand":
" ... Im Herbst letzten Jahres haben viele Veranstaltungen stattgefunden. Die Erfahrung während des Hungerstreiks der Gefangenen aus RAF ud Widerstand im Winter 84/85, die Diskussionen über die am gemeinsamen Ziel orientierten Angriffe der Guerilla und Militanten des Widerstandes im Sommer 85, das Projekt Kongreß — es passierte einfach total viel — veränderte sich ständig. Das Bedürfnis, für uns genauer zu bestimmen, wo wir jetzt sind, was wir anpacken wollten und da an konkreten Punkten mit anderen zu diskutieren, war Motor für die Durchführung der Veranstaltung ...".
Das Flugblatt wird u.a. auch in der "radikal" Nr. 132 veröffentlicht, die später — darauf kommen wir noch — beschlagnahmt wird. Im bundeseinheitlichen Beschlagnahmebeschluß heißt es betreff des Flugblattes:
" ... Der Artikel ... auf den Seiten 37 und 38 befaßt sich mit strafrechtlichen Ermittlungen. Er endet mit der Forderung "Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" und mit dem Aufruf "Für die revolutionäre Front in Westeuropa". Damit wird bei den Lesern um Sympathie für die Zielsetzung der terroristischen Vereinig 'RAF' geworben. Mit dem Aufbau einer revolutionären Front in Westeuropa will die 'RAF' eine Internationalisierung ihrer verbrecherischen Aktionen erreichen. Mit der Zusammenlegungsforderung will die 'RAF' ihren Kampf aus den Justizvollzugsanstalten heraus intensivieren. Dies ist zumindest Werben ...".
Die ab Anfang Juni von allen Betroffenen über Rechtsanwälte (RA) gestellten Anträge auf Akteneinsicht werden bis heute abgelehnt.
Am 9.7. wird eine Person durch Verfassungsschutz (VS) und einen örtlichen Zivilbullen in Detmold angesprochen, mit dem Ziel, als V-Mann gegen die Szene und den Buchladen insbesondere zu arbeiten. Der Versuch mit Einschüchterung ("Sie haben da doch noch was ... ") und finanziellen Angeboten schlägt fehl. Interessant an dem Anwerbungsversuch ist, daß der Kontakt (" ... wenn Sie es sich doch noch mal anders überlegen ... ") über den 'Leiter der Kriminalpolizei des Kreises Lippe', Günter Meyn, laufen soll.
Wir veröffentlichen in aller Schnelle ein Flugblatt, in dem wir u.a. auf die Einschüchterungspraktiken des VS hinweisen und dazu auffordern, Anwerbungsversuche öffentlich zu machen.
Auf G. Meyn kommen wir übrigens auch noch zurück (s.o.).
Mit Beginn der letzten Juli-Woche finden bundesweit Durchsuchungen wegen der Nr. 132 der Zeitschrift "radikal" statt.
Am 31.7. erscheinen vormittags 4 Bullen in Zivil im Buchladen, darunter der schon erwähnte Kliegihöfer und sein Lehrling Hausmann. Nach Hinterlegung einer (beglaubigten!) Kopie des bundeseinheitlichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlusses von Gollwitzer (BGH) durchsuchen sie ca. eine Viertelstunde sämtliche Räume des Ladens und "beschlagnahmen" 4 Exemplare der gesuchten 'radikal'-Ausgabe, die sie sich selber mitgebracht haben (das ist sicher)!
Stolz auf ihren "Fund" fordert Kliegihöfer den anwesenden Ladendienst (1Person) auf, das Durchsuchungsprotokoll zu unterschreiben, indem als "Zufallsfund" noch die Kommandoerklärung der RAF zu Beckurts und eine Besucherin des Ladens als "Zeugin" (!) vermerkt ist. Der Ladendienst (LD) ignoriert dies und verlangt die Ausweisung sämtlicher Bullen. Auf Kliegihöfers Anweisung wird dies unterlassen (er selbst weist sich bereitwillig

aus), denn: "Wenn Sie das Protokoll unterschreiben, weisen sich meine Kollegen auch aus." Insgesamt probiert er dies drei bis viermal, bevor er "Unterschrift verweigert" ankreuzt.

Daraufhin läßt Kieglhöfer auch keine Durchschrift des Protokolls da (wozu Bullen immer verpflichtet sind) mit der Bemerkung, der LD könne es sich ja abholen.

Als am nächsten Tag eine Anwältin die Durchschrift einholt, muß sie die Aushändigung quittieren.

Anfang August veröffentlichen "Liper/inn/en beobachten die Polizei" und die "Brigade Willi Langenberg" ein Flugblatt "Radikal beschlagnahmt", in dem in Kürze die Durchsuchung des Ladens dargestellt und der vollständige Gollwitzer-Beschluß dokumentiert wird, *" ... weil darin deutlich sichtbar wird,* **wer, wie** und **womit** politisch kriminalisiert werden soll ... Vom Kaufhausdiebstahl bis zum Diskussionspapier der Revolutionären Zellen ... ".

Erst mit Datum 8.9. stellt die Generalstaatsanwaltschaft den 4 Beschuldigten im Ermittlungsverfahren wegen der Veranstaltung einen Beschlagnahmebeschluß des OLG Düsseldorf (Richter Berghoff) vom 13.6. zu:

" ... In dem Ermittlungsverfahren ... wird nach Widerspruch der Beschuldigten auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft ... bei dem Beschuldigten ... sichergestellten Schriftstücken ... Gegenstände ... angeordnet ... Gründe:

Diese Gegenstände unterliegen sämtlich der Beschlagnahme, weil die Möglichkeit nicht fern liegt, daß sie für die Be- oder Entlastung der Beschuldigten oder sonst für die Untersuchung Bedeutung gewinnen können ... Die sichergestellten Schriftstücke befassen sich zum großen Teil mit der 'RAF' sowie deren Themenkreisen und belegen teilweise Kontakte zu Mitgliedern dieser Vereinigung. Die Gegenstände beziehen sich des weiteren teilweise auf die Veranstaltung vom 18. Oktober 1985, den Veranstaltungsort ... und die Zugehörigkeit zum 'Ladenkollektiv Buchladen Distel' ... "

Am 10.9. betreten Volker Schmook und Theo Barth vom BKA Wiesbaden nachmittags den Laden und fragen nach LD, der nicht anwesend ist (" ... der ist doch sonst immer da ..."). Nachdem sie keine Antwort auf die Frage nach dem Aufenthalt von LD erhalten, teilen sie folgendes mit:

Es ginge um die radikal, Herr LD wisse da schon Bescheid. Sie wollen bloß eine Vernehmung machen und wären sich schon im Klaren darüber, daß LD nicht aussagen würde. Es ginge ja lediglich um eine "Formsache", derentwegen sie am nächsten Tag noch einmal um 10 Uhr wiederkommen werden; verhaften wollen sie LD nicht.

Am nächsten Tag ruft BKA-Bulle Barth um 9 Uhr 45 bei der Anwältin an, die das Durchsuchungsprotokoll von Kieglhöfer abholte und quittierte: Er sei gerade bei der Detmolder Polizei und habe dort in den Unterlagen das quittierte Protokoll "gefunden". Gegen LD sei nämlich vom Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren u.a. wegen § 129a eingeleitet worden und er sei gleich mit LD im Buchladen "verabredet" (!), ob sie nicht auch kommen wolle!

Als die BKA-Bullen anschließend am Laden abgefangen werden und LD nicht anwesend ist ("Ist er denn überhaupt noch im Lande? ...") erklären sie, daß LD jetzt "ordentlich vorgeladen" werde und sollte er wiederrum nicht erscheinen, werde 'man' weitersehen.

Diese Vorladung wird LD mit Datum vom 23.9. zugestellt, allerdings von der "Kreispolizeibehörde Detmold - Kriminalpolizei" unterschrieben von - Kieglhöfer.

Wie schon beim ersten Verfahren, wird auch bei der radikal-Ermittlung keine Akteneinsicht gewährt. Mit Schreiben vom 29.10.l teilt der Generalbundesanwalt mit, daß das Verfahren (LD) an die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf abgegeben worden ist.

Am 17.9. referiert der VS-Kontaktmensch Günter Meyn in einer "öffentlichen Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses des Kreises Lippe" über das Thema "Politisch extremistische Gruppierungen in Lippe und ihre Einflußnahme auf junge Menschen".

Unter TOP 4., "Aktivitäten im linken Bereich" weiß er folgendes zu berichten:

"Die Ursprünge für verstärkte Aktivitäten in diesem Bereich liegen eindeutig in der Besetzung und späteren Räumung der ehemaligen Fabrik "Klingenberg" Ende August '80, Anfang '81. Aus dieser Szene ist in der Folgezeit ein harter Kern hervorgegangen, der 10-12 Personen umfaßt, der jedoch nicht unter einer speziellen Gruppenbezeichnung zu erfassen ist. Ein Großteil davon trat im Juni 1983 anläßlich des "Bush-Besuchs" in Krefeld bei gewalttätigen Demonstrationen in Erscheinung, so daß es zu nicht unerheblichen Verurteilungen wegen Landfriedensbruchs kam. Das Zubetonieren von Sprengschächten, eine bundesweit initierte Aktion, ruft im März 1984 auch Aktionisten im Kreis Lippe auf den Plan. Wenig später kommt es im Mai 1984 im Rahmen einer Industrieausstellung der Firma Nixdorf in Gütersloh zur Zerstörung von dort ausgestellten Computern. Maßgeblich sind daran zwei aus dem Kreis Lippe stammende Personen der von mir hier skizzierten linken Szene beteiligt.

Im Mai und August 1985 kommt es zu einer Serie von Farbschmierereien in der Innenstadt von Detmold, wobei linksradikale Parolen Solidarität mit der RAF und verurteilten gewalttätigen Demonstranten verkünden. Erheblicher Sachschaden richtete ein Brandanschlag im Oktober 1985 in Lage an, der sich gegen die dortige Mercedes-Vertretung richtet. Diese Tat muß jedoch in einer Serie bundesweit verübter Anschläge zum Nachteil von Firmen der Großindustrie, der Hochtechnologie und der Banken eingeordnet werden.

Auch im November und Dezember 1985 kommt es noch einmal zu Farbschmierein an öffentlichen Einrichtungen und am PKW und Wohnhaus eines Bundeswehroffiziers in Detmold-Heiligenkirchen. Beide Taten haben einen unmittelbaren lokalen Bezug. Schließlich kommt es aufgrund überörtlicher Ermittlungsverfahren im Mai und Juli 1986 bei verschiedenen Personen zu Durchsuchungen, gegen die Ermittlungen wegen Werben und Unterstützen einer terroristischen Vereinigung eingeleitet worden sind."

Betreffs des Veranstaltungsverfahrens

" ... ist Termin zur Vernehmung der Beschuldigten auf Dienstag, den 23.Dezember 1986, 11 Uhr vor dem Ermittlungsrichter des Oberlandesgerichts Düsseldorf ... anberaumt worden."

Aufgrund unterschiedlicher politischer Positionen kommt es zu keinem gemeinsamen Handeln: Nachdem das OLG die von allen Betroffenen geforderte Absetzung des Termins - alle kündigen an, kei-

ne Aussage zu machen - ablehnt, kommen zwei Leute dem Termin nach, während zwei der Vorladung fern bleiben. Vor Ort stellt sich heraus, daß das Verfahren inzwischen auf eine 5. Person ausgeweitet worden ist, der Betroffene hat die Vorladung jedoch nicht erhalten.
Bei einem der Erschienenen fragt Richter Berghoff (nach Personalienaufnahme, "Rechtsbelehrung" und Zur-Kenntnisnahme der Aussageverweigerung) sinngemäß:
'Aus den Unterlagen geht hervor, daß im Buchladenkollektiv unterschiedliche Meinungen vorherrschen. Wollen Sie sich deshalb erst zu Ihren persönlichen Verhältnissen äußern?'
Auch bei der zweiten Person wird nach derselben Prozedur ein Versuch nicht unterlassen:'Aus einer Mitteilung des Ordnungsamt Detmold wissen wir, daß Sie den Buchladen Distel ... abgegeben haben. Wollen Sie sich dazu äußern?'
Beide bleiben bei der grundsätzlichen Aussageverweigerung, der Termin ist nach einer Viertelstunde vorüber. Gegen die 3 Leute, die am Termin nicht anwesend waren, sind (bisher) keine Zwangsmittel angewendet worden.
Am 13.1.1987 kommt es zu einer weiteren Hausdurchsuchung, das Veranstaltungsverfahren wird auf eine 6. Person ausgeweitet. Der Durchsuchungsbeschluß vom OLG Düsseldorf (Richter Berghoff) stammt vom 8.12.1986, derselbe Tag, an dem die vorhergehenden Vorladungen zum OLG ausgestellt worden sind:
" ... Der Beschuldigte war Mitarbeiter des Buchladens. Er hat dort im Juli 1986 die Druckschrift 'Radikal Nr. 132' verkauft, in der es unter anderem heißt: "wir grüßen die genossen/innen aus der stadtguerilla, die siemens-vorstandsmitglied beckurts liquidiert haben ... kraft und liebe allen kämpfenden menschen." Den kriminalpolizeilichen Ermittlungen zufolge war der Beschuldigte zudem der eigentliche Geschäftsführer der inzwischen beim Ordnungsamt abgemeldeten Firma 'Distel'... "
Den Buchladen gibt's übrigens immer noch! Der Durchsuchungsbeschluß enthält zwar den Verweis auf das Radikal-Verfahren, ist jedoch ausschließlich auf die 85er Veranstaltung bezogen:
" ... Es ist zu vermuten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird, insbesondere in Gestalt von Manuskripten, Aufzeichnungen und Gegenständen, die zur Herstellung der Druckschrift (gemeint sind die "Redebeiträge zur Veranstaltung" d.V.) benutzt worden sind ... "
Landeskriminalamt (Einsatzleiter Grote) und Kriminalpolizei Detmold - Klieglhöfer - "finden" in 2 3/4 Stunden das bereits zitierte Flugblatt "Gegen den Angriff auf Veranstaltungen aus dem antiimperialistischen Widerstand", "De Knispelkraant" vom 7.1.87, die "Radikal 132", 8 verschiedene "s'blättle", 5 verschiedene "Zusammen kämpfen", den "Kriminalisierungsrundbrief Nr.4", den "Pressespiegel zur Verhaftung von Jens aus Bielefeld". Sämtliche Beschlagnahmungen werden letztendlich vom Einsatzleiter Grote bestimmt, der zahlreiche "Vorschläge" der ihm unterstellten Bullen ablehnt (" ... dagegen liegt nichts vor, ... kenne ich schon ...").
Skizzen und Fotos der Wohnung werden zahlreich angefertigt, die Schreibmaschine auseinandergebaut und Schriftproben entnommen. Auf der formalen Rechtsebene wird bewußt 'zurückhaltend' gehandelt, z.B. kann ein Anwalt informiert werden, nach Widerspruch gegen die Durchsuchung und Beschlagnahme wird gefragt, der Betroffene wird nicht im Zimmer festgehalten usw.. Als "Zeuge" wird der Verwaltungsangestellte der Stadt Detmold, Karl Müller, geb. 28.10.53, mitgebracht. Anschließend wird noch bei den Detmolder Bullen unter Aufsicht Klieglhöfers eine ED-Behandlung ("Wollen Sie gegen die Maßnahme Widerstand leisten?") durchgeführt, formal war noch eine Vernehmung durch Grote geplant, die nicht stattfindet.
Datiert am Tag o.g. Durchsuchung (13.1.87) wird im Radikal-Verfahren eine Vorladung vor das Amtsgericht Detmold für den 3.2.87 zur "Vernehmung der Beschuldigten" zugestellt. Auch das Verfahren ist auf eine weitere Person ausgeweitet worden; d.h. 2 von den 6 Leuten, gegen die das Veranstaltungsverfahren läuft, haben mit der 'radikal' ein 2. §129a-Ermittlungsverfahren am laufen.
Die Vorladungen zum 3.2.87 waren eine Vertretung für die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf. Beide Betroffenen hatten die Absetzung des Termins beantragt, stattgegeben wurde dies nur bei einer Person. Die andere Person mußte zur Vorladung erscheinen, berief sich auf das Aussageverweigerungsrecht (als Beschuldigter) und konnte wieder gehen (keine Nachfragen).
Im Veranstaltungsverfahren sind in der Zwischenzeit die Akten eingegangen.
An unterschiedlichen Tagen ausgestellt und versandt erhielten, ebenfalls im Veranstaltungsverfahren, 4 Beschuldigte eine Vorladung zur Vernehmung durch den Ermittlungsrichter am 10.2.87 vor das OLG Düsseldorf:
"Sollten Sie sich zur Zeit des Termins auf freiem Fuß befinden, so kann, wenn Sie ohne ausreichende Entschuldigung ausbleiben, Ihre Verhaftung oder Vorführung angeordnet werden."
3 der 4 Vorgeladenen hatten bereits die Vorladung zum 23.12.86 erhalten und waren damals nicht erschienen, die 4. Person war jene, die zuletzt in dieses Verfahren aufgenommen wurde (Hausdurchsuchung am 13.1.87).
Diese kam als einzige der Vorladung nach und wurde prompt - gleich zweimal - nach dem Verbleiben der anderen, "persönlichen Bekannten", gefragt.
Auch hier hatte Richter Berghoff nach der üblichen 'Rechtsbelehrung' und der Zur-Kenntnis-Nahme der Aussageverweigerung eine vorbereitete Frage parat:
'Sie können z.B. erklären, daß Sie nicht zu dem Teil des Buchladens gehören, der die Veranstaltung ... durchgeführt hat.' (sinngemäß)
Der Beschuldigte bleibt bei der Aussageverweigerung und kann anschließend gehen. Gegen die 3 anderen Beschuldigten sind bis zum 16.2.87 keine Zwangsmaßnahmen durchgeführt worden.

AUFRUF

In der letzten Zeit häufen sich die Verfahren und Kriminalisierungsversuche mit Hilfe des neuen § 130a. Wir wollen in der nächsten Ausgabe eine längere Sache dazu schreiben. Wir bitten deshalb alle Menschen, die von diesen Sachen betroffen sind, oder davon gehört haben, uns bitte Material dazu zu schicken.

Redaktion atom

Der Käse strahlt in den Bäuchen

Mittwoch, 28.1.87: Mitglieder der BREMER LUFT, einem Zusammenschluß von 20 Umweltinitiativen, warten vor den Toren der Fa. Grunau auf dem ehemaligen AG-Weser-Gelände auf einem Eisenbahnzug. Gegen Mittag werden in knapp 1 km Entfernung die ersten 10 Waggons eines knapp 100 Waggons umfassenden Zuges gesichtet. Absender: Rosenheim, Empfänger Pan-Spedition für Fa. Grunau, Inhalt: Molkepulver, verpackt in Säcken.

Als am frühen Nachmittag Arbeiter mit dem Entladen der ersten Chargen beginnen, versuchen die Umweltschützer, Proben dieses Molkepulvers zu verlangen. Zusammen mit einem anwesenden Reporter werden sie des Grundstück verwiesen. Was auch den Frachtbriefen an den Waggons nicht hervorgeht und auch die Arbeiter nicht wissen: Das Molkepulver ist hochgradig radioaktiv verstrahlt.

Seit rund 6 Monaten standen 242 rostige Eisenbahnwaggons mit insgesamt 5000 Tonnen radioaktiv verseuchtem Molkepulver auf Drängen des bayerischen Landwirtschaftsministeriums hatte sich die Fa. Meggle in Wasserburg (Landkreis Rosenheim) bereiterklärt, größere Mengen flüssiger Molke, die bei der Käseherstellung anfällt, zu trocknen und nicht weiterzuverarbeiten. Proben ergaben, daß die radioaktive Belastung bei rund 8000 Bq/kg lag. Nach den EG-Richtlinien sind jedoch nur 600 Bq/kg bzw. 370 Bq/kg für Risikogruppen als Grenzwerte zugelassen. Bei Verwendung als Futtermittel sind immerhin 1850 Bq/kg zugelassen. Das Molkepulver wurde aus dem Verkehr gezogen. Bis es schließlich in Bremen (2000 Tonnen) und Köln (1000 Tonnen) wieder auftauchte.

Die Umweltschützer aus Bremen haben mittlerweile die Kripo und das Gewerbeaufsichtsamt informiert. Das Gewerbeaufsichtsamt reagiert nur zögernd. Die Fa. Grunau bekommt offensichtlich kalte Füße, läßt die bereits entladenen Säcke wieder einladen und fragt ihrerseits beim Gewerbeaufsichtsamt nach, wie mit einer Ladung von leicht verstrahltem Gut umzugehen sei. Ein Ausladen sei noch nicht erfolgt. Der Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes persönlich geht der Sache nach und vereinbart mit der Fa. Grunau eine Entladeverzögerung, bis die Angelegenheit geklärt sei und legt einen Meßtermin der Bremer Strahlenmeßstelle für den nächsten Tag fest. Aufgrund der Meßdaten ließe sich dann feststellen, ob die Arbeitsschutzmaßnahmen eingehalten werden würden, alles andere falle nicht in seinen Zuständigkeitsbereich. Die Umweltschutzsenatorin Lemke wird erstmalig von einem Bürgerschaftsabgeordneten der Grünen informiert. Auch sie sagt eine Klärung für den nächsten Tag zu.

Als Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl hat es zahlreiche Entschädigungszahlungen für Firmen und Landwirte gegeben, die auf ihren verseuchten Produkten sitzenblieben. So hat das Bundesverwaltungsamt in Köln der Milchverwertungsfirma Meggle 3,8 Millionen DM, als Tschernobyl-Entschädigung für nicht mehr zu verwertendes Milchpulver, gezahlt. Die Molke wurde somit offiziell zu Abfall. Doch aus der Beseitigung der Molke wurde nichts. Müllverbrennungsanlagen und Deponien erteilten der Fa. Meggle und dem bayerischen Umweltminister Dick Absagen. Auch eine Anfrage an den ehemaligen grünen Umweltminister Fischer, die Strahlenmolke in der unterirdischen Deponie Herfa-Nurode in Hessen endzulagern, brachte keinen Erfolg. Die Monate gingen ins Land, die Waggons standen immer noch auf dem Abstellgleis. Die Bundesbahn kassierte dafür 3,- DM pro Waggon und Tag. Bis die Fa. Meggle fündig wurde: eine Fa. Lopex-Export GmbH aus Gießen kaufte 3000 Tonnen der Molke auf. Angeblich erhält die Fa. Meggle 60,- DM pro Tonne, also 180.000 DM. Zusätzlich zu den 3,8 Millionen DM vom Bund. Aus Abfallgut wird Wirtschaftsgut: Lopex schickt die Waggons auf die Reise. 100 nach Bremen, 50 nach Köln.

Am Donnerstag, dem 29.1.87, besichtigt das Gewerbeaufsichtsamt Bremen die Waggons auf dem Gelände der Fa. Grunau und entnimmt einen Sack mit Molkepulver aus einem der Waggons. Eine Probe zur Messung der Radioaktivität wird entnommen. Ergebnis: 5836 Bq/kg (Messungen in Köln ergeben später 4600 Bq/kg). Die Gewerbeaufsicht verfügt ein Entladeverbot, da die Gesundheit der Arbeiter nicht gewährleistet sei. In der gleichzeitig stattfindenden Sitzung der Bremischen Bürgerschaft schlagen die Wellen der Empörung hoch. Ein Antrag der Grünen wird einstimmig angenommen. Danach soll der Senat die Molke sofort sicherstellen, als radioaktiven Sondermüll deklarieren und versuchen zu ermitteln, welche staatlichen Stellen eine Exportgenehmigung ausgestellt haben und wer die Verantwortung für die unkorrekte Auszeichnung der Wagenladungen trägt. Die Telefondrähte zwischen den Behörden und Politikern aus Bremen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Bonn fangen an zu glühen, von Meggle, Lopex und Grunau abgesehen. Am Abend kommt dann Bewegung in die 10 Waggons vom Grunau-Gelände. Doch sie werden nur zu den auf dem Bremer Industriehafengelände stehenden 89 weiteren Waggons gekoppelt, 1 Waggon ist auf der Fahrt von Rosenheim wegen Triebwerksschaden unterwegs abgekoppelt worden. Diese Nachricht wird nur noch am Rande notiert. Die Kölner Spedition hat die Annahme gleich verweigert, so daß alle 50 weiteren Waggons am Güterbahnhof Köln-Niehl stehen.

Die Fa. Lopex aus der Nähe Gießens ist eine Briefkastenfirma. Bereits 1985 hatte sie einen Konkursantrag gestellt, der jedoch mangels Masse abgelehnt wurde. Seitdem hat sie Zahlungsschwierigkeiten und ist daher bemüht, schnell zu kassieren. Die Molke kommt genau im richtigen Augenblick. Mittels der Bremer Firma Grunau und einer Kölner Firma soll das mittlerweile zum Wirtschaftsgut gewordene Pulver gelagert und verdünnt werden, anschließend exportiert werden. Das bayerische Umweltministerium hatte der Fa. Lopex dies genehmigt. Wie und ob diese Auflagen der Verdünnung überwacht werden können, ist ungeklärt. Ebenso, was mit dem Molkepulver geschehen soll: Nahrungsmittel oder 'nur' Viehfutter? Und wohin soll es gehen! In EG-Länder? Dann müssen die Richtlinien nach den EG-Normen eingehalten werden. Oder in die Dritte Welt? Die Namen Ägypten und Angola fallen, später auch Nigeria. Tatsache ist, daß nach dem Futtermittelgesetz und der Futtermittelverordnung anerkannte schadstoffbelastete Produkte durch Mischen herunterverdünnt werden dürfen und damit bisher unbelasteten Chargen legal belastet werden. Für Belastungsobergrenzen gibt es keinerlei Festlegungen, sondern es zählt nur das Endprodukt. Einzig moralische Gründe haben diese Praxis in Teilbereichen verhindern lassen. So schrieb etwa das Umweltbundesamt der Firma Meggle, daß der Verkauf des heruntergemischten Pulvers auf die EG-Normen zwar nicht rechtswidrig, aber angesichts der Sensibilisierung der Bevölkerung durch den Tschernobyl-Unfall nicht gerade förderlich wäre für das Vertrauen in Staat und Wirtschaft. Was liegt also näher, die 'Erblasten' der europäischen Zivilisation in Länder der Dritten Welt zu tragen.

Foto: BBA

Am Freitag, den 30.1.87, kommt Bewegung in den Molke-Skandal. In die Züge in Bremen und Köln indes nicht. Der Bremer Senat will die Ware loswerden, erklärt sich sogar bereit, die Frachtkosten von 210.000 DM in Form einer Bürgschaft vorzuschießen. Der Zug soll nach Bayern gehen. Das bayerische Umweltministerium will aber kein Molkepulver zurückhaben, da das Pulver in verdünnter Form exportfähig sei. Meggle will das Zeug auch nicht, da man schließlich nicht mehr Eigentümer sei, und Lopex beruft sich auf seine vollkommenen legalen Handelsabsichten. Die Bundesbahn macht zur Bedingung, daß vor einem erneuten Transport die Fracht als unbedenklich eingestuft und von einem vorher festgelegten Empfänger auch angenommen wird. Derweil verweigert die Bundesbahn in Köln Meßtrupps den Zugang zum Gelände. Das Bremer Kommisariat forscht nach, wie aus Abfallgut plötzlich Exportgut wird. Der Lopex-Geschäftsführer droht den Ländern Bremen und NRW mit Schadensersatz, während der Inhaber der Fa. Grunau gesteht, ihm sei auferlegt worden, das Pulver zu lagern und anschließend auf Schiffe zu laden, um es im Auftrag von Lopex nach Ägypten zu schiffen.

In Kenntnis der laschen Futtermittelverordnungen und der Möglichkeit, bestrahlte Produkte verdünnt wieder in den Handel zu bringen, versuchen die Händler, aus Tschernobyl und den Folgen doppelt Kapital zu schlagen: Vom Umweltbundesministerium werden Entschädigungen angenommen, um anschließend diese zu unterlaufen. Der Fa. Meggle liegt ein Gutachten des Gießener Strahlenschutzzentrums vor, daß bei einer Beimengung von 5% des Pulvers zur Futtertrockenmasse die Belastung für Fleisch auf unter 10 Bq/kg läge. Allerdings könne über verschiedene Futterketten in belasteten Gebieten der Mensch doch übermäßig belastet werden. So ist auffällig, daß neben der Erhöhung der Caesium-Werte in der Milch durch Verfütterung des zur Tschernobyl-Katastrophe eingelagerten Winterfutters auch die untersuchten Fleischproben steigen. So zeigen Proben aus dem Bremer Schlachthof Ergebnisse um 100 Bq/kg. Das vom Umweltminister Wallmann ausgeheckte Strahlenschutzvorsorgegesetz entpuppt sich auch in dieser Frage als vollkommen überflüssig und vom Namen her irreführend. Trotz erheblicher Überproduktion werden die radioaktiven Produkte nicht vernichtet, sondern gemischt und in den Handel gebracht. Und wenn nicht hier, dann durch Export.

Am Wochenende sind Behörden bekanntlich geschlossen. Auch in Sachen Molke-Pulver. Bundesumweltminister Wallmann schaltet sich ein und beruft für die kommende Woche verschiedene Treffen mit allen an der Sache Beteiligten und Betroffenen ein. Terre des hommes und die Deutsch-Arabische Gesellschaft fordern die Vernichtung des Pulvers. Die Züge indes stehen immer noch in Köln und Bremen. In Köln haben AKW-Gegner einzelne Waggons aufgebrochen und verschiedene Säcke entleert. Seitdem wird der Zug besser bewacht. Auch in Bremen patroulliert die Bahnpolizei. Am Montag, den 2.2.87 stoppt Ägypten über seine Botschaften in Bonn alle radioaktiv belasteten Lebens- und Futtermittelexporte nach Ägypten. Immer noch ist ungeklärt, wie das Molkepulver trotz Entschädigung in den Handel geraten konnte. Den Schwarzen Peter in Form bestrahlter Molke haben vorerst die Bundesländer Bremen und NRW. Aber auch ihre 'Lösungen' scheinen nur ein Abschieben des Strahlengutes zu beinhalten. Auch Familienministerin Süßmuth sieht sich zu einer Stellungnahme genötigt und fordert ein Exportverbot in die Dritte Welt. Hektik und Unruhe bricht aus, denn noch immer lassen sich keine rechtlichen Handhabungen für die Beseitigung des Pulvers finden. Nur die Waggons selbst stehen noch ruhig und abgeschieden auf ihren Abstellgleisen.

Nach Meinung der Bremer Luft, die den Skandal ins Rollen brachte, haben sich die Verantwortlichen von Meggle und der Bundesbahn strafbar gemacht. Der Straftatbestand der umweltgefährdenden Abfallbeseitigung scheint erfüllt. Der Besitzer von Abfall ist nach dem Abfallgesetz beseitigungspflichtig, soweit nicht die Gebietskörperschaften den Abfallstoff beseitigen. Dies war bei Molke in diesen Mengen noch nie der Fall. Im Abfallgesetz wird Abfall im subjektiven und objektiven Sinne unterschieden. Abfall im subjektiven Sinn liegt vor, wenn man einen Stoff loswerden will. Dies hat Meggle zweifellos versucht. Abfall wurde es allein durch die Entschädigungszahlungen des Bundesverwaltungsamtes. Abfall im objektiven Sinn liegt durch diese Zahlung vor, denn aus Gründen der allgemeinen Gesundheit sollte die Molke aus dem Verkehr gezogen werden, statt sie, wie möglich und später versucht, auf Grenzwerte unter denen der Futtermittelverordnung zu drücken. Die Staatsanwaltschaft Bremen beginnt zu ermitteln.

Immer mehr Hinweise, Gespräche, Vermutungen und Gerüchte halten das Thema Molkepulver am Laufen. Die Firma Lopex, offiziell Eigentümerin des umstrittenen Gutes, soll nach Einschätzung von Experten zwei bis drei Millionen Mark durch den Verkauf der Molke verdienen können. Wallmann lehnt eine Bezahlung bei Übernahme durch den Bund ab, ob die Fa. Meggle ein Teil der 3,8 Millionen Tschernobyl-Entschädigung zurückzahlen muß, wird geprüft, die ermittelnde Staatsanwaltschaft in Bremen weiß auch noch nicht weiter und im ägyptischen Hafen Alexandria sollen bereits erheblichen Mengen verseuchter Produkte lagern. Eine Wende scheint sich am 6.2.87, 0.00 Uhr, anzubahnen. Seitdem ist das Bundesumweltministerium in Bonn Besitzer der Molke. Und zwar der gesamten 5000 Tonnen in Bremen, Köln und Rosenheim. Ob und was dieser Kauf gekostet hat, bleibt zunächst unklar, aber es verdichten sich die Hinweise, daß Steuermittel zum Ankauf der Molke hinhalten mußten. Die Transportkosten sollen dagegen Meggle und Lopex tragen. Aber wohin? Weil die Gefahr besteht, daß die Molkezüge wie zuvor still und heimlich verschoben werden sollen, ohne Kennzeichnung und Ortsbestimmung, werden die Waggons in Bremen und Fernseh- und Rundfunkbeobachtung von 30 AKW-Gegner/inne/n mit radioaktiven Warnzeichen bemalt. Als die Polizei die Lage erfaßt, sind die Kennzeichnungen bereits abgeschlossen. Im Gegensatz zur Aktion in Köln Tage vorher gibt es keine Festnahmen. Die Molke soll zur Zwischenlagerung auf Bundesbahnabstellgleisen verbracht werden. Aber noch Mitte Februar stehen die Waggons einsam in Köln, Rosenheim und Bremen.

Liegt es am Molkeskandal oder ist es Zufall? Nachrichten, die über verseuchte Nahrung aus den Tschernobyl-Tagen berichten, häufen sich. Im Auricher und Bremer Raum entdecken mehrere Familien, daß unter Marmeladenglas-Etiketten andere, alte Aufkleber durchschimmern. Beim Ablösen stellt sich heraus, daß es sich um Marmelade aus der Sowjetunion aus dem Juli 1986 handelt. Sofort verschwinden die übrigen Gläser aus den Regalen des betroffenen Supermarktes. Schon im Spätsommer wurden Fälle bekannt, wo Pilzdosen mit Herkunftsland Portugal vertrieben wurden, obwohl auf dem Deckel ein PL (gleich Polen) eingestanzt war. Und der mit über 30.000 Bq/kg berühmt berüchtigt gewordene türkische Tee Cey-Cicegi wurde im Februar auf einmal wieder in die Türkei zurückgeliefert. Die Molke als Spitze des Eisbergs?

Foto: BBA

„Emsland - Müllabladeplatz der Nation?"

Am 10.2.87 schließlich rollen die Molke-Züge wieder. Die insgesamt 142 Waggons aus Köln und Bremen Richtung Meppen, wo sie auf der Erprobungsstelle 91 auf einem Bundeswehrgelände für zunächst 3 Monate zwischengelagert werden sollen. Ähnliches passiert mit der Molke in den 92 verbliebenen bayerischen Waggons, die nach Feldkirchen zum dortigen Bundeswehrgelände gezogen werden. Die Transportzeiten, die Strecken und die Zielorte bleiben offiziell geheim. Der Bremer Lokführer setzt durch, daß zwischen Lok und Molkewaggon ein Sicherheitswaggon gekoppelt wird. Gegen 21.00 Uhr sammeln sich im Raum Meppen rund 300 AKW-Gegner/innen und besetzen die Bahngleise. Auch der Meppener Landkreis-Direktor spricht sich gegen ein Abschieben der heißen Ware in sein Gebiet aus. Lopex-Geschäftsführer Sprang ist indes sauer. Er will die Molke zurück, ihm lägen verschiedene Angebote aus Ostblockstaaten vor, die die Molke übernehmen wollen. Er will das Pulver auf unter 500 Bq/kg herunter-mischen lassen. Mit diesem Wert lasse sich wohl im Osten Richtung Tschernobyl gut leben, mag seine Überlegung sein. Zwischen Meppen und Münster kommt der gesamte Zugverkehr zum Erliegen. Die Molke-Züge warten aber in Osnabrück, bis die Gleise wieder frei sind. Am nächsten Tag rollen die Waggons auf das Bundeswehrgelände. Die Meppener sind sauer. Ein stillgelegtes AKW, ein neues demnächst in Lingen, vermutlich eine Brennelementefabrik, der Tiefflieger-lärm und nun radioaktives Molkepulver. Wallmann war schlau. Bundeswehrgelände ist bewacht, liegt oft einsam und Soldaten zur Bewachung werden zwangsverpflichtet. Das Molke-Problem ist 'zwischengelöst'. Aber: Die Waggons stehen noch nicht ganz, da gibt Meggle bekannt: Noch 2000 Tonnen lagern in einer Halle auf ihrem Fabrikgelände. Tags darauf sollen es bereits 13.000 Tonnen sein, die insgesamt angefallen sind. 5000 Tonnen sind auf den Bundeswehrgleisen, 2000 Tonnen in der Lagerhalle, die restlichen 6000 Tonnen? Das Puzzlespiel geht weiter. Schon melden sich die Österreicher. Auch sie hatten mit radioaktivem Molkepulver zu tun. Ihre Lösung verlief schneller. Bis zu 100.000 Liter flüssiger Molke wurden in die Donau geleitet. Die Cäsium-Belastung an den Donau-Staustufen soll dadurch, wen wunderts, stark gestiegen sein.

pelle, Bremer Bürgerinitiativen
gegen Atomenergieanlagen BBA

PS: Der Redaktionsschluß rückt näher. Ich sitze in einer Kneipe in der Nähe des AKWs Stade und trink einen Kaffee. Das kleine Schälchen Dosenmilch trägt eine bekannte Inschrift: Meggle, Wasserburg. In Stade! Ich trink entgegen meinen Gewohnheiten den Kaffee schwarz.

Foto: Meppener Tagespost

Zur Hölle mit der Molke

Die vorläufige Zwischenlagerung für drei Monate von 3000 Tonnen radioaktiv verseuchter Atommolke auf 150 Waggons der Bundesbahn im Emsland auf der Bundeswehr-Erprobungsstelle 91 bei Meppen auf Veranlassung des Bundesatomministers Wallmann, offenbarte nicht nur die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen des Bundes, sondern bracht die Region wieder einmal bundesweit in den Blickpunkt. Aber auch die weniger spektakulären Ereignisse im letzten Vierteljahr vor der Zwischenlagerung der Atommolke hatten Bedeutung für das Emsland:

- **das Bundesverwaltungsgericht zuerkannte Bewohner/inne/n aus den Niederlanden Klagebefugnis vor deutschen Gerichten gegen das AKW Emsland II in Lingen (1);**
- **zum ersten Mal wurde im Raum Lingen ein 110-KV-Strommast der Bundesbahn durch "militante Kernkraftgegner" (2) angesägt, der parallel zu einer 110-KV-Leitung der RWE steht;**
- **die Exxon Nuclear Company - Brennelementefabrik ging in den Besitz der KWU über, mit dem Ziel, um auf dem amerikanischen Atomenergiemarkt stärker Fuß fassen zu können (3);**
- **am 3.2.87 wurde in Lingen vor einer Sonderkammer ein Verfahren gegen vier AKW-Gegner/innen wegen Widerstands und Nötigung eröffnet, die sich im August 82, also kurz nach dem Baubeginn des AKW Emsland II an einer Blockade der Zufahrtswege beteiligt haben sollen. Außerdem fand am 6.2.87 vor dem Amtsgericht in Gronau gegen Uwe aus Lingen wegen Nötigung und Widerstands anläßlich der Eröffnung der UAA Gronau (s. Artikel) am 12.6.86 ein Prozeß statt, dessen Verhandlungsdauer von vornherein nur auf 30 Minuten festgelegt wurde. Uwe wurde zu 300 DM Geldbuße verurteilt (4).**

Diese Auflistung macht deutlich, daß weder der Widerstand gegen das seit 1982 im Bau befindliche AKW Emsland II bzw. der anderen Atomanlagen im Emsland und im angrenzenden Nordrhein-Westfalen (Gronau und Ahaus) keineswegs eingeschlafen ist, daß aber auch die Atomindustrie ihre Liegenschaften neu ordnet. Dies ist wichtig zu erwähnen, und damit sind wir wieder bei den Molkezeugen, weil Lukas Beckmann, in seiner Funktion als Sprecher der Grünen im Bundesvorstand, sinngemäß nach der Meppener Tagespost vom 12.2.87 behauptete: "der fehlende Widerstand der Emsländer gegen das im Bau befindliche Kernkraftwerk Lingen II habe Bundes- und Landesregierung 'dazu ermutigt', Meppen als Molkestandort zu wählen. Nur noch die Bevölkerung können verhindern, daß das Emsland 'zur Hochburg der Atompolitik ausgebaut' werde" (5).

Die Gründe, warum das Emsland als Zwischenlager für die Atommolke von der Bundes- und Landesregierung ausgewählt wurde, erklärt sich eher aus folgenden Erwägungen: die Region wird erstens seit Jahrzehnten fest von der CDU regiert, die bei Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen nie unter die 60-Prozent-Marke fiel. Zweitens gingen die Bundes- und Landesregierung deshalb wohl davon aus, daß die Akzeptanz für die Atomenergie auch nach Tschernobyl ungebrochen ist. Denn im Jahre 1980 überreichte die ÖTV Ministerpräsident Albrecht eine Unterschriftensammlung, in der sich mehr als 10.000 Bewohner/innen des Emslandes für den Ausbau der Atomenergie in der Region aussprachen. Damals war Albrecht "sichtlich beeindruckt von der Aktion der Arbeitnehmerschaft" (6). Das Emsland war bereits in den siebziger Jahren von hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung in der Bevölkerung betroffen, so daß mit dem "'Ja' zu einem neuen Kernkraftwerk (...) ein eindeutiges Bekenntnis zur Weite-

rentwicklung" (6) der Region gesehen wurde. Doch das AKW Emsland II, sieht mensch einmal von den Bau- und Montagearbeitern ab, die als Leiharbeiter sowieso nicht aus der Region kommen, konnte weder neue Industrieunternehmen zur Ansiedlung anziehen, noch die mittlerweile bis zu 20 Prozent reichende Arbeitslosigkeit in einzelnen Kommunen verhindern. Als dritter Grund für die Zwischenlagerung der Atommolke ist der Standort selbst, nämlich die Bundeswehr-Erprobungsstelle 91 bei Meppen anzusehen: auf der 200 Quadratkilometer großen militärischen Anlage, die mitten in einem Landschaftsschutzgebiet liegt, arbeiten 1.700 Zivilangestellte im Öffentlichen Dienst. In Blickpunkt geriet diese militärische Anlage schon des öfteren, weil auf ihr nicht nur Panzergeschosse und Mörser erprobt werden, sondern in der Vergangenheit auf ihr Flugzeugabstürze auf AKW's simuliert und die Castor-Behälter für die Atommülltransporte crash-tests unterzogen wurden. Die Erprobungsstelle 91 hatte sich für die Atommafia in den letzten Jahren bewährt, zumal von der loyalen Belegschaft kein Widerstand ausging.

Doch kam alles anders, als die staatlichen Stellen sich die Zwischenlagerung der Atommolke vorgestellt hatten. Zunächst einmal begehrte der CDU-Oberkreisdirektor Brümmer auf. Er wurde erst am Montagabend, den 9.2.87 durch einen Anruf des Staatssekretärs Reinke aus dem niedersächsischen Umweltministerium darüber informiert, daß die 150 Waggons der radioaktiv verseuchten Molke mit drei Güterzügen ins Emsland transportiert werden sollten. Persönlich beleidigt legte er sich mit CDU-Landrat Meiners quer, weil sie sich von der Bundes- und Landesregierung übergangen fühlten. Da "nicht eindeutig geklärt sei, ob eine Gefährdung der Bevölkerung von dem Molkepulver ausgehe", wolle sich das Emsland nich "überfrachten" lassen. In seiner Verärgerung über die "Art und Weise des Informationsflusses über das zu lagernde Molkepulver" (7) forschte Brümmer nach, "ob er befugt sei, die kreiseigene Bahnlinie Meppen-Haselünne zu sperren" (8). Vom emsländischen CDU-Kreistagsabgeordneten bis hin zu den CDU-Landes- und Bundespolitikern sowie die niedersächsische Landesregierung mit eingeschlossen, wurde die Parole vom "Verursacherprinzip" (9) ausgegeben, wonach die Molke nach Bayern und darüber hinaus nach Tschernobyl zurücktransportiert werden sollte. Bedauerlicherweise setzte sich diese Argumentationslinie bei einem Großteil der emsländischen Bevölkerung durch, die damit auf einen Propagandatrick der Herrschenden hereinfiel, weil durch das westdeutsche Atomprogramm im eigenen Land jederzeit auch ein Supergau möglich ist.

Damit die Atommolke über den Umweg von Bayern, Bremen und Köln schließlich in das Emsland gelangen konnte, zauberte die Atommafia: plötzlich fiel sie weder unter das Atomgesetz noch unter das Strahlenschutzgesetz und wurde zu "derzeit nicht verwertbarem Wirtschaftsgut" (7), daß dann die Bundeswehr zu ihrem Eigentum erklärte und die Erprobungsstelle 91 nach "logistischen Gesichtspunkten" auswählte. Kriegsminister Wörner und Atomminister Wallmann glaubten zu diesem Zeitpunkt sicherlich noch, daß sie mit diesem eleganten Schachzug die Atommolke losgeworden waren. Nach Ansicht des niedersächsischen Umweltministers Remmers war es schließlich Oberkreisdirektor Brümmer, der mit seinen "angestellten Überlegungen (...) mitverantwortlich für die Demonstrationen" (9), die nun folgten, sei:

- in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, also den 11.2.-12.2.87, wurde die Bahnlinie zwischen Rheine und Emden auf dem Meppener Hauptbahnhof von mehr als 300 Demonstrant/inn/en blockiert, was zu einem 10stündigen Zusammenbruch des Bahnverkehrs führte;
- als morgens um 7 Uhr am 12.2. die letzten Blockierer/innen von den Bullen abgeräumt wurden, gelang es dennoch einer Gruppe von 15 entschlossenen AKW-Gegner/inne/n, den zweiten Molkezug in der Nähe von Meppen für eine halbe Stunde aufzuhalten, bis die Bullen kamen;
- als die 150 Waggons bie der Erprobungsstelle eintrafen, führte der Personalrat eine "stumme Demonstration" durch, bei der auch ein Transparent mit der Aufschrift "Wir wollen die Molke auch nicht hier haben" (5) entrollt wurde;
- am 13.2.87 kam es in der Meppener Innenstadt zu einer Demonstration gegen die Zwischenlagerung der Molke, bie der eine Straßenkreuzung blockiert wurde, bis Bullen massiv einschritten;
- am gleichen Abend nahmen an einer Sitzung des Meppener Stadtrates ca. 200 Demonstrant/inn/en teil, wovon nur ca. die Hälfte Einlaß in den Sitzungssaal fand. Zum ersten mal in der Stadtgeschichte wurden Transparente bei einer Ratssitzung ausgerollt und der Stadtrat zur Verabschiedung einer Resolution gegen die Atommolke gedrängt.

Der spontan gewachsene Widerstand der Emsländer/innen offenbarte, daß sie nicht gewillt waren, sich der Atompolitik der Landes- und Bundesregierung zu unterwerfen, zumal diese auf mehreren Ebenen unglaubwürdig geworden war und die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung massiv schwand:

1. erschien dummerweise ein angekündigter Strahlenschutzexperte auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung der Bundeswehr-Erprobungsstelle nicht, der die mehr als 1.000 Zivilangestellten über die gesundheitlichen Gefahren, die von der Atommolke ausgehen, aufklären sollte. Gleichzeitig war die Personalvertretung überhaupt nicht durch die Bundeswehr-

Foto: Meppener Tagespost

Foto: Meppener Tagespost

verwaltung über die Zwischenlagerung der Atommolke in Kenntnis gesetzt worden, was selbst die unternehmerfreundliche DAG kritisierte: "Die Art und Weise einer solchen 'Geheimnistuerei' könne dem geforderten Prinzip des Personalvertretungsgesetzes nach vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerschaft nicht förderlich sein" (9).

2. wurde die Molke im größen zusammenhängenden Landschaftsschutzgebiet des Emslandes zwischengelagert - und das vom "Umweltschutzministerium".

3. obwohl vom CdU-Kreistagsabgeordneten bis hin zum CDU-Bundespolitiker alle versicherten, daß von der Atommolke keinerlei gesundheitliche Gefahren ausgehen, sobald sie nicht in die Nahrung gelangt, fühlte sich die Bevölkerung mehr denn je von der atomaren Bedrohung betroffen. Atomminister Wallmann wurde deshalb nicht nur von der niedersächsischen Landesregierung mangelndes Fingerspitzengefühl (5) vorgeworfen, sondern auch vom CDU-MDB Strube aus dem Emsland: "Schlimmer ist, daß bei der Beschlußfassung keinerlei Fingerspitzengefühl gezeigt wurde. Zur Zeit wird im Emsland ein 1300 Megawatt-kernkraftwerk gebaut. Die CDU bejaht diesen Bau, hat aber die damit verbundene Diskussion, die von Tag zu Tag heftiger wird, voll zu tragen" (5). Ob es der emsländischen CDU gelungen ist, so "Die Grünen Kreisverband Emsland Süd", "die emsländische Bevölkerung in einen Dornröschenschlaf versinken zu lassen" (9), um politisch schwer durchsetzbare Projekte wie das AKW Emsland II durchzuziehen, wird sich noch zeigen. Da die Bevölkerung durch die Atommolke beunruhigt ist, dürfte der im Sommer 87 geplante Probelauf des AKWs nicht ohne Widerstand über die Bühne gehen!

4. mit der Zwischenlagerung der Atommolke im militärischen Sicherheitsbereich der Erprobungsstelle 91 wird sie der öffentlichen Kontrolle (Bürgerinitiativen, Die Grünen etc.) entzogen; Demonstrationen und andere Widerstandsformen werden von den Herrschenden präventiv am Ort des Geschehens unterbunden, was zur Folge haben könnte, daß sich allgemeines Mißtrauen im Emsland gegenüber der Bundes- und Landesregierung ausbreiten dürfte.

1) Lingener Tagespost vom 23.12.86
2) Lingener Tagespost vom 10.1.87 und 12.1.87
3) Lingener Tagespost vom 14.1.87
4) aus einer Presseerklärung der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen Emsland (BEgA), c/o Herbert Masslau, Dalumer Str. 32, 4450 Lingen
5) Meppener Tagespost vom 12.2.87
6) Lingener Tagespost vom 2.6.80
7) Meppener Tagespost vom 11.2.87
8) Der Spiegel Nr. 8 vom 16.2.87
9) Meppener Tagespost vom 13.2.87

Foto: Spiegel

Zu den gesundheitlichen Gefahren der Atommolke:

In einem Kurzgutachten der Grünen-Emsland werden folgende Gründe, die eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung und der Arbeitskräfte, die in naher Zukunft mit der Atommolke in Berührung kommen werden, analysiert: die beiden ersten Risikofaktoren sind die Papiersäcke (doppelwandig - ähnlich den Zementsäcken) in die die Molke verpackt ist und die ausrangierten, abgenutzten Güterwagen der Bundesbahn. Die Landesmeßstelle Bremen für Radioaktivität stellte fest, daß beim Öffnen der Waggons "eine Wolke radioaktiven Molkestaubs" in die Luft freigesetzt wurde, weil die Papiersäcke "in erheblichem Umfang aufgeplatzt" waren. "In den Waggons befindet sich loses, wegen seiner Feinkörnigkeit leicht aufwirbelbares und dabei nebelfeine Staubwolken bildendes, offen radioaktives Molkepulver". (...)

"Molkepulver zählt zu den brennbaren Stäuben, die in bestimmten Mischungsverhältnissen mit Luft explosionsfähige Atmossphäre bilden. Von der Materialseite her ist Molkepulver wie Mehl zu beurteilen. An die schwere Mehlstaubexplosion in der Bremer Rolandmühle wird erinnert. Nähere Angaben können hier nicht gemacht werden, weil für die Zuordnung zu einer Staubexplosionsklasse (...) von der Korngrößenverteilung, der Oberflächenstruktur des Molkepulvers, von der Turbulenz des Molkestaub/Luftgemisches, der Zündquelle und anderen Einflußgrößen, z.B. hier Form und Volumen der Eisenbahnwaggons als Behälter, abhängt. Da die Altwaggons nicht indicht sind, gehört der Innenbereich der Waggons zur Explosionszone 1. Diese umfaßt Bereiche, in denen damit zu rechnen ist, daß gefährliche explosionsfähige Atmossphäre durch Molkestaub gelegentlich auftritt." (...)

"Im bis zur Gewichtskonstanz getrockneten Zustand nimmt das Molkepulver bereitwilligst Wasser auf und vergrößert dabei sein Volumen (Quellung). Auch dieser Vorgang leistet seinen Beitrag zur Zerstörung der wenig diffusionsdichten Papiersäcke. Der Prozeß der Freilegung der radioaktiven Partikel in den Waggons dauert also an. Kommt zur Feuchtigkeit Wärme hinzu, kommt es zu chemischen Umsetzungen (Gärung). Im Trockenen Zustand kann das sehr feinkörnige Molkepulver, sobal es in der Luft verwirbelt wird - keineswegs nur verschluckt, sondern auch eingeatmet werden. 50% der Kornfraktion kann die Bronchien erreichen, ein erheblicher Teil ist lungengängig." (...)

"Bei 73 Stunden Aufenthalt unmittelbar am Waggon wird die zulässige Jahres-Äquivalentdosis für nicht berufliche strahlenexponierte Personen von 30 mrem p.a. erreicht. Der gefährlichste Aspekt ist aber mit Sicherheit die Tatsache, daß der Austrag radioaktiven Feinstaubs aus den Waggons und Verfrachtung mit dem Wind in die Wohngebiete der Umgebung nicht verhindert werden kann. Damit tritt eine steigernde radioaktive Kontamination der Umgebung mit Beta-Strahlern ein, die nicht zu verantworten und rechtswidrig ist."

Die Grünen haben bereits Klage gegen das Bundes- und Landesumweltministerium eingereicht.

Schrottreaktor Abschalten

Ein Schwerpunkt der Anti-AKW-Bewegung ist in diesem Frühjahr die Kampagne zur Stillegung des AKW Stade. In der Zeit des Brennelementewechsels soll durch ständige Aktionen auf das AKW aufmerksam gemacht, durch Blockaden und andere Aktionen die Revisionsarbeiten behindert und letztendlich damit soviel Druck erzeugt werden, daß das Ziel "Stade stillegen!" in greifbare Nähe rückt.

Wir gehen in dieser Ausgabe ausführlich auf diese Kampagne ein. Neben ein paar grundsätzlichen Gedanken zur Kampagne drucken wir einen Artikel aus der empfehlenswerten Stade-Broschüre zur Versprödung des Reaktordruckbehälters ab. Danach dokumentieren wir den Aktionsrahmen der Kampagne und ein Diskussionspapier des Bremer Stade-Arbeitskreises, um einen Einblick dafür zu geben, wie Mensch überhaupt auf die Idee kommen kann, an einem bisher "toten" Standort eine Kampagne zur Stillegung zu starten und durchzuführen.

Am 6. März lief die erste Aktion im Rahmen der Kampagne. Hamburger GA-Gruppen haben zum erstenmal die Zufahrten zum AKW blockiert. Bei klirrender Kälte nahmen ca. 150-200 Menschen an der Aktion teil. Der Verkehr in und aus dem AKW heraus wurde zeitweise verhindert. Zuletzt wurden die Menschen von der Bullerei von der Straße getragen.

Seit dem Sommer '86 versucht das Anti-AKW-Forum Stade (ein Zusammenschluß örtlicher BI's mit Gruppen aus Bremen und Hamburg) dieser Kampagne gegen das älteste AKW in der Bundesrepublik politische Kraft zu geben. Neben einer Broschüre, einem Gutachten der Gruppe Ökologie, einem Gegenhearing und einigen Aktionen von Robin Wood gibt es seitdem ständig Büchertische in der "atomfreundlichen" Stadt, sind Bürgerinformationen in großem Umfang verteilt worden und fanden bisher drei große Aktionstreffen statt, an denen jedesmal mehr Gruppen teilnahmen.

Mittlerweile haben sich im Elbe-Weser-Dreieck wieder Gruppen zusammengefunden, die nicht nur der Wille, etwas zu machen, vereint, sondern auch das Gefühl, etwas bewirken zu können.

Von Anfang an tauchte das Problem auf, wie die Aktionsseite dieser Kampagne aussehen soll.

Überragender Punkt dabei: Das Zusammenkommen von "neuen" und "alten" BI's. Und dieses auch noch vor dem Hintergrund, in dieser Region nicht die geringste Widerstandsbasis zu besitzen.

Zweiter Punkt: Wie kann die Kampagne aussehen um die Ruhe in Norddeutschland nach der Brokdorf-Demo aufzubrechen und gleichzeitig im Hinterkopf zu haben, daß die Kampagne mit dem Brennelementewechsel nicht zu Ende sein darf — also die Überlegung, auch danach die Basis für längerfristiges Arbeiten zu finden. Eben nicht so, wie in Brokdorf oder am Schacht Konrad in Salzgitter, wo die Leute dann jahrelang nicht wiederkommen, und an den Standorten selber außer der eigenen Radikalisierung bzw. Resignation nichts mehr passiert.

Fotos: Elke Köpke

Freitag, 6.3.1987: Die erste Aktion der Stade-Kampagne. Die GA Hamburg blockiert die Zufahrtswege zum AKW.

Stade

Jetzt !

Foto: Theo Heimann

Dritter Punkt: Aktionsformen zu finden, die einen Ausweg bieten aus der Alternative: Langweilige Latschdemo bzw. zwangsläufige Auseinandersetzung mit der militärisch immer überlegenen Polizei. Ein Problem war und ist, diese grundsätzlichen Überlegungen auf den wenigen großen Treffen (und dann auch noch unter Zeitdruck) griffig darzustellen und auszudiskutieren.

Gerade, was die Aktion "Jericho" am 11. April betrifft, so überwiegt hier noch immer die Ungewißheit, wie die Aktion letztendlich aussehen wird. Manchen neuen Initiativen ist dies schon viel zu "radikal", weil Aktionen am AKW-Gelände von der einzigen Vorstellung geprägt sind, daß es dort Randale gibt. Andererseits das andere Extrem, wo Gruppen ihren eigenen Frust hinter der Radikalität verbergen und lapidar sagen, daß sie doch nicht wieder bei Null anfangen wollen, ebenfalls gestützt auf ihr Schwarz-Weiß-Denken "Angepaßt oder Radikal".

Bis jetzt hat sich gezeigt, daß die anfängliche Idee einiger weniger und die Hoffnung, etwas bewegen zu können, tatsächlich eine Basis gefunden hat. Auf dem letzten Treffen waren etwa 120 Leute anwesend und bis Ende Februar hat sich ein Bündnis von ca. 70 Gruppen gebildet, die zu den Aktionen während des Brennelementewechsels aufrufen: von den traditionellen Großstadt- und Standort-BI's Norddeutschlands über die "neuen" Eltern-Kind-Initiativen bis hin zu Grünen-Ortsgruppen und den Bundesgrünen.

Traurig ist eigentlich nur, daß sich die "radikale" Hamburger Anti-AKW-Szène bisher bedeckt hält, und die "progressive" Hamburger GAL wegen "geringer Erfolgsaussichten" den Aufruf nicht mit unterstützte (also doch Erfolgspolitiker/innen).

Was dieses Bündnis wert ist, und ob und wie es ein Zusammenkommen der "alten" und "neuen" Gruppen gibt, und ob daraus eine dynamische politische Kraft entsteht, wird sich erst in der Praxis zeigen.

Eines hat die Stade-Kampagne bisher jedenfalls bewirkt. Viele Menschen und Gruppen haben sich hier neu zusammengefunden. Sie sind herausgetreten aus der lähmenden Aktionsunfähigkeit und wollen die Ruhe im Land aufbrechen. Viele Menschen konnten sich bisher nicht zurechtfinden zwischen dem Zynismus der Betreiber und der für weitere vier Jahre gewählten CDU in Hannover und auf der anderen Seite der scheinbar offensiven Forderung der SPD-Landtagsfraktion, Stade sofort stillzulegen.

Es ist sicherlich ein bedeutender Schritt, wenn die SPD diese Forderung aufstellt und in diesem Punkt aus der Beton-Fraktion ausbricht. Nur — diese Forderung wird immer eine verbale, angeblich mit Verfahrens- und Gesetzesproblemen zu kämpfen habende Forderung bleiben — wenn nicht von unten, von uns, der politische Druck gemacht wird, der sie zwingt, ihren verbalen Forderungen Taten folgen zu lassen.

Foto: Elke Köpke

Warum gerade Stade ?

1. Am Anfang unserer Überlegungen zum Projekt Stade stand das ziemlich starke Gefühl: jetzt muß etwas passieren, der alte Trott geht so nicht mehr weiter, wir wollen endlich Politik machen, bei der auch etwas herauskommt. Brokdorf und die Niedersachsenwahl waren gerade überstanden. Daß beides mehr oder weniger Niederlagen waren, schien uns mit einer Reihe politischer Fehler zusammenzuhängen und nicht in erster Linie mit der politischen Situation. Also bestand unserer Schlußfolgerung darin: Keine Fehler machen, Ausarbeiten einer gut durchdachten Kampagne, die in einem überschaubaren Zeitraum soviele Kräfte zusammenführt, daß Stade abgeschaltet werden muß. Wir haben uns dann in die technischen und politischen Aspekte dieser Kampagne reingedacht, Kontakte nach Stade geknüpft und ein immer genaueres Bild von den Bedingungen bekommen, die in so einen politischen Prozeß eingehen. Das hat uns ernüchtert, aber die Sache bekam für uns Konturen und wurde konkreter. Also waren wir guter Dinge.
In dieser Zeit wurde aber immer deutlicher, daß Brokdorf und die Niedersachsenwahl nicht einfach Startschwierigkeiten der neuen Anti-AKW-Bewegung waren, sondern, daß der sonst so zuverlässige Mechanismus, nach dem sich Betroffenheit in Bewegung umsetzt, nach Tschernobyl blockiert zu sein scheint.

2. Warum das so ist, können wir nur vermuten. Uns scheint aber, daß die Behauptung: "Die Betroffenheit der Leute verfällt mit der Halbwertzeit von Jod 131" verkehrt ist. Die Sache verhält sich unserer Meinung nach umgekehrt: Gerade weil es die Leute so tief angerührt hat, ist die Übersetzung in politisches Handeln blockiert. Irgendwie schienen den Leuten die stereotypen Antworten von der politischen Bühne der Gesellschaft unangemessen. Die offizielle Lehre aus Tschernobyl: SPD wählen, Grüne wählen, nach Brokdorf fahren, Polizei verhauen, kommt vielen Leuten wohl so vor, als wollten die bekannten politischen Kräfte nur ihre bekannten politischen Interessen und Programme durch die Betroffenheit der Leute veredeln. Auf diese Lehren fixieren sich im Moment keine gesellschaftlichen Hoffnungen. So findet die Angst und die Unruhe der Leute kaum einen Ausdruck außerhalb der Veranstaltungen der Becquerell-Bewegung. Und wer nicht durch seine Kinder daran gehindert wird, versucht zu verdrängen. Diese Stimmung ist in der Szuene noch mal verstärkt. Das linke Widerstandsmilieu hat seine eigene Geschichte und Psychologie. Tschernobyl trifft bei uns auf ein tiefsitzendes Gefühl der Hilflosigkeit und Vergeblichkeit. Wir spüren, die Kräfte der Zerstörung wachsen viel schneller als die Kräfte des Widerstandes. Wir leiden unter der trägen Mechanik von Aufschwung, politischer Niederlage und Resignation der großen Massenbewegungen. Die Spannung zwischen Recht haben und scheinbarer Folgenlosigkeit unserer Anstrengungen ist kaum auszuhalten.

3. Im Stade-Arbeitskreis haben wir versucht, uns gegen diesen Sog mit der Überlegung zu wappnen: Es gibt die Hoffnung, daß sich die Zukunft nicht einfach als Fortschreibung und Zuspitzung der sich anbahnenden Katastrophen abspielt. Vielleicht kommt eine wirtschaftliche Krise, die die Kräfte der Zerstörung lähmt und uns Zeit verschafft, oder die Katastrophen nehmen eine Verlaufsform, in der irgendwann die Leute doch schneller begreifen, was auf sie zukommt, als es der Industrie gelingt, die Sache perfekt zu machen. Das also an irgendeinem Schnittpunkt der Geschichte die Leute rechtzeitig wissen, was die Glocke geschlagen hat und Abhilfe schaffen. Gut, von solchen Ermutigungsvermutungen gehen wir aus, und es ist ein schlechter Witz, daß ausgerechnet die Leute in der Gesellschaft, die am besten verstanden haben, was auf uns zukommt und die die größten Erfahrungen im Widerstand dagegen haben, im Moment gerade deshalb gelähmt sein sollen.

Unsere Arbeitsthese ist also:
Die politische Legitimation der Atom-Technologie ist futsch. Und das ist der Gesellschaft auch bewußt. Im politisch wachsamen Teil der Bevölkerung herrscht eine gespannte Unruhe. Seit Tschernobyl hat die Gesellschaft eine Ahnung davon, welche Gefahren in den friedlichen Beton-Eiern lauern. Jeder "Störfall", jedes gutachten droht zum Politikum zu werden. Die Betreiber sind nervös. Die Lage ist wackelig. Es lohnt also, sich politisch anzustrengen. Zunächst beim schwächsten Kettenglied. Wenn wir es gut machen, schubsen wir so eine politische Dynamik in Gang, die begründete Hoffnung auf einen Durchbruch, einen Erfolg auf sich zieht und damit dazu beiträgt, das politische Selbstbewußtsein der Leute aufzurichten.

4. Stade schwächstes Kettenglied:
Stade ist das älteste kommerziell betriebene AKW der Bundesrepublik. Der Reaktordruckbehälter ist versprödet und aus einem nicht mehr genehmigungsfähigen Stahl geschmiedet. Es besteht die Gefahr eines Spontanbruchs, d.h. Bersten des Druckgefäßes aus heiterem Himmel. Die Funktionsfähigkeit der Notkühlung ist ungesichert. Der Wärmetauscher (90% der Oberfläche des Primärkreislaufs) fangen an zu rosten. Und die Kuppel des Kraftwerks verträgt keine Flugzeuge. Das AKW Stade ist öffentlich umstritten. Sofortiges Abschalten wird nicht nur von der in Bürgerinitiativen zusammengeschlossenen Anti-AKW-Bewegung und den Grünen gefordert, sondern ebenso von den Anhängern kürzerer oder längerer Übergangsfristen beim Ausstieg. Die Betreiber selbst sind nervös und diskutieren intern, Stade zu opfern, um das Ansehen der Atom-Technologie insgesamt zu retten.

Aber Stade ist auch ein starkes Kettenglied, gerade weil es schon so lange produziert hat. Es ist für die nähere Umgebung das Herzstück eines Industrialisierungsprozesses, der die alte kleingewerbliche und landwirtschaftliche Struktur gründlich umgekrempelt hat. Die Stadt Stade selbst ist über die Gewerbesteuer der AKW-Lobby verpflichtet. Und psychologisch scheint die Verdrängungsleistung umso heftiger, je näher und ausgelieferter man/frau der Gefahr ist. Aber bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß die Vorteile der Industrialisierung in der Umgebung der AKW's sehr ungleich verteilt sind und dementsprechend auch die Bereitschaft der Bürger/innen, sich gegen die Betreiber-Lobby zu stellen. So fordert z.B. die Kreis-SPD sofortiges Abschalten, während der Ortsverband sich unverbindlich hinter den Beschlüssen von Nürnberg versteckt.
Wie dem auch sei, die Rekultivierung der steinigen politischen Landschaft in Stade und Umgebung ist gewissermaßen ein Nadelöhr für die Entwicklung des Drucks auf das AKW.

5. Gegen eine Konzentration der Anti-AKW-Bewegung auf Stade gibt es verschiedene Einwände. "Indem wir die besondere Gefährlichkeit von Stade hervorheben, stellen wir nebenbei den anderen AKW's ein Sicherheitszeugnis aus, und das können die Betreiber nützen, indem sie Stade als Bauernopfer preisgeben und uns in die Falle locken. Wir finden, daß sich diese Kritiker/innen nicht grundlich genug die Situation der Anti-AKW-Bewegung vor Augen geführt haben. Die gesellschaftliche Diskussion ist sehr schnell in die Hände der Parteien geraten und hat sich auf die Kosten und Fristen des Ausstiegs konzentriert. Da parlamentarisch die Kräfte für den Ausstieg in absehbarer Zeit in der Minderheit sind, droht die ganze Sache darauf rauszulaufen, daß weder sofort noch bald ausgestiegen wird, sondern gar nicht.
Unsere Forderung "Sofort alles abschalten" wirkt abgestanden, wenn sie folgenlos jahrein jahraus einfach nur wiederholt wird. Im Moment reichen unsere Kräfte für ein Abräumen aller AKW's durch die Aktionen des Bl's nicht aus. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir uns konzentrieren und uns mit anderen, neuen Kräften zusammentun.

Natürlich muß sich die Kampagne gegen Stade einfügen in eine politische Anstrengung zur Abschaltung aller Atomanlagen. Und wir müssen aufpassen, daß diese Konzentration auf ein AKW der Atom-Lobby nicht hilft, ihre Reihen zu schließen, sondern uns hilft, endlich wieder in die Initiative zu kommen. Im übrigen wissen weder wir noch die Betreiber, wie sich ein Abschalten von Stade längerfristig auf das Kräftverhältnis auswirken wird. Mit etwas Glück bekommt die Sache Drive, wenn nicht, wäre mit dem Abschalten dieses AKW's ein Erfolg errungen, für den sich's gelohnt hat. Angesichts der ungeheuren Gefahren, die von jedem einzelnen AKW ausgehen, können wir uns den Luxus nicht leisten, unsere Politik in die Zwickmühle von Alles oder Nichts zu manövrieren.

Diskussionspapier der
Stade AG Bremen, November 86

UNSERE AKTIONEN:

Für unseren ersten Anlauf zur Stillegung des AKW Stade konzentrieren wir uns auf die 40 Tage des Brennelementewechsels.

▶ Wir wollen mit einem Gutachten und einer Broschüre, mit Unterstützung von Wissenschaftlern die dramatischen Schwachstellen des Reaktors und die enorme Gefährdung der Atomarbeiter bekanntmachen.

Menschenverachtend und kriminell ist die Praxis des AKW-Management, für Reinigungsarbeiten im hochverseuchten Containment Gelegenheitsarbeiter anzuheuern, die dort in wenigen Tagen ihre Jahresdosis abbekommen.

▶ Wir wollen am 21./22. März zum Frühlingsanfang eine große Malaktion »Gib Stoff – Kunst für Stade« in der Stader Altstadt durchführen.

Wir rufen alle, die mit Farbe und Pinsel umgehen können, Künstlerinnen und Künstler, Freizeitmaler und Kinder auf, ihr Atelier für ein Wochenende nach Stade zu verlegen und Angst und Wut, Lebensfreude, Witz und Verzweiflung angesichts des lebensfeindlichen Atomprogramms in Bilder zu fassen.

Die hübsche Stader Innenstadt mit ihren liebevoll restaurierten Häusern und geschäftstüchtigen Boutiquen erscheint einem manchmal wie die steingewordene Verdrängung der Bedrohung durch den gerade 7 km entfernten Atommeiler. Vielleicht kann die Kunst helfen, diese lebensgefährliche Verdrängung aufzubrechen. Es wird u. a. ein mobiles Kunstwerk entstehen, das aus einzelnen Stoffbildern zu verschiedenen Gebilden zusammengestellt wird, als Bilderschlange, Spirale usw.; der Phantasie – auch in der Wahl der Mittel – sind keine Grenzen gesetzt. Ein Teil der Bilder wird in den einzelnen Orten vorproduziert. Künstler aus Bremen, Hamburg, Hannover und Stade haben ihre Teilnahme schon zugesagt. In einem Park in der Nähe der ALtstadt wird ein großes Zelt (mit Heizung!) aufgebaut, in dem Samstag ab **11 Uhr** gemalt wird. Das Stoffkunstwerk wird, soweit fertig, schon mal aufgebaut. Es gibt Musik, was zu essen & zu trinken, hoffentlich viele Zuschauer und abends ein Fest. Sonntag wird weitergemalt und am frühen Nachmittag, etwa um 14.30 Uhr, laden wir zur großen Vernissage ein. Bei den Aktionen an den kommenden Wochenenden wird das Kunstwerk wieder aufgestellt und mitgenommen; danach wird es im Rahmen einer Ausstellung in Stade, Bremen, Krümmel usw. zu sehen sein.

▶ Wir wollen ganz praktisch der Durchführung des Brennelementewechsels im Wege sein und haben uns dafür auf einige Grundsätze für unsere Aktionen geeinigt.

Der Brennelementewechsel dauert 40 Tage. Er beginnt in der ersten Märzwoche und endet vor den Osterfeiertagen. Es wird im Zweischichtbetrieb gearbeitet und auch an den Wochenenden. Es arbeiten in dieser Zeit 1 200 Leute im AKW.

Die PREAG und die HEW, die niedersächsische Landesregierung und all die Firmen und Institutionen, die den Betrieb des Reaktors zu verantworten haben oder daran verdienen, werden in unsere Aktionen miteinbezogen.

Unsere Aktionen gegen den Brennelementewechsel werden sich auf die Wochenenden konzentrieren. Wir hoffen, daß in dieser Zeit für immer mehr Menschen ein Samstagsspaziergang auf dem Elbdeich und zwischen den Obstplantagen zur schönen Gewohnheit wird. Es gibt im wesentlichen zwei Zufahrten zum AKW. Wer hier im Weg ist, macht sich nützlich. Menschentrauben zum Beispiel, die einer Musikgruppe zuhören, oder Spaziergänger, die sich niederlassen, um sich auszuruhen, oder Joggergruppen, die immer dort auftauchen, wo es am nützlichsten ist, oder Falschparker...

Unsere Aktionen richten sich nicht gegen die AKW-Arbeiter, sondern gegen ihre Arbeit! Wir setzen alles daran, ihnen zu erklären, worum es uns geht.

Die Obstbauern, die ihre Äpfel rund um das AKW züchten, stehen unserem Treiben eher skeptisch gegenüber. Unsere Aktionen dürfen nicht auf Kosten der Arbeit dieser Menschen gehen!

Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei. Je nach Lage versuchen wir mit Mut und Witz, Überraschung und Flexibilität die Wirksamkeit unserer Aktion zu sichern. Wir achten darauf, daß durch unser Vorgehen keine Menschen zu Schaden kommen.

Wir werden die Erfahrung jeder Aktion auswerten und unser weiteres Vorgehen gemeinsam abstimmen. Wir gehen davon aus, daß sich im Laufe der Aktionen ein Netzwerk von Gruppen bildet, die sich untereinander kennen, die mit der Gegend vertraut sind und auch eine Vorstellung von der politischen Lage im Landkreis haben. Außerdem versuchen die auswärtigen Gruppen mit den Stader Initiativen feste Kontakte zu knüpfen. Das fördert die Aktionen und den Meinungsaustausch.

▶ Wir werden unsere Kritik, unseren Widerstand und unsere Lebensfreude in der Aktion Jericho zusammenfassen. An dieser Aktion sollen alle teilnehmen, die mit uns für die sofortige Stillegung des AKW Stade eintreten.

»Und als das Volk die Posaunen hörte, erhob es ein großes Kriegsgeschrei. Da fiel die Mauer um, und das Volk stieg zur Stadt hinauf.« (Josua 6, 20)

Wir rufen alle Menschen Norddeutschlands, alle Blasorchester und Sambagruppen, Schalmeienzüge und Streicherensembles, Trommler und Straßenmusikanten auf, nach Stade zu kommen. Wir stellen uns den Tag so vor: Vormittags gibt es an verschiedenen Punkten in der Stadt Straßenkonzerte von Musikgruppen und einzelnen Musikern, die ankommenden Teilnehmer sammeln sich drumherum. Ein gesonderter Kinderblock wird organisiert. Dann gehen wir sternförmig, mit riesigem Radau zum gemeinsamen Konzert und zur Kundgebung am und ums AKW.

Nach Abschluß der gemeinsamen Aktion können von den Musikern Zugaben gegeben werden. Wenn der Transportverkehr ins AKW dann für den Rest des Tages auch noch behindert wird, nehmen wir das billigend in Kauf.

Während der ganzen Zeit des Brennelementewechsels sollen Aktionen und Veranstaltungen stattfinden. Fest verabredet ist folgendes:

Freitag, 6. März – von 11.30 bis 18.00 Uhr – findet eine Blockade der Zufahrten des AKW Stade statt, organisiert von der Gewaltfreien Aktion Hamburg, eingeladen sind alle.

Zweite März-Woche: Veranstaltung zur ÖTV-Studie: »Zur Krebsgefährdung von AKW-Beschäftigten«. Ort steht noch nicht fest.

Samstag, 14. März: den ganzen Tag gemeinsame Blockade des AKW.
Vorbesprechung: Montag, **9. März um 19 Uhr**, im Büro der **BUU**, Weidenstieg 17, Hamburg

Donnerstag, 19. März um 19.30 Uhr – Ausstiegsszenario für Niedersachsen – ein Leben ohne Atomstrom. Veranstaltet vom BUND Niedersachsen und dem Öko-institut Freiburg in der Aula der Realschule, Camper Höhe, Stade.

Samstag/Sonntag, 21./22. März: Malaktion in Stade.
Kontakt – Bremen: Helga Rinsky, Telefon: 0421/70 42 35
Stade: Dagmar Butkus, Telefon: 04149/611

Samstag, 28. März: 11 Monate nach Tschernobyl – Eltern-Kind-Aktion vorm AKW.
Kontakt: B. Sackenhein, Telefon: 04142/23 51

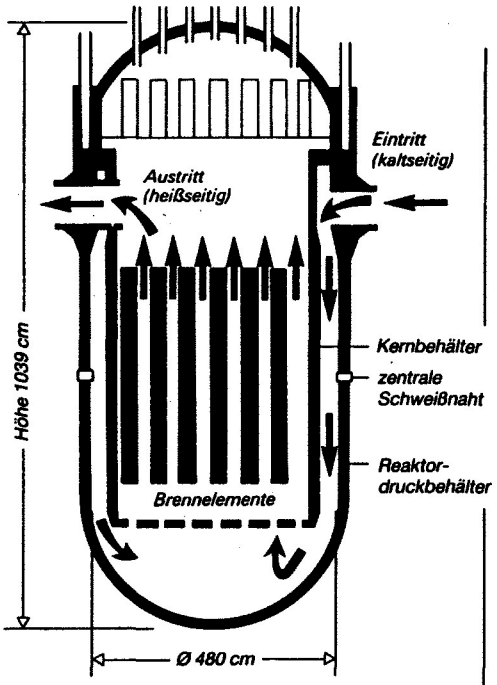
Samstag, 11. April: Jericho – Musikalische Umzingelung des Reaktors.
Vormittags Straßenmusik in der Stadt, ab 12.00 Uhr Aufbruch zum AKW.

Hiermit bestellen wir:
_____ Exemplare des Aufrufs (pro Stück 10 Pfennig plus Porto)
_____ Exemplare des Plakats (zweifarbig; pro Stück 50 Pfennig plus Porto)
_____ Exemplare der Broschüre »Nach Tschernobyl Stade?« (52 Seiten A 4, illustriert, pro Stück 4.00 DM + Porto – Rabatte: ab 10 Ex. 30 %, ab 50 Ex. 40 %, ab 100 Ex. 50 %)

Lieferung gegen Vorauszahlung (auch Scheck möglich) auf das Konto (c/o Michael Stenke) bei der
Stadtsparkasse Stade (BLZ 241 510 05) Konto-Nr. 759 852

Zur Finanzierung unserer Aktionen bitten wir um **Spenden** in jeder Höhe auf dies Konto.

Ein Schrottreaktor stellt sich vor:



DRUCKKESSELBERSTEN

Der Direktor des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung in Berlin, Karl-Erik Zimen, schrieb am 8.9.1969 an seine Kollegen in der Reaktorsicherheitskommission:
»Das Bersten eines Reaktordruckgefäßes läßt sich niemals mit Sicherheit ausschließen.« Er hatte recht. Denn jeder Druckkessel ist während der Betriebszeit des Reaktors einem sehr hohen Neutronenfluß ausgesetzt. Sein Verhalten bei hohen Belastunten ist nicht in ausreichendem Maß bekannt und vorhersehbar. Die Schweißnähte müssen von höchster Qualität sein. Aufgrund der Dicke der Behälterwände können sie aber nicht mit zuverlässigen Röntgenverfahren geprüft werden, sondern nur mit Ultraschall. Ein einziger Reaktordruckbehälter weist mehrere Kilometer Schweißnähte auf. Schweißer und Inspektoren müssen praktisch mit einer Perfektion arbeiten, die menschliche Fähigkeiten übersteigt. Kleine Risse, die plötzlich und unkontrollierbar wachsen, können nicht zuverlässig entdeckt werden.
Durch spontanes Bersten des Druckkessels in Stade würde der größte Teil des radioaktiven Inventars, das ungefähr dem von 500 Hiroshima-Bomben entspricht, fast unmittelbar freigesetzt. Ein mehrfaches dessen, was aus dem geborstenen Reaktor in Tschernobyl geschleudert wurde.
Und die Gefahr des Druckkesselberstens ist in Stade besonders groß. Warum?
Der Druckkessel (Reaktordruckbehälter/RDB) in Stade ist aus einer Stahllegierung hergestellt (22NiMoCr37), die in den sechziger Jahren als besonders geeignet für AKW-Druckkessel galt. Die Erfahrung hat die Fachwelt eines schlechteren belehrt. Der Stahltyp neigt im Gegenteil besonders stark zum Verspröden und damit zum Bersten. In der chemischen Industrie wurden deshalb Druckkessel aus dieser Stahlsorte längst abgeschafft und durch Kessel aus anderen Legierungen ersetzt. In den USA sind sie für den Einsatz in Druckwasser-Reaktoren nicht zugelassen. In westdeutschen Atomkraftwerken dagegen werden diese besonders gefährlichen Stähle weiter benutzt.
Wie zunächst nur in unveröffentlichten Untersuchungen der Kraftwerk Union (KWU) und in vertraulichen Protokollen der Reaktorsicherheitskommission nachzulesen war, ist seit September 1975 bekannt, daß der Druckkessel in Stade weit schneller versprödet als ursprünglich angenommen. Das hatten Untersuchungen an Stahlproben aus dem gleichen Material ergeben, die in den Reaktor eingehängt worden waren. Als Hauptursache für diese Ermüdung des Materials wurde die Neutronenstrahlung des Reaktorkerns ausgemacht. Sie führt zu einer erheblichen Verminderung der Widerstandskraft und der Elastizitäts des Stahls.
Ferritischer Stahl, wie der in Stade verwendete, weist einen Sprung in seinem Materialverhalten auf. Unterhalb eines gewissen Temperaturbereichs (der sogenannten Sprödbruchüberganstemperatur) verliert er ziemlich schnell seine Zähigkeit. Bei bestimmten Beanspruchungen bricht er dann im Grenzfall wie Glas. Eine Eigenschaft, die sich Fahrraddiebe zu Nutzen zu machen pflegen, indem sie die Schlösser vereisen und dann problemlos abbrechen. Nach den westdeutschen Sicherheitsvorschriften müßte der Druckkesselstahl wichtige mechanische Eigenschaften (bei Beginn des Reaktorbetriebs) bis hinab zu einer Temperatur von minus 12° Celsius bewahren.
Daß diese Vorschrift bei den westdeutschen AKWs eingehalten wurde, hat 1977 der Direktor der Staatlichen Materialprüfungsanstalt an der Universität Stuttgart, Prof. Karl Kußmaul, stark bezweifelt. Durch die Versprödung

schiebt sich die kritische Temperatur weiter und weiter nach oben. Der für die Dauer des Betriebs vorgeschriebene Sicherheitsabstand zwischen ihr und der untersten Betriebstemperatur von 33° wird bald zur Makulatur und die Sprödbruchübergangstemperatur kommt in einen Bereich, der beim planmäßigen Herunterfahren des Reaktor und bei Schnellabschaltungen oft mehrmals im Jahr erreicht wird. Die Gefahr ist akut, daß das Material den starken mechanischen oder thermischen Veränderungen (durch plötzliche Veränderungen des Drucks oder durch starke Temperaturunterschiede oder beides gleichzeitig) nicht mehr standhält.

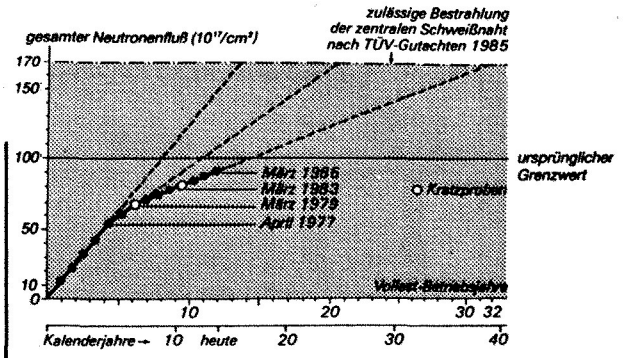
Nach den KWU-Untersuchungen, die der Reaktorsicherheitskommission vorlagen, hatten die Neutronenstrahlung und die daraus resultierende Versprödung bereits 1975 ein solches Ausmaß erreicht, daß für 1981 die Überschreitung der damals gültigen Grenzwerte für die Bestrahlung (Neutronenfluenz) der Behälterwand (von 100 x 10^{17} Neutronen pro qcm Behälterwand – die Zahl wäre ausgeschrieben eine 1 mit 19 Nullen) erreicht worden wäre. (Dieser Grenzwert war aus den Vorschriften in US-amerikanischen technischen Regelwerken entnommen worden.)

Die »Reaktorsicherheitskommission (RSK)« schlug nach Bekanntwerden der schnellen Versprödung nicht die Abschaltung des Reaktors vor, wie es verantwortliches Handeln erfordert hätte, sondern die Einführung eines »Schonprogramms«. Seitdem (1977) werden die Brennelemente im Reaktor etwas anders angeordnet (am Rand des Kerns werden nur noch Brennelemente mit hohem Abbrand, demnach geringerer Leistung, verwendet), damit weniger Neutronen auf die Kesselwand auftreffen und das Fortschreiten der Versprödung verlangsamt wird. Beim Abfahren des Reaktors unterhalt einer gewissen Temperatur wird außerdem der Druck abgesenkt (auf 30 bar ab 150° Celsius), um die mechanischen Belastungen des Behälters zu verringern.

Die Wirkung des »Schonprogramms« blieb jedoch geringer als erwartet. Deshalb wurden seit 1979 die hochabgebrannten Brennelemente zusätzlich mit ausgedienten Steuerstäben besetzt, die Neutronen auffangen (absorbieren). Jetzt sollte eine Neutronenfluenz von 90 x 10^{17} erst 1993 erreicht werden. Auch diese Schätzung erwies sich als zu optimistisch. Zwei Jahre später mußte sie um ganze fünf Jahre korrigiert werden. Dieselbe Neutronenfluenz wäre danach schon 1988 erreicht worden. Wieder ein Jahr später wurde bereits von 96 x 10^{17} Neutronen/cm² für 1988 ausgegangen, was immerhin eine Erhöhung der Zahl um eine 6 mit 17 Nullen bedeutete. Und ein Ende des fast beliebigen Herumjonglierens mit riesigen, kaum nachvollziehbaren Zahlen, deren Fehleinschätzung katastrophale Folgen haben kann, ist noch nicht abzusehen. Realistisch dürfte sein, daß der Grenzwert zu dem Zeitpunkt, an dem wir diese Zeilen schreiben (Januar 1987), bereits erreicht ist.

Tatsächlich also war das Ergebnis der »Schonprogramme« ausgsprochen mager und das hat auch den Betreibern Sorgen bereitet. Da es vor allem kleine Lecks im Primärkreislauf sind (ca. 10 qcm), die zu den großen Problemen führen, wurden einige Maßnahmen ergriffen, die deren Folgen abfangen sollen. Ein Hauptproblem besteht darin, daß bei einem kleinen Leck der im Druckkessel übliche Druck von etwa 158 Atmosphären weitgehend erhalten bleibt. Im Fall der Notkühlung kommt zu dem von dem kalten Wasser verursachten »Thermoschock« die starke mechanische Belastung durch den Druck hinzu, was das versprödete Material schnell zum Versagen bringen kann. Aus diesem Grund

Stade



wurde das Notkühlsystem in einer Weise geändert, daß das kalte Notkühlwasser beim Eintreten in den Behälter nicht mehr unmittelbar auf die heiße Wand trifft. Bei diesem Versuch, einen Temperaturschock zu vermeiden, der den bezeichnenden Namen »Ertüchtigung« erhielt, wurden jedoch waghalsige Umkonstruktionen notwendig. Denn nun soll das Notkühlwasser in entgegengesetzter Richtung zum normalen Kühlwasser fließen. Eine derartige Konstruktion ist noch weniger zuverlässig als das sonst übliche System. Die ganze Funktion ist in Frage gestellt, wenn das Wasser in einem Teil des Systems in der alten, in einem anderen Teil in der entgegengesetzten Richtung fließt. So hat die »Ertüchtigung« im Ergebnis mehr neue Probleme geschaffen als alte beseitigt.

Dennoch hat der TÜV-Norddeutschland den Betreibern bescheinigt: nunmehr sei das Funktionieren des AKW bis zum Jahre 2012 gewährleistet. Nachdem die Nachbesserungen im AKW nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatten, wurde zu Nachbesserungen am Schreibtisch übergegangen. Da das Erreichen der Grenzwerte kaum über das Jahr 1987 hinaus zu verschieben war, wurde der Grenzwert verschoben: zunächst auf 135 x 10^{17}, dann (im TÜV-Gutachten von 1985) auf 170 x 10^{17}.

So wird deutlich, was es mit den Nachbesserungen auf sich hat. Sie sind Ausdruck eines immer weiteren Nachhinkens hinter den ursprünglich festgelegten Sicherheitsforderungen. Und sie erhöhen das Risiko eines Super-GAUs immer schneller.

Keine andere Millionenstadt in der Welt ist so von Atomkraftwerken umgeben wie Hamburg. Ganze acht Kilometer von der Stadtgrenze entfernt liegt das AKW Krümmel, 12 km sind es bis zum AKW Stade. Das AKW Brokdorf ist rund 40 km weg, das AKW Brunsbüttel gute 50, und das AKW Unterweser Esensham runde 80 km (jeweils Stadtgrenze).
Kein Wunder, daß Hamburg sich für ein Gutachten interessiert, das unter dem Titel "Untersuchungen zu Ereignisabläufen mit Kernschmelzen und Aktivitätsfreisetzungen" die möglichen Folgen eines Super-GAU's in einem der vier AKW's an der Elbe untersucht. Im Dezember 1985 hatte der TÜV Norddeutschland das Gutachten im Auftrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung abgeschlossen. Doch erst ein Jahr später wurde der Inhalt auf Betreiben der GAL Hamburg öffentlich bekannt. Die Ergebnisse der Studie sind so brisant, daß selbst der atomfreundliche Hamburg Senat umgehend die (natürlich nur) vorläufige Stillegung aller Siedewassereaktoren forderte.

Das TÜV-Gutachten unterscheidet in seinen Untersuchungen nach Druckwasserreaktoren (Stade, Brokdorf) und Siedewassereaktoren (Krümmel, Brunsbüttel). Diese Unterscheidung ist wegen der unterschiedlichen Kosntruktionsmerkmale notwendig: Siedewasserreaktoren verfügen über nur einen Wasserkreislauf und besitzen einen im Vergleich zum Sicherheitsbehälter ("Containment") großen Reaktordruckbehälter ("Kessel"). Bei einem Super-GAU (Kernschmelze) kann das Containment daher - anders als beim Druckwasserreaktor - kaum eine zusätzliche Sicherheitsfunktion erfüllen. Ein druckbedingtes Bersten des Kessels führt unmittelbar auch zu einem Bersten des Containments.

Der TÜV geht in seinem Gutachten von drei möglichen Störfällen in *Siedewasserreaktoren* aus: 1.) ein totaler Stromausfall incl. Notstromversorgung (was so unwahrscheinlich nicht ist: 1984 funktionierte im französischen AKW Bugey nach einem Stromausfall erst das dritte und letzte Notstromaggregat), 2.) der Ausfall der Nachwärmeabfuhr und 3.) der Kühlmittelverlust durch Lecks. Im Fall 1 sind Kessel und Containment bereits nach 3 Stunden (!) durchgeschmolzen, im Fall 2 nach ca. 20 Stunden, im Fall 3 nach 10 - 17 Stunden. Dieses Durchschmelzen ist dann jeweils gleichbedeutend mit der Freisetzung großer mengen radioaktiven Materials/Gase an die Umgebung.

Bei den *Druckwassereaktoren* gehen die Gutachter von einem Bruch der Hauptkühlmittelleitung aus. Eine Stunde nach dem Störfall beginnt sich der Reaktorkern aufzuheizen. Nach zwei Stunden birst der Reaktorkessel und innerhalb des Containments baut sich ein Druck auf, der nach etwa fünf Tagen zum Bersten führt. Während dieser fünf Tage gelangt allerdings schon ein Teil der Radioaktivität, vor allem in Form von Gasen, durch Gebäudeundichtigkeiten an die Umwelt.

Die Schlußbemerkung der Gutachter offenbart noch einmal den sicherheitspolitischen Zynismus, mit dem (nicht nur in der BRD) Atomkraftwerke betrieben werden: "Wir bemerken abschließend ausdrücklich, daß aus diesen Aussagen keine Schlüsse bezüglich des Risikos von Druckwasser- und Siedewasserreaktoren gezogen werden können. Ein Risiko-Vergleich für beide Anlagentypen ist bei dem heutigen Kenntnisstand schon deshalb nicht möglich, weil für Siedewasser-Anlagen keine Risikoanalysen existieren."

Daß die Risiken nicht gerade gering sind, zeigen die neuesten Gutachten zum Schrottreaktor Stade (siehe hierzu eigenen Artikel in dieser atom) und zeigt die Störfall-Geschichte der Siedewasserreaktoren Brunsbüttel und Krümmel. Beide gehören zu den anfälligsten AKW's in der Bundesrepublik: Allein 1985 zählte man in Brunsbüttel 22 meldepflichtige Störfälle (davon einer mit Schnellabschaltung), in Krümmel waren es zwölf. 1978 war es in Brunsbüttel zum bislang schwersten Unfall in einem bundesdeutschen AKW gekommen, als der Stutzen einer Frischdampfleitung riß und drei Stunden lang radioaktiver Dampf ins Maschinenhaus strömte, insgesamt 130 Tonnen. Mehr als die Hälfte davon gelangte an die Umwelt. Die Fehler des Bedienungspersonals, so analysierte der Bremer Physik-Professor von Ehrenstein im "Spiegel" (37/86), folgten dabei exakt jenem Verhaltsmuster, das den "normalen" Störfall zum potentiellen GAU macht: "Die Analysen des Brunsbüttel-Unfalls zeigten als eine der Ursachen des Fehlverhaltens der Betriebsmannschaft deutlich den Zielkonflikt, dem offensichtlich auch die Tschernobyl-Mannschaft erlegen ist: den Konflikt zwischen der immer wieder als absolut vorrangig betonten Sicherheit einerseits und dem betrieblichen Interesse an möglichst pausenloser und hoher Stromerzeugung andererseits."

Das TÜV-Gutachten zeigt, wie rasch Material- und Bedienungsfehler zur Katastrophe eskalieren können und unter welchem Zeitdruck Entscheidungen getroffen werden müssen, die sich (zu spät) als falsch herausstellen können. Die Studie ist inzwischen unter dem griffigen Titel "Drei-Stunden-Gutachten" bekanntgeworden. Der Hamburger Senat gab Ende 1986 ein Zusatzgutachten in Auftrag, mit dem die möglichen Belastungen für das Hamburger Stadtgebiet abgeschätzt werden sollten. Danach ergibt sich nach einem Super-GAU beim AKW Brokdorf eine Schilddrüsendosis von bis zu 1 rem, beim AKW Stade von bis zu 15 rem, bei Brunsbüttel bis zu 500 rem und bei Krümmel über 500 rem, vermutlich bis zu 1000 rem.

Das aber heißt: ein Super-GAU in Krümmel bedeutet automatisch eine Katastrophe, die Tschernobyl noch als harmlos erscheinen ließe. Aufgrund der geringen Vorwarnzeit wäre es unmöglich, Hamburg zu evakuieren; im übrigen gibt es auch keine Evakulerungspläne. Man würde die Einwohner auffordern (vermutlich sogar - um die Lage unter Kontrolle zu bringen - mit Einsatz der Bundeswehr zwingen), zu Hause zu bleiben. Sie blieben tagelang hoher Strahlung ausge-

setzt, bis sie kontrolliert abgeholt, untersucht, nach Strahlenschäden sortiert und entsprechend untergebracht wären. Die Folgen sind kaum auszumalen. Klaus Gärtner von der GAL beschreibt sie so: "120.000 Strahlentote in Hamburg, etwa 60.000 Krebstote in den nächsten Jahren, Hunderttausende von Kranken und Leidenden, Erbschäden in folgenden Generationen, endgültiger Verlust Hamburgs mit allen Produktions- und Arbeitsstätten, Wohnungen und Einrichtungen aller Art, Verlust der Landwirtschaft mindestens in Holstein, Lüneburg und Stade. Die Folgen eines atomaren Unfalls sind so ungeheuerlich, daß die Eintrittswahrscheinlichkeit klein sein kann und dennoch ein gewaltiges Risiko entsteht."

5 Problempunkte bei Siedewasserreaktoren

Eine Kernschmelze ist in jedem Reaktor eine Katastrophe. Das Containment des Siedewasser-Reaktors (SWR) der Baulienie 69 (Würgassen, Brunsbüttel, Isar, Philipsburg, Krümmel) ist jedoch fast gar nicht in der Lage, den Unfallhergang aufzuhalten. Jeder technisch interessierte Mensch kann das aus den Konstruktionsmerkmalen dieses Reaktors erkennen:

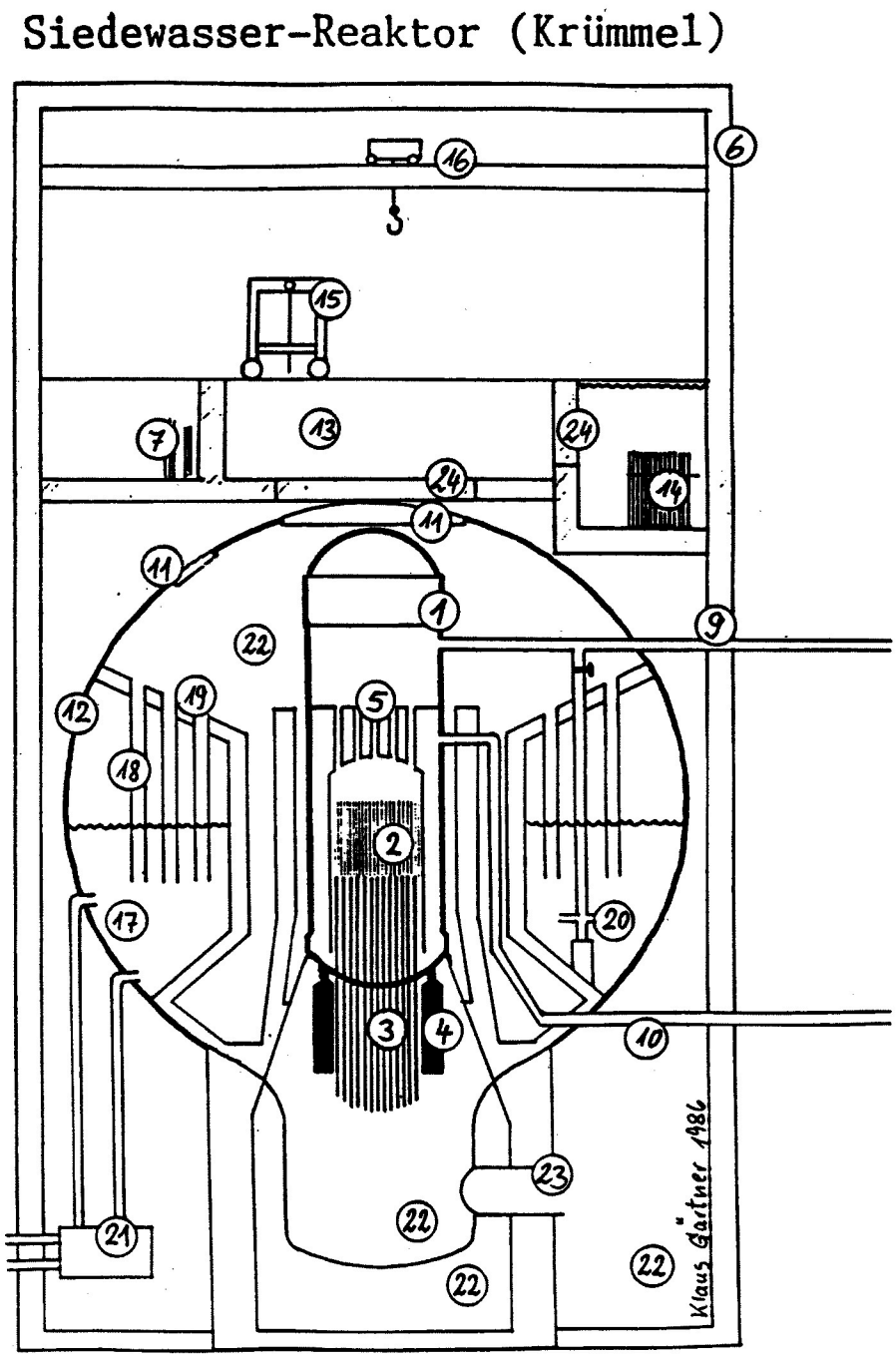
Problem 1: Kein Volldruck-Containment

Der Kessel (1) eines SWR ist wesentlich größer, die Sicherheitskugel (12) aus Kostengründen wesentlich kleiner als bei einem Druckwasserreaktor. Wenn die Kühlwasserleitung (10) bricht, würden die Dampfmassen die Sicherheitshülle sprengen. Deswegen genügen dem SWR nicht passive Sicherheitseinschließungen, sondern er braucht ein aktives Druckabbau-System, das auf keinen Fall versagen darf. Es basiert auf den Kondensationsrohren (18) und dem Wasser in der Kondensationskammer (17). Wenn aber:
- ein Kondensationsrohr (18) abreißt, *oder*
- eine Rückschlagklappe (19) nicht schließt
- *oder* die Nachkühlung (21) versagt *oder*
- der Strom völlig ausfällt,

ist ein unbeherrschbarer Unfall die unausweichliche Folge.

Problem Nr. 2: Unbedingte Abhängigkeit von der Notkühlung

Ein SWR verfügt, anders als Druckwasserreaktoren, nur über einen (radioaktiven) Wasserkreislauf, der bis zur Turbine reicht (9). Daher kann im Notfall keine Kühlung durch Dampfablassen in die Atmosphäre erfolgen. Dampf kann nur in die Kondensationskammer (17) abgeblasen werden (20), was bei jeder Schnellabschaltung, aber erst recht bei größeren Störfällen unerläßlich ist. Das Wasservorrat in der Kondensationskammer



ist aber begrenzt und kann nur um ca. 50 Grad erwärmt werden, weil sonst das System versagt. Die mehrstufigen Nachkühlsysteme (21) sind die empfindlichste Stelle des Systems. Es ist in jeder Minute unbedingt auf Stromversorgung und Kontakt zur Elbe angewiesen.

Problem Nr. 3: Unten durchbohrter Kessel

Im SWR befinden sich oben die notwendigen Wasser-Dampf-Abscheider (5). Die Regelung des Reaktors (1) muß daher von unten erfolgen (3). Der untere Deckel ist deshalb abgeflacht (Biegespannungen im Bereich der unteren Schweißnaht!) und hat über 200 Durchführungen für Pumpen, regelstabantriebe und Meßleitungen (3). Sollten Einrichtungen aus den Durchführungen herausgeschlagen werden, strömte das Wasser nach unten heraus.

Problem Nr. 4: Brennelemente-Wechsel ohne Containment

Zum Brennelement-Wechsel muß nicht nur das Reaktor-Kessel (1), sondern auch das Containment (12) geöffnet werden. Die abgebrannten Brennelemente (14), die auch weiterhin absolut sicher gelagert und gekühlt werden müßten, befinden sich in einem Becken (14) außerhalb der Sicherheitshülle.

Problem Nr. 5: Kein selbsttätiges Abschalten bei Stromausfall

Da die Regelstäbe von unten eingeführt werden (3), können sie bei Stromausfall nicht einfach in den Reaktor fallen und dadurch die Kettenreaktion abschalten. Es wird in jedem Fall ein aktives Abschaltsystem benötigt.

Neue Urteile gegen Ahaus

Am 4.12.86 lehnte das Verwaltungsgericht Münster einen Eilantrag der Betreiberfirma BZA (Brennelement-Zwischenlager Ahaus GmbH) auf Wiederaufnahme der Bauarbeiten in der Lagerhalle für abgebrannte Brennelemente ab. Damit wurde zum 3. Mal in einem Eilverfahren der seit Mai 1985 bestehende Baustop bestätigt.
Am 11.12. fand zum ersten Mal auch eine Gerichtsverhandlung im Zuge des Hauptverfahrens statt. Auch hier entschied das VG Münster: Die 1983 durch die Stadt Ahaus erteilte Baugenehmigung ist rechtswidrig; das BEZ Ahaus darf nicht gebaut werden. Die Begründung lautet ähnlich wie in den vorangegangenen Eilverfahren vor dem Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht: Eine Anlage mit einem dermaßen großen Gefährdungspotential kann nicht in einem einfachen Industriegebiet errichtet werden, sondern allenfalls in einem Sondernutzungsgebiet. Das aber ist an dem vorgesehenen Standort nicht ausgewiesen. Dieser ist dafür auch nicht geeignet - er befindet sich nämlich in nur zwei km Entfernung vom geschlossenen Bebauungsgebiet des Mittelzentrums Ahaus, zudem inmitten eines landwirtschaftlichen Nutzungsgebietes und unterhalb einer militärischen Tiefflugstrecke.

Anti-AKW-Presse-Info ...

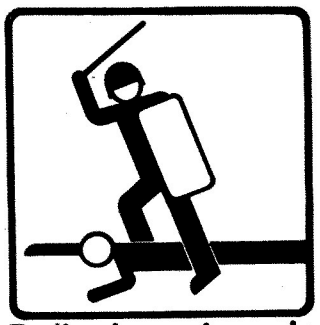
Seit einem halben Jahr erscheint in Hamburg das Presse-Info für die Bewegung gegen Atomanlagen. Jeden Monat herausgegeben von einer Gruppe unabhängiger AKW-Gegner/innen im Hamburger Anti-AKW-Plenum enthält das Info Nachrichten über gelaufene und geplante Aktionen, über kontinuierliche Einrichtungen der Bewegung, über Kriminalisierung sowie Hinweise auf neue Broschüren und Publikationen. Das Info kann bei den Herausgebern abonniert werden (und jede BI sollte das auch tun):
Presseinfo, Nernstweg 32, 2 Hamburg 50

Achtung, Beleidigung!

Der nebenstehende Aufkleber ist eine Beleidigung - in Bayern jedenfalls. Einen Strafbefehl nachfolgenden Wortlautes stellte jüngst das Amtsgericht Aschaffenburg aus:

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergaben folgenden Sachverhalt:
Am Samstag, den 4.10.86, gegen 5.15 Uhr wurden Sie auf der Rastanlage »Spessart« der BAB A 3 in der Gemarkung Weibersbrunn einer Polizeikontrolle unterzogen. Hierbei wurde festgestellt, daß Sie an der Heckscheibe Ihres PKWs R 4, amtl. Kennzeichen ... , einen Plastikaufkleber mitführten, welcher einen auf eine am Boden liegende Person einschlagenden Polizeibeamten stilisierte, und welcher mit dem Untertitel »Polizeisportverein« versehen war.
..., Polizeidirektion Aschaffenburg, hat hierwegen (!) am 16.10.86, eingegangen am 17.10.86, form- und fristgerecht Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.
Sie werden daher beschuldigt, durch vorsätzliche Kundgabe der Mißchtung die Ehre anderer angegriffen zu haben,
-strafbar-
als ein Vergehen der Beleidigung gem. §§185, 194 StGB.
Der sichergestellte Aufkleber unterliegt gem. § 74 StGB der Einziehung.
Beweismittel:
..., PD Aschaffenburg-Einsatzzug;
Lichtbild Ihres PKW mit Aufkleber (Bl. 5 d.A.);
Sichergestellter Aufkleber (Bl. 6 d.A.);
Strafantrag vom 16.10.86 (Bl. 8 d.A.);
Auszug aus dem Bundeszentralregister.

Geldstrafe:
10 Tagessätze zu je 30.- DM (300.- DM)
Einziehung des sichergestellten Aufklebers »Polizeisportverein«



1. Anti-AKW-Tour
30.4. - 2.5.: Radeln gegen Atomkraft

Die Strecke führt über Bielefeld, Gütersloh, Reda-Wiedenbrück, Beckum, Hamm-Uentrop, Herzfeld, Lippstadt, Salzkotten, Borchen, Willebadessen, Natzungen, Bad Karlshafen, Würgassen, Boffzen, Holzminden, Grohnde, Bad Pyrmont, Lemgo, Herford und wieder nach Bielefeld. Die Strecke führt, wenn man von den AKWs absieht, durch landschaftlicxh schöne Gegenden. Gesamtlänge: 373 Kilometer.
Start: Bielefeld, Umweltzentrum, 30.4., 7.00 Uhr.
Ziel: ebenda, 2. Mai, spätestens 19.00 Uhr.
Anmeldungen, Infos, Übernachtungsmöglichkeiten etc. gibts im FREILAUF-Fahrradladen, Umwweltzentrum, August-Bebel-Straße 16-18, 48 Bielefeld. Tel.: 0521/177636

Kalkar - kein Thema mehr?

1. Derzeitige Einschätzung zur Inbetriebnahme des SNR 300

Eine einigermaßen realistische Einschätzung zur Situation in Kalkar ist derzeit schwer zu treffen.

Vor der Bundestagswahl schien alles klar zu sein: Die Betreiber und die Bundesregierung warteten wohl nur noch auf die Bestätigung der Regierungskoalition, um dann baldmöglichst den Brüter - wenn vielleicht auch nur für einige Zeit - ans Netz gehen zu lassen. So war auch eindeutig aus dem Bundesforschungsministerium zu hören, daß man auf den Brüter nicht verzichten können. KWU-Chef Barthelt verkündete sogar lauthals (lt. Rheinische Post): »Der Brüter wird ans Netz gehen.« Und der Kandidat Rau ließ im Wahlkampf nichts darüber vernehmen, daß das Land NRW als Genehmigungsbehörde bei einer durch Bundesweisung angeordneten Inebtriebnahme des Brüters den Klageweg beschreiten würde. Alle Zweifel, daß mit einer Inbetriebnahme noch in diesem Jahr gerechnet werden müsse, schienen beseitigt, als die Bundesregierung noch einmal kurz vor der Wahl 80 Millionen locker machte; angeblich, weil der fast fertige Brüter von der Düsseldorfer SPD-Regierung blockiert würde. Zusätzlich wurde die Risikobeteiligung für den SNR 300 von der Bundesregierung von 150 auf 500 Millionen Mark erhöht. (Die Risikobeteiligung dient dazu,Ausfallzeiten bei Stillstand - aus welchen Gründen auch immer - zu finanzieren)

Anfang Februar kam dann jedoch die überraschende Meldung, daß der Brüter voraussichtlich nicht vor Ende 1988 in Betrieb gehen könne, da alle bisherigen Berechnungen (durchgeführt durch Kernforschungsanlage Karlsruhe, Gesellschaft für Reaktorsicherheit und einem anderen Gutachter) zum GAU (beim Brüter der sog. Bethe-Tait-Störfall) fehlerhaft seien. Das US-amerikanische Los Alamos-Laboratory und die Uni Bremen sollen nun mit neuen Gutachten zum Bethe-Tait-Störfall beauftragt werden. Da die Erstellung dieser Gutachten mindestens ein Jahr lang dauern wird, danach erneut Überprüfungen beim Brüter vorgenommen werden müssen, ist nach Aussage der Düsseldorfer Genehmigungsbehörde frühestens Ende 1988 mit einer Inbetriebnahme zu rechnen.

Überraschend darauf die Reaktion der Bundesregierung: Kein Geschrei, der fast fertige Brüter werde durch die SPD-Landesregierung nun noch mehr politisch behindert, sondern lediglich die Anweisung, die Düsseldorfer Behörde solle alle 14 Tage einen Sachstandsbericht über ihre Arbeit geben. Auch kein Anzweifeln der »Wissenschaftlichkeit« der Gutachter des Los Alamos-Laboratorys und der Uni Bremen, die im Gegensatz zu den alten Gutachtern als »brüterkritisch« gelten. Zusätzlich wurde das Ganze in der Presse auf Sparflamme gekocht, keine großen Schlagzeilen, keine Leitartikel im Blätterwald pro oder contra Brüter, nicht einmal ein Bericht im Spiegel.

Wie diese neue Entwicklung eingeschätzt werden muß, ist - wie gesagt - außerordentlich schwierig zu sagen. So ist z.B. derzeit vollkommen ungeklärt, ob die neue Bundesregierung angesichts der neuen Fakten aus der Düsseldorfer Genehmigungsberhörde langsam auch zum Rückzug aus dem »Abenteuer« Schneller Brüter bläst oder den Brüter weiterhin mit Finanzspritzen auch bis 1988 über die Runden retten will. Bei einer erneuten Verschiebung der Inbetriebnahme auf Ende 1988 erscheint es nunmehr auch möglich, daß der Brüter ökonomisch ausblutet.

2. Informationen zum Projekt Schneller Brüter

Nach nunmehr 13 Jahren Bauzeit sind inzwischen alle Träume (bis auf den von der Atombombe?), die mit dem Bau des Brüters verbunden waren, geplatzt:

Der Brüter ist kein Brüter, da seine Brutrate nach Kernänderung unter 1 liegt, er also niemals mehr Spaltstoff erbrüten wird, als in ihn hineingegeben wurde. Der Traum vom »Energie-Perpetuum-Mobile« ist somit schon laut Konstruktion aufgegeben.

Abgesehen von seinen immensen Baukosten (von ursprünglich geplanten 500 Millionen auf inzwischen sieben Milliarden Mark) wäre der Brüter selbst als Serienprodukt nie wirtschaftlich, da die angenommene immense Steigerung der Uranpreise ausblieb.

Der Kalkarer Brüter ist ein technologischer Selbstläufer; er wird - wenn überhaupt noch - von den Politikern der Atomlobby und der Ingenieurlobby gewünscht. Der Betreiber RWE geht hinter vorgehaltener Hand wahrscheinlich immer mehr auf Distanz zum Brüterprojekt, da im Vordergrund für ein EVU die billige Produktion von Strom steht.

Der Kalkarer Brüter ist technologisch veraltet. Er wird nie - wie einstmals angenommen - der Exportschlager der deutschen Atomtechnologie werden. Konsequenterweise investiert das RWE auch erhebliche Mittel in die frz. Superphenix-Brüterlinie.

Der Brüter kann - atombombenähnlich - explodieren (Bethe-Tait-Störfall). Die sog. Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Störfalls ist wissenschaftlich umstritten. Daß ein solcher Störfall möglich ist, ist jedoch unzweifelhaft.

Die sog. Vorlaufphase des Brüters ist gekennzeichnet von 7 Unfgällen, davon 3 mit dem Kühlmittel Natrium.

In einer der letzten Sitzungen des VKA (Verband kommunaler Aktionäre) beim RWE hat die RWE-Spitze ausgeführt, daß der Sinn des Kalkarer Brüters (nur noch) darin liege, ein großtechnisches Genehmigungsverfahren für einen natrium-gekühlten Brüter

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Kalkar

durchzuführen; gleichzeitig wolle man dokumentieren, daß man eine derartige Technologie beherrsche.
Neben der »Schande«, ein jahrzehntelang favorisiertes Großtechnologieprojekt aufgeben zu müssen, bleibt jedoch auch für den Nicht-Brüter Kalkar die Tatsache bestehen, daß in ihm jährlich ca. 50 kg waffenfähiges Plutonium entstehen werden. Im Zusammenhang mit der WAA Wackersdorf bleibt nach wie vor als möglicher Grund für ein Festhalten am Brüterprojekt der Traum einer bundesrepublikanischen Atombombe bestehen, möglicherweise in Zusammenarbeit mit Frankreich in Form einer europäischen Atomstreitamcht.

3. Zum Widerstand gegen den Brüter.

Die Bevölkerung in Kalkar hat sich weitgehend mit dem Brüter arrangiert, auch wenn viele vielleicht insgeheim hoffen, daß dieses Monster doch nicht in Betrieb gehen wird. Die lokale CDU und SPD sind strenge Befürworter des Brüters.
Einzige feste Größe im Widerstand vor Ort ist der grüne Ratsherr Willibald Kunisch. Dieser beabsichtigt - nachdem Bauer Maas seine Klagen gegen die Betreibergesellschaft zurückgezogen und seinen Hof an die Kraftwerke Union veräußert hat -, gegen die Aussprechung der 17. Teilerrichtungsgenehmigung (Einlagerung der Brennelemente) zu klagen. Wobei dann entscheidend sein wird, ob diese Klage aufschiebende Wirkung hat oder der Sofortvollzug ausgesprochen wird.
Seit dem letzten Jahr finden regelmäßig einmal im Monat sog. Sonntagsspaziergänge am Brüter mit unterschiedlicher Resonanz statt. Diese Sonntagsspaziergänge sollen ab 22.3.87 wieder beginnen.
Einzige Initiative, die sich nach wie vor einigermaßen intensiv und kontinuierlich mit der Brüter-Problematik beschäftigt, ist unseres Wissens die BINKA (Krefeld liegt ca. 60 km von Kalkar entfernt).
Die Landes-Grünen in NRW schenken dem Kalkar-Projekt wenig Beachtung, sieht man einmal von der sicherlich wichtigen Diskussion im VKA beim RWE ab, in dem SPD- und SPD-Grün-regierte Städte und Kreise vermehrt den Ausstieg des RWE aus Kalkar und Wackersdorf fordern. Ein Konzept der Grünen-NRW, was gemacht wird, wenn die Inbetriebnahme bzw. die Einlagerung der Brennelemente in den Brüter genehmigt werden, ist uns jedenfalls nicht bekannt.
Insgesamt besteht unserer Einschätzung nach die Gefahr, daß das Nein der NRW-SPD zum Brüter, das ja mit unterschiedlicher Vehemenz vorgetragen wird (Farthmanns »Höllenfeuer« contra Arbeitsplatz-Argument der Industriegewerkschaften Chemie und Bergbau/Energie), von viel zu vielen AKW-Gegner/inne/n als das endgültige Aus für den Brüter angesehen wird. Auch wenn sich die erneute Verschiebung der Einlagerung der Brennelemente bewahrheiten sollte, bedarf es für ein endgültiges Aus noch mannigfaltiger Überlegungen und manch phantasievoller Aktionen.
BINKA, Krefeld

Stillegung

Der Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau formiert sich. Immer mehr Leute erkennen die Bedeutung dieser Anlage, die einen wichtigen Stellenwert für die internationale Atomindustrie hat. Seit über einem Jahr ist bekannt, daß die UAA massiv ausgebaut werden soll. Die Betreiberfirma URANIT will noch möglichst im Frühahr mit den Ausbauarbeiten beginnen. Noch fehlt die Ausbaugenehmigung, aber die Landesregierung in NRW, die als Genehmigungsbehörde zuständig ist, wird wohl bald grünes Licht geben. Glücklicherweise ist es aber nicht nur die Betreiberseite, die sich auf den UAA-Ausbau vorbereitet. Seit dem Herbst haben wir an einer Stillegungskampagne gebastelt, die den geplanten Ausbau der UAA verhindern und die Stillegung der Anlage erzielen soll.

Der Kongreß

Ende März wird die Kampagne in eine entscheidende Phase eintreten. Am **28. März** wird in Gronau ein öffentlicher **Informationskongreß** zur UAA stattfinden. Bei diesem Kongreß sollen die Gefahren und politischen Hintergründe der Anlage aufgezeigt werden. Dabei wird sich zeigen, daß die UAA nicht nur ein Thema der Anti-Atom-Bewegung, sondern auch der Dritte-Welt- und Friedensbewegung sein sollte. Der Kongreß soll einerseits der Öffentlichkeitsarbeit dienen, wobei ein breites Publikum über die UAA informiert werden soll. Zum anderen kann der Kongreß ein erster Schritt für eine inhaltliche Vorbereitung auf eine eventuell noch folgende Klage gegen den geplanten Ausbau, bzw. sogar gegen den laufenden Betrieb der UAA sein.
Folgende Themen werden bei dem Kongreß behandelt: Uranabbau in Namibia (M. Siepelmeyer, AK Afrika Münster), Techniken und Risiken der UAA (G. Kirchner, Uni Bremen und M. Sailer, Öko-Institut Darmstadt), Chemische und radiologische Giftgigkeit von Uranhexafluorid (U. Fink, Gruppe Ökologie), Risiken und Gefahren von Uranhexafluoridtransporten (H. Burdorf, ehem. Gruppe Ökologie), Wirtschaftliche Aspekte der UAA (C. Zeine, Münster), Militärische Dimensionen der UAA (M. Küntzel, atom), Bisheriger und zukünftiger Widerstand gegen die UAA (AKU Gronau). Aus den Niederlanden hat außerdem Joop Boer (Groningen) sein Mitwirken angekündigt. Er wird über die URENCO informieren.
Der Kongreß beginnt um 11 Uhr in der Gaststätte Nienhaus, Gluckstraße, Gronau. Der Eintritt ist frei, Anmeldungen sind nicht nötig, für uns aber hilfreich.
Zur Kongreß-Mobilisierung können bei uns Flugblätter und Plakate zum Selbstkostenpreis bestellt werden.

Ostern

Um keine unnötige Aktionskonkurrenz zu erzeugen, werden wir uns Ostermontag am regionalen Ostermarsch in Nordhorn beteiligen. Wir haben erreicht, daß im Ostermarsch-Aufruf die Stillegung der UAA gefordert wird.

Tschernobyl-Jahrestag

Anläßlich des Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe werden auch Aktionen gegen die UAA vorbereitet. Es gibt bereits verschiedene Aktionsvorschläge, die aber noch weiter ausdiskutiert werden müssen.

Demo

Eine der wichtigsten Aktionen gegen die UAA wird die Demo am Samstag nach Pfingsten (13. Juni) sein, zu der bereits jetzt überregional mobilisiert wird. Am 14. Februar gab es ein erstes überregionales Vorbereitsungstreffen, an dem sich Leute aus NRW und Niedersachsen beteiligten. Auch Niederländer/innen werden die Demo unterstützen. Demo-Aufruf und Demo-Ablauf sollen bei einem zweiten Vorbereitungstreffen (14.3.) besprochen werden. Fest steht, daß die Demo-Route von der Gronauer Innenstadt, vorbei an markanten Einrichtungen, zur UAA führen soll.
Anknüpfend an die Hanau-Demo sollen die Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung sowie weitere Gruppen für die Unterstützung gewonnen werden.
Im Demo-Aufruf sollen auf jeden Fall die Zusammenhänge der UAA mit der Dritten Welt (Uranabbau, Anlagenexporte) sowie die denkbare militärische Nutzbarkeit der UAA (Stichwort »Uranbomben«) dargestellt werden.
Neben der UAA sollen im Aufruf und bei der Demo auch die anderen Atomanlagen im »Atomzentrum EUREGIO« thematisiert werden. Hier gibt es bereits jetzt einen fast vollständigen atomaren »Brennstoffkreislauf«: UAAs in Gronau und Almelo /NL (letztere soll auch ausgebaut werden), in Lingen gibt es eine Brennelementfabrik (gehört neuerdings der KWU), eine AKW-Ruine, ein neues AKW soll bald in Betrieb gehen, und in

der UAA Gronau

Foto: AKU Gronau

Ahaus ist die Baustelle eines Brennelemente»zwischen«lagers. Darüberhinaus soll sich die Demo gegen alle Atomprogramme und gegen alle Spaltungs- und Kriminalisierungsversuche richten.

Schwachpunkt »Transporte«

Nach der Demo wird unsere Power noch längst nicht am Ende sein. Falls die UAA dann noch in Betrieb ist, werden weitere Aktionen folgen. Die erste wird gleich zwei Wochen nach der Demo stattfinden. Im Rahmen des bundesweiten Aktionstages am 27. Juni gegen Atomtransporte werden in Gronau Aktionen gegen die Uranhexafluoridtransporte von und zur UAA stattfinden.

Sonntagsspaziergänge

Das Aktionskonzept wird darüberhinaus in Gronau (und möglichst auch in anderen Orten - Motto: Uran aus Gronau ist überall!!) durch andere Aktionen vervollständigt (Pressearbeit, Veranstaltungen, Infostände etc.). Eine Regelmäßigkeit des UAA-Widerstandes wird durch die Sonntagsspaziergänge gewährleistet, die jeden ersten Sonntag im Monat ab 14 Uhr stattfinden und die einzelnen Aktionen untereinander zeitlich verbinden. An ihnen nehmen nicht nur Leute aus Gronau teil, sondern auch Leute aus einem Ukreis von ca. 50 km. Die Sonntagsspaziergänge an der UAA bieten die Möglichkeiten für einen Informationsaustausch unter den Teilnehmer/inne/n und für bessere persönliche Kontakte, die für einen erfolgreichen Widerstand notwendig sind. Darüberhinaus treiben sie den politischen Preis für den Betrieb der UAA in die Höhe. Seit die Spaziergänge angefangen haben, wird der Erdwall, der bisher das Freilager für abgereichertes Uranhexafluorid nur an drei Seiten von der direkten Einsicht abgeschirmt hat, jetzt auch an der letzten Seite aufgeschüttet. Die URANIT will verhindern, daß die Bevölkerung die gefährlichen UF6-Fässer sehen kann.
Die Polizei hielt sich bisher bei den Sonntagsspaziergängen weitgehend zurück; sie ist meistens durch 2 - 3 Zivilfahrzeuge anwesend. Einmal gab es eine kurzfristige Festnahme, und Personalien von abfahrenden Radfahrern wurden aufgenommen.

Ausblick

Momentan, d.h. in der Phase vor dem Weiterbau, ist die Zeit günstig, um durch vielfältige Aktionen Druck auf die Atomindustrie und auf die Atompolitiker auszuüben. Deshalb rufen wir alle Leute auf, die Anti-UAA-Kampagne massiv zu unterstützen, besonders den Kongreß und die Demo. Dabei sollten sich alle Gruppen und Einzelmenschen den hohen Stellenwert der Anlage klarmachen.
Alle Leichtwasserreaktoren brauchen angereichertes Uran, die UF6-Transporte sind überall, in der UAA soll auch Uran aus WAAs verarbeitet werden, radioaktiver Abfall aus der UAA soll in Gorleben bzw. im Schacht Konrad gelagert werden ... Eine direkte Betroffenheit durch die UAA ist somit überall gegeben!
Sinnvoll wäre es, besonders anläßlich der bevorstehenden Demo, in vielen Orten Gronau-AGs zu bilden, die in den Orten weiter über die UAA informieren. Weitere Infos sind natürlich bei uns erhältlich, außerdem gibt es ab sofort einen neuen UAA-Aufkleber. Besonders wichtige Infos über die UAA, aber auch über die anderen EUREGIO-Standorte, enthält das EUREGIO-Info, das bei uns zum Selbstkostenpreis abonniert werden kann.
AKU Gronau

P.S. Hier noch ein kurzer Nachtrag zu der Demo gegen die UAA-Einweihung im vergangenen Jahr: Ein Demonstrant, der damals festgenommen wurde, hatte jetzt kürzlich seine Verhandlung. Urteil: 300.- Mark wegen angeblichen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Kontakt: AKU Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau
Spendenkonto: Volksbank Gronau, W. Leuders, BLZ 401 640 34, Kto. 110 551 700

NRW: Gericht lehnt Volksbegehren ab

Am 13. Februar hat der nordrhein-westfälische Verwaltungsgerichtshof in Münster dieBeschwerde der »Aktion Volksbegehren NRW gegen Atomanlagen« gegen die Ablehnung der Initiative durch die Landesregierung verworfen. Mit dem Volksbegehren sollte das Land gesetzlich dazu gezwungen werden, die Atomanlagen in Hamm-Uentrop (THTR), in Würgassen (SWR) und in Gronau (UAA) zu erwerben, um sie dann als Eigentümer stillzulegen.
Der Verwaltungsgerichtshof in Münster hält den Gesetzentwurf der »Aktion Volksbegehren« für verfassungswidrig. Begründung: Gesetzgebungskompetenzen in Sachen Atomenergie habe allein der Bund; für ein Bundesland bestehe diesbezüglich keinerlei Spielraum.

IAEO legt AKW-Jahresbilanz vor

Anfang Februar hat die Internationale Atomenergie-Behörde IAEO ihre Jahresbilanz zur weltweiten Kernenergienutzung vorgelegt. Danach sind im Laufe des Jahres 1986 21 neue Reaktoren an die Stromnetze gegangen. Die Gesamtzahl aller laufenden AKWs (ohne Forschungsreaktoren) beläuft sich demnach jetzt auf 394 in 26 Ländern der Erde.
Was nicht in der Statistik steht: Die Auswirkungen von Tschernobyl werden sich in den Statistiken erst in frühestens fünf Jahren (so lange beträgt die Mindest-Bauzeit für ein AKW) niederschlagen. Die USA haben seit 1979 keinen Auftrag mehr für ein AKW vergeben, die BRD seit 1982 nicht mehr. In Frankreich sind die Neuaufträge von vier auf ein AKW pro Jahr zurückgegangen.

	Reaktoren	Gesamtleistung [MW(e)]
Argentinien	2	935
Belgien	8	5 486
Brasilien	1	626
Bulgarien	4	1 632
DDR	5	1 694
Bundesrepublik	21	18 885
Finnland	4	2 310
Frankreich	49	44 693
Großbritannien	38	10 170
Indien	6	1 164
Italien	3	1 273
Japan	34	24 754
Jugoslawien	1	632
Kanada	18	11 107
Rep. Korea	6	4 475
Niederlande	2	508
Pakistan	1	125
Schweden	12	9 455
Schweiz	5	2 884
Spanien	8	5 588
Südafrika	2	1 840
Taiwan	6	4 918
CSSR	7	2 799
Ungarn	3	1 235
USA	98	83 387
UdSSR	50	27 657
Welt insg.	394	270 232

Leserbrief

Betr.: Tschernobyl-Inferno, Ausgabe 1/87

Liebe Freunde,
die Behauptung von Jens, daß von 1 Million Menschen, bestrahlt mit 1 Rem, 7.000 Menschen am Krebs aufgrund dieser Bestrahlung sterben, halte ich nicht für plausibel. Betrachten wir mal eine Bevölkerung von 1 Million Menschen; von diesen sterben pro Jahr insgesamt 14.000, und davon ca. 20%, also etwa 3.000 Menschen, an Krebs. Die natürliche Radioaktivität schwankt in der BRD zwischen 0,1 und 0,2 Rem jährlich je nach Wohnort. 1 Million Menschen mit 0,1 Rem bestrahlt ergibt nach Scheer 700 Tote, bei 0,2 Rem wären es 1.400 Tote. Wenn man das bei ca. 3.000 Krebstoten pro Jahr und pro 1 Million Menschen betrachtet, so müßten sich die unterschiedlichen Sterberaten bei 0,1 bzw. 0,2 Rem statistisch nachweisen lassen. Das ist aber bisher niemandem gelungen. Andere Wissenschaftler bestreiten auch die Zahlen von Jens (vgl. Inge Schmitz-Feuerhake). Geht man z.B. von einer Sterberate von 500 Menschen aus bei 1 Million Menschen bestrahlt mit 1 Rem, so ergeben sich für die natürliche Radioaktivität von 0,1 bzw. 0,2 Rem Sterberaten von 50 bzw. 100 Menschen pro Million Einwohner. Derartige Unterschiede sind nicht nachzuweisen bei 3.000 Krebstoten pro Jahr.
Insgesamt halte ich die Argumentation für die Anti-AKW-Bewegung für schädlich und auch nicht nachweisbar. Derartig hohe Sterberaten werden auch von Wissenschaftlern, die die Überlebenden von Hiroshima und die Atomwaffenversuche in den 50ern und 60ern untersuchten, nicht bestätigt.
Manfred Maier, Schwachhauserring 57, 28 Bremen 1

Buch-Besprechung

Seitdem niemand mehr glaubt, daß ohne Atomstrom in der Bundesrepublik »die Lichter ausgehen«, verbreitet die Atomlobby gerne ein anderes volkstümliches Argument: wir müßten die Nutzung der Atomenergie ausbauen, damit wir Reichen nicht den Armen in den Entwicklungsländern das Erdöl weiter verteuern bzw. wegschnappen. Dies Argument beeindruckt, zumal auch jene, die sich noch nicht eingehender mit »Dritte Welt«-Problemen befaßten, wissen, daß die Erdölverteuerung seit Angang der 70er Jahre die Industrialisierung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas erheblich erschwerte und neben anderen Faktoren zu der heute nahezu unlösbaren Verschuldungskrise dieser Länder führte. Auch sah man vielleicht schon mal einen Bericht über die ökologisch verheerenden Folgen durch den Raubbau an Feuerholz, das noch immer für 2 Milliarden Menschen einzige Energiequelle ist. Durch die Grafiken von Rudolf H. Strahm wurden auch jene Statistiken bekannt, die deutlich machen, daß ein Westeuropäer 500mal, ein US-Bürger 1000mal mehr Energie verbraucht als ein Bewohner eines besonders armen schwarzafrikanischen Landes, daß also wir, bzw. die Energie-, die Verkehrs-, die Wirtschaftspolitik in unseren Ländern die entscheidenden Verursacher der weltweiten Verknappung der fossilen Energieträger sind, wie auch der weltweiten Belastung der Atmosphäre mit Schadstoffen, insbesondere mit CO 2.

Es gibt also eine enge Verflechtung der Energieprobleme bei uns und in den Entwicklungsländern. Georg Cremer hat meines Wissens als erster in der Bundesrepublik diese Zusammenhänge untersucht und dargestellt, zunächst in einer volkswirtschaftlichen Dissertation, dann in einer neu geschriebenen, leicht lesbaren Fassung für Laien.
Das Aktionszentrum Dritte Welt Freiburg hat das Risiko auf sich genommen, die Studie als erschwingliches Taschenbuch herauszubringen. In sehr knapper und übersichtlicher Weise informiert Cremer über die »Energieprobleme im Nord-Süd-Konflikt« und v.a. über mögliche Lösungen.
Zwar ernüchtert der Verfasser den Leser/die Leserin, der/die glaubte, die erneuerbaren, umweltfreundlichen Energiequellen Sonne, Wasser, Wind seien in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas besonders aussichtsreich. Nach Cremer könnte allenfalls die alternative Energiequelle Biogas in diesen Ländern eine wesentlich größere Bedeutung erlangen als bisher. Aber er zeigt, daß Energiesparen im Sinne effektiverer Energienutzung dort ebenso wie bei uns die entscheidende »Energiequelle« der Zukunft ist.
Gerhard Breidenstein

Georg Cremer: Mangel und Verschwendung. Energieprobleme im Nord-Süd-Konflikt. Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg. 166 Seiten, 12.80 DM.

Im folgenden dokumentieren wir einen Teil der Arbeitsgruppenergebnisse der BUKO in Nürnberg. Hinzu kommt ein Artikel von Ma., der Zustandekommen und Rahmenbedingungen der BUKO reflektiert sowie eine "Richtigstellung" von Teilen der Nürnberger Veranstalter zu den "Verhandlungen" mit Polizei und Stadtverwaltung.
Bezüglich der übrigen AG- Ergebnisse (Großaktion gegen die WAA, AG Schrauben, Atommülltransporte und KWU- Kampagne) verweisen wir auf das von der Atom hierzu publizierte 8-seitige Flugblatt, das auch der letzten Atom- Sondernummer beilag.
Die Ergebnisse der AG Stillegung sind unter der Rubrik Atommüllkonferenz abgedruckt, da sie in Bielefeld erneut Thema waren. Das 8- seitige Flugblatt hat offenbar zu Unmut geführt, der auf einer Nachlässigkeit von uns beruht. So war bei der "Dokumentation der AG- Ergebnisse" nicht gekennzeichnet, daß es sich nicht um alle AG-Berichte handelte, sondern nur dum die uns zum Lay-out- Termin vorliegenden. Beim Papier der WAA- AG fehlte der Zusatz, daß der Vorschlag im Plenum kontrovers diskutiert worden war.Wir bitten um Entschuldigung.
Am Schluß dieses Komplexes finden sich ein Teil der Reden, die auf der ganz ausgezeichneten Auftaktveranstaltung im Komm gehalten wurden.

Bildmontage aus "Plärrer"

AG STRUKTUREN

In der AG STRUKTUREN trafen sich etwa 25 - 30 Personen, dabei etwas mehr Männer als Frauen. (...)

Themenbereiche waren:

1. Möglichkeiten der Verbesserung des Ablaufs überregionaler Gremien (LaKos, BuKos)/Pressearbeit.
2. Möglichkeiten der Verbesserung der regionalen/überregionalen Zusammenarbeit und Koordination.

Die Verbesserung der Strukturen in beiden Bereichen wie auch innerhalb der örtlichen Initiativen wurde übereinstimmend als Basis jeder inhaltlichen Arbeit gesehen.

ad 1. Bezüglich der Vorbereitung und Durchführung der BuKo in Regensburg, dem Vorbereitungstreffen für die 2. BuKo in Frankfurt und der laufenden BuKo in Nürnberg war es bei vielen zu Unzufriedenheit gekommen, was die Strukturen betrifft.(...)
Erstens: Was die **Pressearbeit** betrifft, so sollte die Funktion und Arbeit einer Pressegruppe auf einer inhaltlichen Veranstaltung wie der BuKo genauer bestimmt werden. Die Einrichtung einer festen Pressegruppe wurde befürwortet. Im allgemeinen sollten die örtlichen Initiativen dafür verantwortlich sein und eventuell von Interessierten unterstützt werden.(...)
Ansonsten wurde betont, daß **niemand** das Recht hat, im Namen der Bewegung zu sprechen. Besonders negativ wurde in diesem Zusammenhang die Angewohnheit einiger Prominenter gesehen, am Rande oder im Anschluß an BuKos Interviews mit Medienvertretern zu führen und dabei den Eindruck zu erwecken, im Namen aller zu sprechen. Es war Konsens, daß wir als Bewegung nicht auf das Interesse der Medien eingehen sollten, sich bestimmte prominente und somit medienwirksame Einzelpersonen herauszugreifen. Wir sprechen als Bewegung im Sinne von Resolutionen oder als deligierte Pressegruppe.(...)
Durch eine solche Pressearbeit wollen wir auch verhindern, nach außen gegenüber der Öffentlichkeit von einer Partei oder Organisation vereinnahmt zu werden. Wir sprechen weder durch profilierte Einzelpersonen noch durch bestimmte Gremien von Parteien, wir sprechen selbst.
Zweitens: Was unsere innere Struktur betrifft, so war die AG Strukturen einhellig der Meinung, daß auch auf so großen Treffen wie der BuKo möglichst unterdrückungsfreie Umgangsformen geübt werden sollten. Dazu ist es notwendig, daß existierende oder entstehende Machtstrukturen kritisiert und abgebaut werden. Es sollte weder eine 'Spitze der Bewegung' geben, die sich in den Vordergrund schiebt, noch eine 'breite Basis', die sich konsumistisch verhält und dadurch Verantwortung abgibt.
Alle Funktionen auf BuKos und LaKos wie etwa Diskussionsleitung, Pressegruppe sollten gewählt werden und jederzeit abwählbar sein.(...)
Gleiches gilt auch für Schlagabtäusche und ein gewisses Funktionärsgehabe. Es muß einfach wieder mehr zugehört werden. Auch wenn manche Diskussion vielleicht weniger rationell abläuft, so sollte es unsere Bewegung auszeichnen, daß sie vielen die Möglichkeit bietet, sich einzubringen.

ad 2. Was die regionale/überregionale Zusammenarbeit betrifft, so wurde festgestellt, daß diese, mit Ausnahme von Bayern, vor einigen Jahren besser und koordinierter strukturiert war.(...)
Um diese Situation zu überwinden, wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert. Ausgangspunkt war dabei die Feststellung, daß von oben aufgesetzte Gremien und Strukturen abgelehnt werden, sonder sich aus dem Bedürfnis von Initiativen heraus entwickeln müssen.
- Die Einrichtung eines überregionalen Infobüros, in dem Papiere/Vorschläge aus den Städten und von den Standorten zusammengetragen und verschickt

Foto Theo Heimann

werden, wurde von fast allen negativ beurteilt. Ausschlaggebend dafür waren
- die finanzielle Undurchführbarkeit
- die hohe Kriminalisierungsgefahr
- die Entstehung einer zentralistischen Informations- und Machtstruktur.

- Stattdessen wurde angeregt, LaKos und BuKos besser zu nutzen, ohne daß allerdings konkrete Vorschläge gemacht wurden. Es wurde angeregt, häufiger regionale Treffen zu machen. Die Ergebnisse und Medien (atom, RadiAktiv, Presseinfo) sollten besser genutzt werden als Diskussionsforen.
- Statt des Infobüros wurde favorisiert, existierende Büros auszubauen und zu unterstützen. Hierbei stellt sich besonders die Frage, wie die total überlasteten Initiativen (z. B. Göttingen) von anderen Initiativen entlastet werden können.
- Die Adressenlisten sollten aktualisiert werden, damit die einzelnen Initiativen ihre Infos/Arbeitsergebnisse/Projekte effektiver verschicken können.(...)

Es wurde betont, daß bei dem Stand der Repression vorwiegend der Kampf um existierende Strukturen wie der BuKo geführt werden soll und man/frau sich nicht in illegale Strukturen abdrängen lassen will.

(gekürzt)

PRESSEERKLÄRUNG

Wir haben am Donnerstag, den 15.1. 1987 die Marienkirche in Lübeck besetzt. Der Anlaß zu dieser Aktion ist das Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung, die am Wochenende in Nürnberg stattfinden sollte. Wir fühlen uns persönlich davon betroffen, daß in der BRD die Grundrechte der Rede- und Versammlungsfreiheit derartig mit Füßen getreten werden. Zum Mittel der Kirchenbesetzung haben wir gegriffen, um eine möglichst breite demokratische Öffentlichkeit zu erreichen und von ihr Unterstützung zu erlangen. Weil auch die Kirche traditionell auf der Seite der Verfolgten stehen sollte, hoffen wir auch auf Unterstützung aus der Gemeinde. Die nordelbische Kirche hat sich öffentlich gegen den Betrieb von Atomanlagen ausgesprochen; und es haben sich viele Christen an den vielfältigen Aktionen gegen das Atomprogramm (z.B. Brokdorf-Blockaden) beteiligt. Mit der heute begonnen Aktion wollen wir ein Zeichen setzen und fordern alle demokratischen und fortschrittlichen Menschen auf, uns zu unterstützen, uns in der Kirche zu besuchen und sich unserem Protest anzuschließen!!!

Die Besetzer/innen

AG GEWALTBEGRIFF & PERSPEKTIVE

Obwohl das Spektrum innerhalb der Arbeitsgruppe recht groß war, wurde in dem Bewußtsein diskutiert, daß es im Widerstand gegen Atomanlagen gewaltfreie und sog. militante Aktionsformen nebeneinander gibt, daß man/frau dies so akzeptieren muß, und daß keine Aktionsform als die grundsätzlich richtigere dem jedweils Andersdenkenden aufezwungen werden kann. Über eine endgültige und grundlegende Definition der Begriffe "Gewalt" bzw. "Militanz" herrschte angesichts des großen Spektrums auch keine Einigkeit. Jedoch wurde **mehrheitlich** bloße Sachbeschädigung nicht als Gewalt definiert, weil ein Ding keine Gewalt erleiden kann.

Hingegen wurde sehr wohl das Gefährden von Menschen als Gewalt definiert. Dabei geht es zunächst nur einmal um die Gewalt **als Mittel**.
Die moralische Rechtfertigung dieses Mittels "Gewalt" wurde getrennt diskutiert.
Gewalt geht zunächst einmal in vielfältiger Form vom Staat aus.
Frage war: Inwieweit sind militante Antworten nicht nur Reaktion auf bestehende Mißstände, sondern Gegenwehr, wenn nicht Notwehrmaßnahmen?
Die Vorstellung vom Verhältnis zwischen Moral und Gewalt waren sehr unterschiedlich, für die einen spielte ein moralischen Anspruch beim Wiederstand eine große Rolle, die anderen wollten "Moral" als Herrschaftserhaltungsinstrument hinerfragt wissen.
In der Hinterfragung nach der moralischen Bewertung von militanten Aktionen wurden 3 Positionen vertreten:

1. Es gab Leute, deren Gewaltdefinition übereinstimmte. Sie bewerten die absolute Gewaltfreiheit als solche moralisch höher.
2. Andere wiederrum bewerteten gewaltfrei im obigen Sinne, (also Blockaden, Sabotage an Sachen) deshalb als moralisch höher, weil sie leichter an eine breite Bevölkerung vermittelt werden können, denn solche gewaltfreien Aktionen lassen sich noch eher mit den Moralbegriffen innerhalb der Bevölkerung vereinbaren.
3. Für die Hinterfragung einer moralischen Bewertung von Militanz- ja- oder nein- muß auch in jedem Fall der Notwehraspekt berücksichtigt werden. Die Vertreter/innen dieser Position stellten den herrschenden Moralbegriff als solchen in Frage. Von ihnen wurde die Frage aufgeworfen, warum z.B. in den Befreiungsbewegungen der sog. 3.Welt "der bewaffnete Kampf" als moralisch gerechtfertigt angesehen wird, und warum wir hier nicht das gleiche Notwehrrecht für uns in Anspruch nehmen.

Einigkeit bestand darüber, daß für jede Aktion gilt:
Sie muß auf ihre **Zielvorstellung** (was soll sie erreichen), auf ihre **Vermittelbarkeit** (wie kann man/frau einer breiten Öffentlichkeit klarmachen, um was es bei der Aktion geht) und auf ihre **Effektivität** (was kann sie bewirken) geprüft werden, und zwar unabhängig davon, ob sie friedlich oder militant ist.
Die Entscheidung für oder gegen eine Aktion ist also **situationsgebunden.** "Steine werfen", um einer Demonstration nicht nur Inhalt, sondern auch Form zu geben, **kann** in einer Situation unerwünschte Eskalationen bewirken, eine Tatsache, die sich die sog. "agents provocateurs" zunutze machen. Andererseits **kann** "Steine werfen" dem Zurückdrängen von Knüppelhorden dienen, um Unbewaffnete, Alte und Kinder zu schützen. (...)

(gekürzt)

Aus dem Programmheft der 6. Hamburger Frauenwoche

RESOLUTION

Das Bedürfnis, die Auseinandersetzung über die Situation der politischen Gefangenen in der BRD und ihren Kampf auch hier auf der BUKO zu führen (was seinen Ausdruck im Redebeitrag der Angehörigen der politischen Gefangenen auf der Kundgebung gefunden hat), ist eine Folge der Weiterentwicklung des Widerstandes im letzten Jahr, insbesondere der Anti- AKW- Bewegung, wo sich neue und breitere Zusammenhänge gebildet haben, die Kämpfe zusammengerückt sind, und somit auch eine Nähe zum Kampf der politischen Gefangenen entstand.
Die Reaktion des Staates darauf ist, daß er versucht, u.a. genau diese Diskussion unter uns zu verhindern. Das zeigt sich in der Begründung des Verbots der BUKO in Regensburg (wo gesagt wird, daß die Unterstützung der Zusammenlegungsforderung die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung sei) und in den Auflagen für die BUKO hier in Nürnberg (daß nicht gesagt werden darf, daß es politische Gefangene in der BRD gibt).
Wir sind jetzt an dem Punkt, daß wir als AG/BUKO die Forderungen der Gefangenen unterstützen. Wir wollen, daß die weitere Auseinandersetzung über ihren Kampf, und wie wir ihn stärken können, ein fester Bestandteil in unseren nächsten Schritten wird.

- Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und aller kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen !
- Freilassung von Günter Sonnenberg!
- Zulassung einer Operation unter menschenwürdigen Bedingungen für Angelika Goder!

(Papier der Arbeitsgruppe v. 19.1.87 auf der BUKO in Nürnberg; wurde im Plenum nicht mehr diskutiert)

AG FRAUEN

Der eine Aktionsvorschlag: Ein Frauenwiderstandscamp an der WAA Wackersdorf, wahrscheinlich an Pfingsten.
Es gibt bereits eine Gruppe von Frauen, die ein Frauencamp über Pfingsten vorbereitet. Ungünstigerweise trafen sich diese Frauen am gleichen Wochenende in Wiesbaden. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht entschieden, welchen Charakter ihr Camp haben wird. Es soll entweder eher ein Diskussionscamp werden, bei dem an den Streits innerhalb der Frauenbewegung weitergearbeitet wird. Die Alternative dazu ist ein Aktionscamp, bei dem der Widerstand gegen die WAA im Vordergrund steht.
Wir Frauen in der BUKO-Arbeitsgruppe waren uns darüber einig, daß unser Interesse bei der zweiten Alternative liegt. Selbst wenn sich die Frauen, die in Wiesbaden zusammenkamen, anders entscheiden, soll es ein Frauenwiderstandscamp gegen die WAA geben oder es wird zwei Camps geben, nämlich das eine mit dem Schwerpunkt Diskussion und das andere mit dem Schwerpunkt Aktion.
Für das an Pfingsten stattfindende Frauenwiderstandscamp gegen die WAA erklärten sich die Frauen aus Schwandorf bereit, die organisatorische Arbeit vor Ort und die Koordination der gesamten Vorbereitung zu übernehmen. **Kontaktadresse: Anti-WAA-Büro, Sandstr. 1, 8460 Schwandorf.**
Vor allem die Mobilisierung soll von anderen Frauen übernommen werden. Gedacht ist an Städtegruppen, die jeweils in ihrer Region für das Camp werben. Koordiniert werden soll das ganze auf überregionalen Treffen. (Termine im Anti-WAA-Büro erfragen)
Bei der Diskussion um das Camp entfachte sich ein Streit zwischen den Müttern gegen Atom und Frauen, die ich aus der autonomen Ecke kommend vermute. Allen klar war, daß die Oberpfalz ein unsicheres Gebiet ist und kein Camp vor Polizeiübergriffen garantiert geschützt werden könnte. (...)
Für das Camp soll ein relativ sicherer Ort gesucht werden, der auf alle Fälle außerhalb der Bannmeile (die um die WAA-Baustelle gezogen ist) liegt, um so Polizeiübergriffe unwahrscheinlicher zu machen. Gleichzeitig soll sich der Campplatz aber auch so nah an der WAA befinden, daß Aktionen dort möglich sind. Keine leichte Aufgabe für die Vorbereiterinnen.
Der andere Aktionsvorschlag: Am Jahrestag von Tschernobyl, am Sonntag dem 26.4.87 bilden Frauen einen Energiekreis um das WAA-Baugelände.
"Wir fassen uns an den Händen",... "stehen mit dem Rücken zur geplanten WAA und senden all unsere Kraft, Liebe und Energie an unsere bedrohte Welt". Der Aufruf ist zu erhalten bei Renate Herfeldt, 8138 Andechs.
Der Aktionsvorschlag stieß auf ziemlich breite Ablehnung. (...)
Neben den Aktionsvorschlägen wurden auch Fragen nach der Strategie der Anti-AKW-Bewegung aufgeworfen. Eingebracht wurden solche Fragen vor allem von den Müttern gegen Atom.
Die Frauen in ihren Gruppen würden sich nicht mehr so sehr um die Meßwerte kümmern. Vielmehr wollten sie jetzt wissen, wie die AKW's stillgelegt werden können. Andere Frauen fragten, ob es etwas gäbe, was wir speziell als Frauen dazu beitragen könnten. Antworten wurden nicht gegeben. Eine Frau. versuchte aber, den Rahmen abzustecken. Wir sollten aufhören, den Frauenaspekt bei diesem und jenem von den Männern vorgegebenen Thema zu suchen und sollten stattdessen feministische Politik machen. Wie die aussieht, blieb unklar.

(Bericht von Ulli aus der Förderation Gewaltfreier Aktionsgruppen FÖGA)

(gekürzt)

Es waren 30 - 40 Frauen gekommen und zwar aus den unterschiedlichsten Spektren: Mütter gegen Atom, Frauen aus den BI's um Wackersdorf, Kämpferinnen der alten AKW-Bewegung, radikale und weniger radikale Feministinnen, Frauen aus der Friedenszene, spirituell angehauchte Frauen. Diskutiert wurde vor allem anhand von zwei Aktionsvorschlägen. Aber es dauerte jedweils nicht lange, bis inhaltliche Kontroversen zu Tage traten. Diese wurden nicht vom Tische gewischt sondern heftig aber solidarisch darüber gestritten.

Foto Theo Heimann

ENTGEGEN ALLEN GERÜCHTEN___

Seit der Bundeskonferenz in Nürnberg wird von Teilen der Anti-AKW-Bewegung(teilweise bewußt) das Gerücht verbreitet, die Organisatoren der BuKo hätten sich, entgegen den Absichten des Plenums, auf staatliche oder gerichtliche Auflagen eingelassen.
Um hier für Transparenz zu sorgen ein Überblick über die verhängten Auflagen und die Reaktion der Veranstalter:
– Am Freitag, den 16.1. rief die Polizei im Komm an und kündigte an, 2 Beamte auf die Auftaktveranstaltung zu schicken. Die Veranstalter erklärten dies sei eine Provokation, die Polizei trage die Verantwortung für die Folgen. In einem erneuten Anruf teilt die Polizei mit, daß sie auf jeden Fall kommen werde. Die Veranstalter erklärten, daß sie dann auf jeden Fall in Uniform erscheinen solle. Erschienen sind sie letztlich nicht.
– Laut Beschluß des VG Ansbach vom 15.1. sollten die Namen aller AG-Leiter /innen der Stadt Nürnberg bis Samsatag 10 Uhr schriftlich mitgeteilt werden. Der VGH München verschärfte diese Auflage: "Die Veranstalter und Leiter sämtlicher AG's ..zu verpflichten, daß a) bei allen Demonstrationen und Diskussionen Aufrufe zu Straftaten und gewaltätigem Widerstand...zu unterbinden. b) Nicht die BRD zu beschuldigen, die Ermordung "Gefangener aus der RAF beschlossen zu haben und Personen aus politischen Gründen gefangen zu halten". Am Freitag gegen 17 Uhr, unmittelbar nach Verkündung des VGH- Urteils, fand ein Plenum statt, auf dem die Veranstalter über die Gerichtsauflagen berichteten. Daß die inhaltlichen Auflagen des VGH Zensurcharakter haben und deshalb nicht beachtet werden, war die einhellige Meinung **aller** Anwesenden. Einige Teilnehmer waren der Ansicht, formal AG- Leiter/innen zu benennen, um am nächsten Tag auf jeden Fall noch ins Komm zu kommen und den Abbruch der Veranstaltung lieber an der Frage inhaltlicher Zensur zu riskieren. Die Entscheidung darüber wurde auf das Eingangsplenum am Samstag vertagt. Das Eröffnungsplenum am Samstag beschloß mit großer Mehrheit eine Resolution, in der es heißt: "wir akzeptieren die Auflagen nicht".

Einer der Veranstalter und ein Rechtsanwalt warfen Samstags einen Brief beim Ordnungsamt mit dem Satz ein:"Da das Plenum erst um 12 Uhr entscheide, ob überhaupt AG's tagen, könnten noch keine AG- Leiter benannt werden. Die Stadt rief mehrmals im Komm an und wollte die Entscheidung des Plenums wissen. Um ca. 15 Uhr erklärt H. Kempmann für die Veranstalter, daß sich jetzt AGs gebildet haben, das Plenum aber abgelehnt hat, AG-Leiter zu bestimmen, folglich gebe es keine AG-Leiter, folglich könnten auch keine Namen genannt werden. Im übrigen stehe in den Auflagen des Gerichts nichts darüber, daß AG-Leiter überhaupt existieren müßten, sondern nur, daß, **falls** sie existieren, sie benannt werden müßten. Der Polizei-Vertreter meint, das sei eine sehr interessante juristische Interpretation, über die sie erst beraten müßten.
Um 24 Uhr beanstragt die Landesanwaltschaft beim Verwaltungsgericht Ansbach ein erneutes Verbot auf Grund der Nichtbeachtung der Auflage, AG-Leiter zu benennen.
–Beim Verlassen des KOMM wurde das inzwischen wieder hergestellte Verbot (wegen der Resolution des Eröffnungsplenums) ebenfalls nicht akzeptiert. Um 11.45 Uhr wurde das neuerliche Verbot des VGH's verkündet. Daraufhin beschloß das Plenum bis 13.30 weiterzutagen und das KOMM dann geschlossen zu verlassen. Daß das SEK noch kurz vor 13.30 Uhr, als die Teilnehmer/innen das Komm bereits verließen, selbiges stürmen wollten, begründet keinesfalls eine Akzeptanz dieses Verbots, sondern macht höchstens deutlich, daß das bayerische Innenministerium bis zum Schluß eine Auseinandersetzung um das Komm wollte.

Uns gingen zwei Schreiben der Nürnberger Veranstalter/innen (Ingrid Marquardt, Christoph Seils, Monika Beck) zu diesem Punkt zu. Wir haben uns bemüht, sie zusammenzufassen.

Foto Theo Heimann

ZUR DURCHSETZUNG DER BUKO IN NÜRNBERG- ALLES NUR TAKTIK?

Unser Kampf gegen die AKW's war von Anfang an zwangsläufig gekoppelt mit dem Widerstand gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegener/innen. Noch niemals zuvor aber war die Anti-AKW-Bewegung in ihrer Gesamtheit so stark und grundlegend mit der Staatsrepression konfrontiert, wie im Nov. 1986 anläßlich des Verbots und der Zerschlagung der Regensburger Bundeskonferenz.
Auch wenn wir mit der Nürnberger BUKO einen Punktsieg im Rückspiel gegen die CSU verzeichnen konnten: Die Bundesregierung wird in Zukunft mithilfe der neuen 129a und 130a-Gesetze die sogenannte "Wiederherstellung des Rechtsbewußtseins", d.h. die Zerschlagung der von der APO der sechziger Jahre erkämpften freie Debatte über die Formen unseres Widerstnades mit höchster Priorität betreiben wollen. Schon die alte Bundesregierung hatte sich einhellig hinter das Regensburger Verbot gestellt. In den derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen wird über weitere Gesetzespakete gegen die *"Gewalt der Straße"* verhandelt. Die CSU verfolgt dabei u.a. das Ziel, zukünftig auch mal einige Tausend "Autonome" in Vorbeugehaft nehmen zu können. Dafür hatte sich Zimmermann bereits unmittelbar nach der Hanau-Demo vom 8.11.86 in einem Spiegel-Interview stark gemacht. Nach Informationen des "Vorwärts" wurden in der Münchener Staatskanzlei präventive Massenverhattungen auch im Zusammenhang mit der Nürnberger BUKO ins Auge gefaßt.
Kurz und gut: Der Kampf für die ungehinderte Rede-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit wird auf der Tagesordnung der gesamten Anti-AKW-Bewegung bleiben müssen!
Deshalb ist es u.E. so ungheuer wichtig, die Erfahrungen von Regensburg und Nürnberg so gründlich wie möglich zu verarbeiten. Wir hatten unmittelbar nach der Nürnberg-BUKO ein 8seitiges (über die Lüneburger Redaktion weiterhin erhältliches) Info erstellt mit einer Chronologie der Ereignisse und dem Versuch einer Einschätzung, "was den Erfolg von Nürnberg ausgemacht hat, wie der zustandekam und was zu tun gleibt". Dieser Text wird in den BI's sicherlich kontrovers diskutiert Wir möchten alle einladen, mit eigenen Stellungnahmen für die a t o m sich an der Diskussion über unsere Antwort auf den staatlichen Verbotsterror zu beteiligen!

Im Folgenden die wesentlichen Aussagen des atom-Infos thesenartig verkürzt:

1. Daß die Nürnberger BUKO stattfinden und ohne Selbstbeschränkung oder Ausgrenzung frei diskutieren konnte, war ein echter Erfolg und Terraingewinn für die Anti-AKW-Bewegung. Bayern war entschlossen, nach dem Muster von Regensburg auch die Nürnberger Konferenz verbieten und das Verbot polizeilich durchsetzen zu lassen. Diese Rechnung wurde von der Anti-AKW-Bewegung, von den Veranstaltern und Organisatoren der BUKO, von den Rechtsanwälten, KOMM-Mitarbeiter/innen und sonstigen Unterstützern durchkreuzt.

2. Die Anstrengungen zur Herstellung größtmöglicher Öffentlichkeit über Regensburg und Nürnberg haben sich ausgezahlt. Das mußte auch die CSU erkennen: *"Vorgestern, gestern und heute - in jeder Nachrichtensendung höre ich als erste die Stichwörter KOMM, Kernenergie-Gegner und Grüne"* schäumte Innenminister Zimmermann unmittelbar nach der BUKO vor 1.800 mittelfränkischen CSU'lern.
Zu Recht. Gegenüber dem stillschweigenden, kalten Verbot der BUKO in Regensburg, das Anfang Dezember kaum jemand außerhalb der Anti-AKW-Bewegung registriert hatte, gab es in Nürnberg eine öffentliche Aufmerksamkeit, wie noch nie zuvor (auch ein wenig übertrieben d. S.) für eine BUKO.
Es gab und gibt in der Anti-AKW-Bewegung z.T. heftige Aversionen gegen Presseleute, weil diese oft die Wahrheit entstellen oder weil sie freiwillig oder unfreiwillig bei militanten Aktionen Fotos für die Staatsanwaltschaft machen. Wir müssen unterscheiden zwischen Situationen, in denen die Medien schaden und Situationen, in denen die Medienanwesenheit nützt. Im Kampf gegen die staatliche Zensur- und Draufschlag-Politik ist die Öffentlichkeit und sind die Medien für uns nicht nur ein unverzichtbarer Schutz, sondern überhaupt die Voraussetzung für jede Gegenoffensive.

3. Es hat sich als richtig herausgestellt, daß zur Durchsetzung der Nürnberger BUKO ein Bündnis mit all den Gruppen und Personen eingegangen wurde, die bereit waren, sich für die uneingeschränkte Versammlungsfreiheit der Anti-AKW-Bewegung einzusetzen. Nur so war es gelungen, die gefährliche Isolation zu durchbrechen, in die die Strategen um Gauweiler die Anti-AKW-Bewegung mit dem Regensburger Verbot und der anschließenden Pressehetze zu treiben versucht hatten. Letztlich wird es immer darum gehen, wer wen besser isoliert: wir die Staatsmafia oder der Staatsapparat und die Regimepresse uns?!
Gerade die Nürnberg-BUKO - aber auch schon die letzte Hanau-Demo - haben u.E. gezeigt, daß uns Bündnisse mit Gruppen außerhalb der Bewegung, z.B. den Grünen, nicht schaden sondern nützen, solange wir als Anti-AKW-Bewegung die Vorgaben machen und uns von niemanden die Butter vom Brot klauen lassen. Eine Selbstbeschränkung auf den eigenen Bauchnabel (d.h. der Umgang mit ausschließlich denjenigen, die die Positionen der radikalen Anti-AKW-Bewegung draufhaben) macht es der Staatsrepression leichter und bringt uns im übrigen auch im Kampf gegen die AKW's auch nicht viel weiter.

4. Es war richtig, aus einer offensiven und selbstbewußten Position heraus alle taktischen Mittel zur Durchsetzung der BUKO zu nutzen: der Weg vors Gericht, die Verhandlungen mit der Stadt Nürnberg, die Hinhalteaktiken usw.usf. Dabei liegt der Schwerpunkt auf das offensiv und selbstbewußt.
Bei derartigen Verhandlungen besteht unbestreitbar die Gefahr, daß selbstverständliche Rechte der Anti-AKW-Bewegung scheibchenweise aufgegeben oder die Bewegung sonstwie gespalten wird. Daß es in Nürnberg dazu nicht kam, hängt nicht nur mit der Haltung bzw. dem Verhandlungsgeschick der "Veranstalter" zusammen, sondern insbesondere mit der Tatsache, daß Tausende entschlossene und selbstbewußte Menschen nach Nürnberg gekommen waren, an die vorbei nix lief, und von denen alle gerichtlichen Zensurauflagen einhellig zurückgewiesen wurden. Die Alternative im Vorgehen der Veranstalter hätte in Anbetracht des zu erwartenden Polizeiaufgebots darin bestanden, sich "aufrecht" zerschlagen zu lassen, was die Anti-AKW-Bewegung vermutlich nicht unerheblich zurückgeworfen hätte. So 'rum war's allemal klüger...

Matthias

„Terrorismus als Kampfbegriff der Herrschenden"

Rede von Rolf Gössner

Rolf Gössner
(Rechtsanwalt/Publizist, Bremen)
Rede während der Veranstaltung gegen Zensur und Versammlungsverbot.
Auftaktveranstaltung der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Nürnberg im "KOMM", Freitag, den 16.Jan. 1987.

Hier und heute abend findet wohl die erste große, ja die größte Veranstaltung der außerparlamentarischen Opposition in diesem neuen Jahr statt - unter widrigsten Umständen, trotz Verbotsbemühungen des bayerischen Innenministeriums - und nachdem nun am 1.Januar 1987 eine Reihe schwerwiegender Gesetzesneuerungen in Kraft getreten ist, deren Auswirkungen auf den politischen Widerstand in diesem Land uns heute und künftig beschäftigen müssen.

Die staatliche Behandlung dieser Veranstaltung der Bundeskonferenz (BUKO), der Anti-AKW-Bewegung ist ein Lehrstück über bundesdeutsches und bayerisches Demokratieverständnis. Mit der Begründung für die Verbotsanweisung des bayerischen Innenministers, es sei damit zu rechnen, daß - bevor überhaupt jemand den Mund aufgemacht hat - während der Veranstaltung Gewaltanwendung oder Anschläge befürwortet würden, könnte in Zukunft jede linksoppositionelle Veranstaltung verboten werden - genauso wie mit dem prognostischen Hinweis auf "zu erwartende Gewalttätigkeiten" schließlich auch jede Demonstration verboten werden könnte. **Wenn diese Verbotspraxis Schule macht, dann herrscht in diesem Land über kurz oder lang der Ausnahmezustand.**

Dieses Verbot war ein Angriff, ja ein staatsterroristischer Anschlag auf die Versammlungs-, Demonstrations- und Meinungsfreiheit.

Diese BUKO kann vielleicht dazu beitragen, daß sie sich wieder einigermaßen erholt. Noch haben wir einen Sieg davongetragen! Allerdings mit gravierenden Einschränkungen in Form von Auflagen der Verwaltungsgerichte. Im Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes München vom 16. Januar 1987 wird den Antragstellern aufgegeben, die Veranstalter und Leiter sämtlicher Arbeitsgruppen zu verpflichten, bei allen Demonstrationen und Diskussionen Aufrufe zu Straftaten und gewalttätigem Widerstand gegen öffentliche Einrichtungen zu unterbinden, und nicht die Bundesrepublik zu beschuldigen, die Ermordung *"Gefangener aus der RAF"* beschlossen zu haben und Personen aus politischen Gründen gefangen zu halten. **Ein an Klarheit kaum noch zu überbietendes Diskussionsverbot, mit dem etwa Äußerungen unbequemer Wahrheiten über staatliches Handeln unterbunden werden sollen** - als könne mit einem gerichtlich verordneten Verschweigen beispielsweise die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß es in der BRD politische Gefangene gibt.

Auch wenn wir uns gegenwärtig, unter reaktionären Wendebedingungen, in einer besonderen Phase der Staatsentwicklung befinden, so **dürfen wir doch nicht die geschichtlichen Bedingungen, die Entwicklung des herrschenden Sicherheitskonzeptes und der Staatsschutzapparate in der Bundesrepublik aus den Augen verlieren.** Denn: Die Grundlagen der heute erlebten Hochsicherheitspolitik sind bereits früher, nämlich in der Nachkriegsära, dann Ende der 60er Jahre und nicht zuletzt in den sozialliberalen 70er Jahren gelegt worden.

"Nach Stammheim wird die BRD nicht mehr derselbe Staat sein" - so sagte sinngemäß die Angeklagte im Stammheimer Mammutverfahren, Ulrike Meinhof, die Zukunft der Republik voraus. Sie tat diesen Ausspruch angesichts eines am eigenen Leib erlebten politischen Schauprozesses und selbst erlittener Vernichtungshaft, angesichts von "Anti-Terror"-Gesetzgebung und staatlichen Strukturveränderungen Mitte der siebziger Jahre. Doch rückblickend und mit über zehnjährigem Abstand betrachtet, muß man allerdings feststellen, daß Stammheim nicht die eigentliche Zäsur in der bundesrepublikanischen Staatsentwicklung bewirkte, auch wenn die Jahre 1975 bis 1978 zweifellos den bislang unbestrittenen, traumatischen Höhepunkt einer bereits längerwährenden und tiefgreifenden Entwicklung darstellen.

Die Hypothek des Faschismus

Denn der Staat der BRD war bereits vor Stammheim nicht mehr derselbe - gemessen an den ursprünglichen, verfassungsmäßig verankerten Standards der Grund- und Menschenrechte, gemessen an den Konsequenzen und Prinzipien, die - wenigstens ansatzweise - als Lehren aus dem deutschen Faschismus gezogen bzw. aufgestellt wurden.

Daß die herrschenden Kräfte in Staat und Gesellschaft aus der leidvollen jüngeren Geschichte dieses Landes gelernt haben wollen, ist ein Gerücht, das zwar pausenlos aufgekocht wird, aber seit Bestehen der Bundesrepublik nahezu täglich überzeugend wiederlegt werden kann. Die gnadenlose Spätgeburt Helmut K. ist hierfür beredtes Zeugnis.

1.9.1950: Erster Wasserwerfereinsatz in Westberlin gegen eine kommunistische Kundgebung aus N. Jungwirth, "Demo", Beltz 1986

Es begann bekanntlich zur ideologisch-ominösen "Stunde Null" mit der Entnazifizierung - und endete im glatten Gegenteil. Dem Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher des Nazi-Regimes folgte die nachsichtige Behandlung von NS-Massenmördern und NS-Blutrichtern - eine Behandlung, die ihre konsequente Entsprechung in der mangelnden Entschädigung von Ns-Opfern fand. Und die politische Verfolgung links-oppositioneller Kräfte und Gruppen - der "kommunistischen Feinde" im Inneren. Auf die Entmilitarisierung der Bundesrepublik folgte die konsequente Aufrüstung - als Bollwerk gegen die „kommunistische Bedrohung" von außen.

Der deutsche Faschismus, seine Ursachen und seine Folgen wurden in der kapitalistischen Bundesrepublik, wie sich zeigt, mitnichten überwunden. Eine historisch angemessene Auseinandersetzung mit dem Staatsterrorismus hat nicht stattgefunden, entsprechende Konseqenzen wurden letzlich nicht gezogen.

Insbesondere in den Bereichen der sog. inneren Sicherheit und der politischen Justiz mußte sich dieses Manko, diese Fehlentwicklung schon frühzeitig und mit Langzeitfolgen auf geradezu fataler Weise auswirken. An dieser Hypothek haben wir heute noch schwer zu tragen.

Die Justiz in der Bundesrepublik hat ihre eigene Tradition, den staatlich organisierten Justizterrorismus, nicht nur nicht bewältigt - bekanntlich wurde nicht ein einziger ehemaliger NS-Richter in der BRD für seine Schandtaten und Todesurteile belangt - im Gegenteil: **diese Justiz hatte in entscheidenden Bereichen die personelle und ideologische Erbschaft angetreten.**

Und diese Justiz maßt sich an, in einem vorgeblich freiheitlichen und demokratischen Land wieder mit zweierlei Maß zu messen: Überwiegendes Verständnis gegenüber Neo-Faschisten auf der einen Seite - und, nehmen wir die sog. Terrorismusverfahren - Vernichtungskampf gegen links (u.a. per Isolationshaft).

Wir blicken inzwischen - um nur drei herausragende Beispiele zu nennen - auf eine zwanzigjährige justizielle und administrative Kommunistenverfolgung mit Ermittlungsverfahren gegen weit über 120.000 Personen und mit weiteren 250.000 mittelbar Betroffenen; wir blicken auf 15 Jahre institutionalisierte Berufsverbotepolitik mit millionenfachen Anfragen an den "Verfassungsschutz" und weit über tausend Berufsverbotsmaßnahmen, sowie auf eine 16jährige Geschichte der sog. Terrorismusverfahren (seit 1971) mit ihren weitreichenden, bis in die Poren der Gesellschaft dringenden Auswirkungen.

Ablenkungsmanöver

In der neueren Epoche innerer Sicherheitsentwicklung spielt der **Begriff "Terrorismus"** eine ganz herausragende und immer bedeutendere Rolle. Er hat die Zauberformel "Kommunismus" - als "Gespenst, das umgeht in Europa", in der Welt - abgelöst und noch wesentlich zugelegt. **Seine Funktion als politischer Kampfbegriff der Herrschenden, als publikumswirksame Legitimationsformel für immer weitergehende Geheimdienst-, Polizei- und Justizbefugnisse, gilt es zu entlarven.**

"Terrorismus", so ist in den Verfassungschutzberichten des Bundesinnenministeriums zu lesen, *"Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen".*

Man könnte nun, zugegeben naiverweise, annehmen, hierunter fiele etwa

- die atomare Aufrüstung, die die Welt mit einem tausendfachen Tschernobyl bedroht;
- oder: die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Atomenergieprogramms der Bundesregierung mit seinen immensen Gefahren für Leib und Leben der Menschen;
- oder: die Giftanschläge der chemischen Industrie auf Leben und Gesundheit der Bewohner/innen.

Aber nein, wir ahnen es schon, weder soll die Bundesregierung, die ihre menschenverachtende Politik bekanntlich mit Gewalt durchzusetzen pflegt, als terroristische Vereinigung strafrechtlich verfolgt und in Isolationshaft genommen werden, noch die Vorstände der waffenproduzierenden und chemischen Industrie, noch die Verantwortlichen der Energieunternehmen.

Im Gegenteil: ihre Politik, ihre Profitgrundlagen sollen gerade geschützt werden, u.a. in dem der Terrorismusvorwurf auf ihre Gegner projiziert wird, die dann auf diesem Weg kriminalisiert, isoliert, mundtot und handlungsunfähig gemacht werden sollen.

Wenn also, wie wir bereits anhand weniger Beispiele ablesen können, die eigentlichen, wirklich bedrohlichen Gefahren für die Gesellschaft, für Leib und Leben der Bürger/innen von ganz anderer Seite als vom "Terrorismus" der bewaffneten Gruppen drohen oder gar von militanten Widerstandsbewegungen, **so braucht uns die staatlich betriebene Angstpolitik und Hektik ausgerechnet in Sachen eben dieses "Terrorismus" nicht mehr all zu sehr verwundern: Sie haben die Funktion, von den wahren, den staatlich und industriell betriebenen (bzw. geduldeten) Risiken mit ihren unendlich viel größeren Gefahren für die Bevölkerung abzulenken.** In Bereichen etwa, wo Millionen Menschen unmittelbar, konkret, sowohl akut als auch auf lange Sicht bedroht und geschädigt werden, wie beispielsweise nach der atomaren "Rest-Risiko" - Katastrophe von Tschernobyl, da wurden keine durchgreifenden politischen Konsequenzen gezogen.

Im Gegenteil, diese flächendeckende Gefahr wurde in unverantwortlicher Weise - per "Strahlenschutzkommission" - verharmlost, die Bevölkerung irregeführt; die Bundesregierung hält nach wie vor einsichtslos an ihrem

waghalsigen und zerstörerischen Atomenergieprogramm fest und kriminalisiert in zunehmenden Maße ausgerechnet diejenigen, die gegen diese menschenverachtende "Rest-Risiko"-Politik aufbegehren. **Auf diesen wachsenden Widerstand zielt zunehmend der Anti-Terrorismus-Kampf des Staates: auf die unbewaffnete linke Opposition und die militanten sozialen Bewegungen.**

"Terrorismus" entpuppt sich so betrachtet letztlich als der Kampfbegriff derer, die von ihren eigenen Verbrechen ablenken wollen, indem sie den Widerstand gegen eben diese Verbrechen kriminalisieren, zu kriminalisieren versuchen.

Die BI wird

'Terroristische Vereinigung'

In welchem Ausmaß und mit welcher Skrupellosigkeit die in allen sich verschärfenden gesellschaftlichen Konflikten auftretenden Formen des Widerstands kurzerhand den Stempel des "Terrorismus" verpaßt bekommen, dokumentiert der frisch ausgeweitete Paragraph 129 a und der ihn flankierende Zensurparagrph 130 a Strafgesetzbuch.

Nehmen wir beispielsweise eine Bürgerinitiative der Friedensbewegung oder der Anti-AKW-Bewegung, in der es Mitglieder gibt, die nach eingehenden und ernsthaften Diskussionen zu dem Schluß gekommen sind, daß Demonstrationen und Aufklärung nicht ausreichen, dem Rüstungswahnsinn und der atomaren Bedrohung zu begegnen. Sie wollen endlich praktische Signale setzen und sich damit auch der bohrenden Frage künftiger Generationen - so sie überleben - stellen, der bohrenden Frage nämlich: *"Was habt Ihr eigentlich damals gegen diese verbrecherische Politik getan?"*
Sie beginnen, Munitionstransporte zu blockieren und Atom-Strommasten zu kippen, um wenigstens kurzzeitig die Abschaltung von AKW's zu erreichen. Die Handelnden machen sich damit schon immer, das wissen sie, nach herrschendem Recht strafbar: Sachbeschädigung, Nötigung und noch einiges mehr. Sie nehmen dieses Risiko, die Nachteile dennoch auf sich, weil sie annehmen, daß diese Risiken geringer sind, als die Gefahren, die sie bekämpfen.
Nun soll es auch Mitglieder der besagten Bürgerinitiativen geben, die solche Aktivitäten zwar nicht verurteilen, eher skeptisch beurteilen und sich mehr auf die Kraft der Aufklärung und verbalen Überzeugung verlegen. Doch zur Mühseligkeit dieser Überzeugungsarbeit kommt hinzu, daß die Friedfertigkeit ihrer Herangehensweise ihnen seit dem 1.1.1987 auch nichts mehr nützt: denn

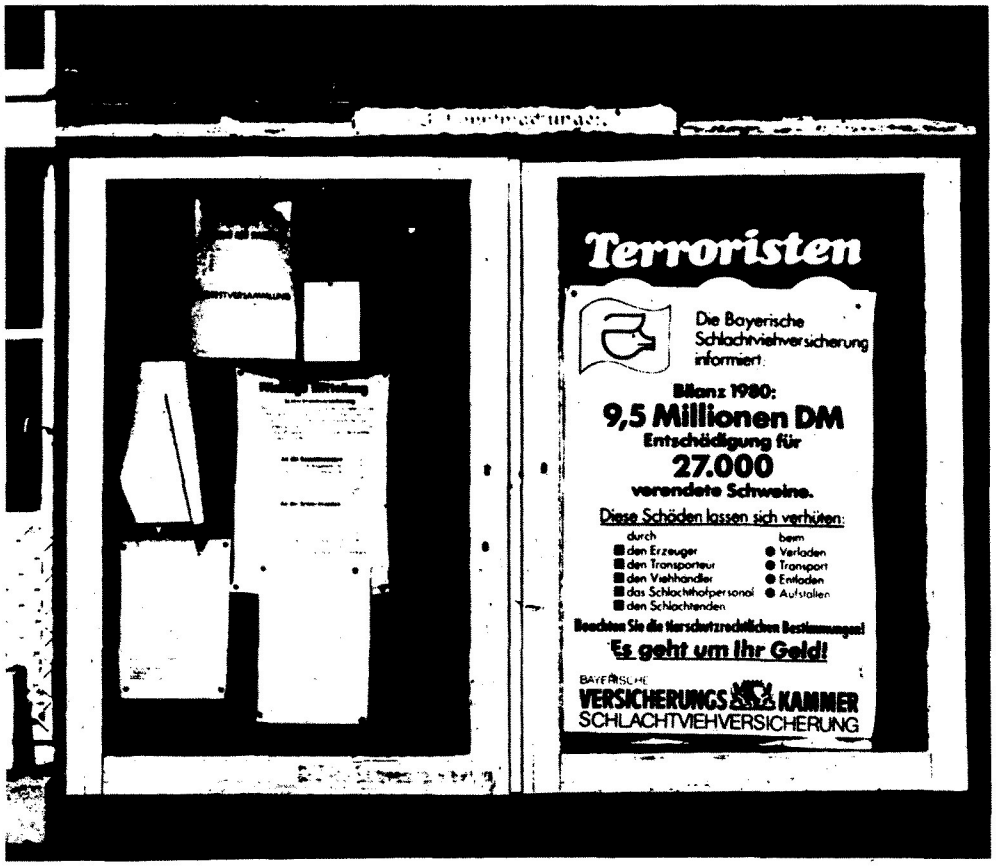


Foto Thomas Tielsch

inzwischen ist es amtlich und Gesetz, was vorher schon staatlicherseits hie und da klammheinlich praktiziert wurde: **Ihre Mitstreiter/innen von der blockierenden, sägenden und sprengenden Fraktion sind zu "Terroristen" befördert worden, ihre vormaligen einfachen Straftaten zu "terroristischen" und die Bürgerinitiative zur "terroristischen Vereinigung".**
Und damit sind sie im Zweifel alle, die Sägenden und die Redenden, Mitglieder ein und derselben "terroristischen Vereinigung". Die herrschende Kollektivitätsthese, ein spezielles kollektives Haftungskonstrukt für Organisationsdelikte, machts möglich.
Danach haften alle, die einer "terroristischen Vereinigung" angehören oder angehörten, für alle von dieser Vereinigung tatsächlich oder angeblich begangenen Taten, gleichgültig, ob das einzelne Mitglied davon im Einzelfall wußte bzw. diese billigte oder aber nicht.

Straftaten müssen indes überhaupt nicht begangen worden sein, geschweige denn jemanden nachgewiesen werden, es reicht aus, daß die Vereinigung solche in ihre Planung miteinbezieht.
Wer nun mutmaßlichen Mitglieder/innen Unterschlupf gewährt, wer sie zum Essen einlädt, wer ihnen sein Bett überläßt, und - was auch immer - spendet, der dürfte nach der neuen Rechtslage als **"Unterstützer"** gelten; wer die Trommel rührt für ihre Widerstandsarbeit als **"Werber"** für eine **"terroristische Vereinigung".**
Die Mitglieder einer solchen Vereinigung können nun nicht nur unter vereinfachten Bedingungen in Untersuchungshaft gelangen, sondern zudem auch unter den Sonderbedingungen der Isolationshaft gefangen gehalten werden. Elementare Verteidigungsrechte werden eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt durch Überwachung des Schriftverkehrs mit den Verteidigern, durch Trennscheiben, durch die Erleichterung des Verteidigerausschlusses, durch das Verbot der Mehrfachverteidigung usw. .
Ein "Trost" bleibt den Betroffenen: Generalbundesanwalt Rebmann wird sich im Zweifel persönlich um sie kümmern, denn bei ihm liegt in solchen Fällen die gesetzliche Zuständigkeit für Ermittlung und Anklageerhebung. Den speziell *"auserlesenen"* und *"zuverlässigen"* Richtern der Oberlandesgericht, mit ihrer besonderen Sachkunde und breiter Erfahrung auf diesem Gebiet , so heißt es in einschlägigen Gesetzeskommentaren - obliegen dann die Gerichtsverhandlungen und Aburteilung. Das nennt sich dann der "gesetzliche Richter", den das Grundgesetz fordert.
Böse Zungen sprechen von **Sondergerichtsbarkeit,** weil diese Spezialregelungen des politischen Strafrechts bewirken, daß den betroffenen Angeklagten zumindest eine Instanz verlorengeht

und sie zum anderen einen machtkonzentrierenden Zentralisationsprozeß einleiten, der es der obersten Ermittlungsbehörde, also dem General Rebmann u.a. erlaubt, Verfahren an sich zu ziehen und über das ihr zustehende Ermessen bundesweit jeweils die ihr genehmen Gerichtsstände auszuwählen.

Doch die Befugnisse von Staatsanwaltschaft und auch der Polizei erfahren bei einem Verdacht nach § 129 a StGB erheblich mehr Erweiterungen, die der großflächigen Ausforschung des sog. terrroristischen Umfelds weit im Vorfeld des Verdachts und strafbarer Handlungen dienen: u.a. Überwachung des Fernmeldeverkehrs, Straßensperren, Verkehrskontrollen, Identitätsfeststellungen, auch gegenüber Unverdächtigen sowie Großrazzien, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Festnahmen.
Gerade die letztgenannten Befugniserweiterungen, die sich die Ermittlungsbehörden schon in den 70er Jahren über § 129 a StGB als Anknüpfungsnorm bzw. passepartout bescheren ließen, machen aus dem Straftatbestand der "terroristischen Vereinigung", einen fungiblen Ausforschungsparagraphen.
Bei seiner bisherigen Anwendung kam es den Ermittlungsbehörden noch nicht mal in erster Linie auf das Ergebnis einer Verurteilung im Einzelfall an, sondern vielmehr auf die Ausnutzung der vielfältigen Möglichkeiten dieser Norm, um das Ver- und Umfeld auszukundschaften, um auf dem schwer eingrenzbaren Gebiet einer politisch verdächtigen Szene breit ermitteln, daten erfassen und Kommunikationsstrukturen ausforschen zu können. Dies geschieht unter umfassendem und systematischem Einsatz geheimpolizeilicher Methoden und nachrichtendienstlicher Mittel.
Dieser Ausforschungscharakter des alten § 129 a läßt sich auch statistisch belegen: Ein Vergleich der Ermittlungsverfahren wegen § 129 a der Jahre 1982 bis 1985 mit den hieraus resultierenden Aburteilungen (=Freisprüche und Verurteilungen) ergibt folgendes Bild:
Nur in durchschnittlich 6 Prozent der Ermittlungsfälle ist es zu einer Aburteilung gekommen. Zum Vergleich: Die Anklagequote - also das Verhältnis von Abgeurteilten zu Tatverdächtigen, gegen die ermittelt wurde - liegt bei der allgemeinen Kriminalität (und zwar ohne Straßenverkehrsdelikte) im Schnitt bei 43 Prozent. Umgekehrt bedeutet dies, daß in 94% Prozent der Fälle das Ermittlungsverfahren nach § 129 a StGB überhaupt zu keiner Anklage geführt bzw. eingestellt wurde.

Kommt es in Zukunft zu Verurteilungen, die sich wohl drastisch vermehren werden, so gilt ein inzwischen verdoppeltes Strafmaß für Gründung und Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung": Von einem bis zu zehn Jahren. **Damit wird die Angelegenheit zu einem Verbrechen, was es bisher nicht war. Und es entsteht die absurde Situation, daß das Mitglied einer solchen "terroristischen Vereinigung" als Verbrecher strenger bestraft wird - obwohl es ja nicht mal selbst Hand angelegt haben muß - als der einzelne nicht organisierte Täter, dessen Tat lediglich ein Vergehen ist.**

Doch damit noch längst nicht genug: Wer heute über das Für und Wider militanter Aktionen debattieren will, sieht sich bereits weit im Vorfeld möglicher oder auch unmöglicher Straftaten mit Strafgesetzen konfrontiert, die Diskussionsteilnehmer mit Strafe bedrohen, wenn durch die Redebeiträge *"die Bereitschaft anderer gefördert oder geweckt wird"*, eine bestimmmte rechtswidrige Tat zu begehen, die natürlich nicht erst begangen zu werden braucht.
Es müssen dann wohl auch schon diejenigen aufpassen, die in aufklärerischer Absicht eine bedrohliche Situation so wirklichkeitsnah ihrem Publikum vermitteln, daß Teile desselben nicht umhinkommen, militante Gedanken zu hegen.
Auch eine "scheinbare Distanzierung" wird dann nichts mehr nützen. Und die Heranziehung historischer Ereignisse, die bekanntlich häufig gewalttätig waren, ist strafbar, wenn sie etwa mit "Nachahmungseffekt" verbreitet werden.

"Restrisiko" Mensch

Doch damit immer noch nicht genug: **Wir befinden uns gegenwärtig in der Phase einer allumfassenden rechtlichen Absicherung staatlicher Befugnis- und Machterweiterung.** Mit einer Vielzahl neuer - vielfach ineinanderverfugter - Gesetze und Gesetzesvorhaben versucht die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung die präventiven Ermächtigungen weiter auszubauen, operative Polizei-Methoden zu vergesetzlichen und insbesondere die staatliche Informationserhebung, -speicherung und - verarbeitung sowie den umfassenden Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden zu verrechtlichen:
Neufassung der Geheimdienst- und Polizeigesetze, das "Zusammenarbeitsgesetz", Schleppnetzfahndung und Computerlesbarer Personalausweis sind nur wenige knappe Stichworte zur Kennzeichung dieses Gesetzesextremismus. **Letztlich scheint die Entwicklung im Bereich polizeilicher und geheimdienstlicher Datenerfassung und -verwertung darauf hinauszulaufen, eine immer perfektere und rationellere Registrierung allen von herrschenden Normen abweichenden Verhaltens zu ermöglichen, um auf diese Weise eine Art Frühwarnsystem zu erhalten, mit dessen Hilfe gesellschaftliche Veränderungen und Umbrüche, die die herrschende Ordnung gefährden könnten, frühzeitig erkannt, soziale Unruhen bereits im Keim erstickt und die sozialen bzw. politischen Träger präventiv integriert oder widrigenfalles repressiv bekämpft werden können. Diese Zukunft hat längst begonnen.** Dementsprechend halten sich staatliche Eingriffsbefugnisse und die praktische Überwachungstätigkeit längst nicht mehr bei sogenannten Störern und bei den einer Straftat Verdächtigen auf, noch lassen sich sich an das Vorliegen konkreter Gefahren binden, die es abzuwehren gelte. Staatliche Vorbeugungstätigkeit, wie sie sich seit anderhalb Jahrzehnten mit Hilfe moderner elektronischer Informationstechnologien entwickeln konnte, und nun mit einem umfangreichen Gesetzespaket rechtlich abgesegnet werden soll, hat weit mehr im Blick - nämlich den Menschen als potentiellen Unruhestifter, als potentielles Sicherheitsrisiko.
Wir müssen uns gegen diese verhängnisvolle staatliche Praxisentwicklung sowie gegen die vorgesehene rechtliche Zementierung mit aller Kraft und auf allen Ebenen zur Wehr setzen. Wir müssen die Mechanismen dieser Staatssicherheitspolitik herausarbeiten und die verbleibenden Widersprüche nutzbar machen, und wir müssen Widerstandsstrategien auch auf diesem wichtigen Gebiet entwickeln - denn unsere politische Zukunft, ja unsere Überlebenschancen hängen entscheidend hiervon ab - nämlich von der Frage, wie wir noch politisch wirksame Opposition, effektiven Widerstand gegen immer bedrohlicher werdende machtpolitische existenzgefährdende Entscheidungen der herrschenden Kräfte in diesem Land betreiben können.
Der Kampf gegen Atomenergieanlagen, gegen Aufrüstung und Umweltzerstörung muß einher gehen mit dem Kampf gegen die Zerstörung der Freiheitsrechte, mit dem Kampf um demokratische Strukturen.

Rolf Gössner
ist Rechtsanwalt, Publizist und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung; außerdem Redaktionsmitglied der Zeitschridt "Geheim" und Mitautor von "Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei" (1982, aktual. 1984) und "Im Schatten des Rechts - Methoden einer neuen Geheim-Polizei" (1984), beide erschienen im Verlag Kiepenheuer & Witsch (Köln); Mitinitiator der Bürgerinitiativen "Bürger kontrollieren/beobachten die Polizei".

"Fort mit den Tyrannen"

Auszüge aus der Rede von Robert Jungk

Nachdem er schon auf der Hanauer Anti-AKW-Demonstration enormes Aufsehen erregt hatte, wofür er von CSU-Kreisen als „Gewaltanstifter" angegriffen wurde, hielt Robert Jungk am Abend des 16.1. in Nürnberg erneut eine unglaublich offensive und hochpolitische Rede. In dem mit Menschen vollgestopften KOMM wurde der Zukunftsforscher überschwenglich gefeiert.

„Nach dem, was ich eben von unserer Freundin hier auf der linken Seite gehört habe, frage ich mich ganz ernsthaft: Wie lange halten wir, wie lange hält die Bevölkerung diese Behandlung noch aus? Wie lange lassen wir uns das noch gefallen? Wir können uns das nicht mehr gefallen lassen! Diejenigen, die Wind säen, werden Sturm ernten. Und ich frage mich angesichts der Wahlen in einer Woche: Ist der oberste Chef jener Polizisten, jener Büttel möchte ich sagen, überhaupt noch wählbar?

Jemand, der mitverantwortlich ist für solche Aktionen? Nein! Franz Josef Strauß ist nicht mehr wählbar, Herr Zimmermann ist nicht mehr wählbar, Herr Stoiber ist nicht mehr wählbar!

Ich selber habe noch das langsame Heraufkommen — denn das ist nicht auf einmal gekommen — des Dritten Reiches miterlebt. Ich habe den allmählichen Abbau der Rechte miterlebt. Das waren nicht sofort die Nazis, das waren die Konservativen, das waren die Deutschnationalen, das waren die geistigen Brüder von Herrn Kohl, von Herrn Strauß und Herrn Zimmermann.

Die haben es zugelassen, daß Hitler herankam. Die haben selbst Hitler zum Reichskanzler gemacht. Das war der Reichspräsident Hindenburg, ein Deutschnationaler, ein Erzkonservativer, ein Kriegsheld, einer, der auch für die Ehre und Größe Deutschlands gekämpft hat — so wie jetzt Franz Josef Strauß wieder will, daß wir für die Ehre und Größe Deutschlands kämpfen — der hat Hitler eingesetzt! Wollen wir wieder sowas haben?

Wir verlangen, daß die schleichende Restauration und der langsame Weg in den Totalitarismus abgebrochen wird so schnell wie möglich. Es gibt immer mehr Menschen in diesem Land, es gibt eine Grundwelle in diesem Land, die sich gegen dieses Heranwachsen der Tyrannei wehrt. Weg mit den Tyrannen, fort mit den Tyrannen! Ich weiß schon, daß mir das morgen wieder als strafbare Handlung vorgeworfen wird, denn schließlich handelt es sich ja um gewählte Vertreter. Die Frage ist nur: Was haben sie mit ihrem Mandat gemacht? Genügt es, gewählt zu sein? Kann man dann alles machen, was man will? Hat man dann einen Freibrief, zu kriminalisieren, die öffentliche Meinung zu gängeln? Hat man dann einen Freibrief, unschuldige Bürger zu verfolgen? Nein, das hat man nicht!

Foto Theo Heimann

Es stimmt: Sie sind gewählt worden, so wie Hitler auch gewählt worden ist. Man darf nicht vergessen: Hitler ist gewählt worden von der Mehrheit des deutschen Volkes, aber was er dann gemacht hat, das war eben die Zerstörung der Demokratie, die Errichtung der Diktatur. (...)

Beispiele für viele Beispiele, wie heute lebenswichtige Information von der Industrie und vom Staat unterschlagen wird. Wir müssen verlangen, daß in die Reaktorsicherheitskommission kritische Wissenschaftler hineinkommen, die uns sagen, was dort vorgeht. Wir müssen verlangen, daß in die Strahlenschutzkommission kritische Wissenschaftler hineingehen, die uns sagen, was wirklich gemessen wird. Wir können nicht mehr hinnehmen, daß man uns belügt, daß man uns mit falschen Zahlen irreführt. Wir verlangen mehr und genaue und zensurfreie Information. Bitte unterschätzt nicht solche Forderungen nach mehr Information. In verschiedenen demokratischen Staaten gibt es heute schon — sogar in den USA, obwohl man es da immer wieder zu kürzen versucht — ein „Freedom of information act", das heißt, der Bürger hat im Prinzip das Recht, in die Akten der Verwaltung hineinzusehen. Wir müssen verlangen, daß auch bei uns jeder Bürger das Recht hat zu sehen, was über ihn gespeichert ist, was über ihn geschrieben wird, was über ihn gelogen wird. Wir verlangen Einsicht in die Akten des Staates, in die Geheimsphäre des Staates, in die Geheimsphäre der Industrie.

Wie sieht es mit unseren Medien aus? Es gibt einige Medien, die noch einiges erlauben, in denen noch etwas kritische Information durchkommen kann. Obwohl auch da gebremst wird, obwohl auch da Einflüsse ausgeübt werden. Z. B. habe ich vor zwei Monaten eine Kolumne der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft", die ich seit 14 Jahren schreibe, nicht mehr schreiben können nach Hanau, weil Druck von den Anzeigenkunden erfolgt ist, die mich dort nicht mehr sehen wollen. Aber das ist nur ein Beispiel von vielen, vielen Beispielen, wo Leute, die sich kritisch äußern, entweder beiseite geschoben werden oder, was viel schlimmer ist: Die anderen verstehen die Signale, und es arbeitet die Schere im Kopf, und sie sagen schon deshalb nichts, was ihren Job gefährden könnte. Das ist das allerschlimmste: Die schleichende Unehrlichkeit in den Medien, die schleichende Verschleierung. Es gibt immerhin in einigen großen Zeitungen noch so etwas wie Leserbriefe. Die werden nicht zensiert — manchmal schon, aber meistens nicht. Warum gibt es nicht so etwas im Fernsehen und Rundfunk? Warum kann im Fernsehen Herr Löwenthal, warum kann im Rundfunk der Sprecher die neuesten Thesen von Herrn Zimmermann verkünden — ohne Wider-

spruch? Warum gibt es keine Zuschauerbriefe im Fernsehen? Warum gibt es nicht mindestens einmal in der Woche eine Stunde, in der die kritische Meinung der Öffentlichkeit mitgeteilt wird? Wir verlangen eine solche Öffnung des Fernsehens und des Rundfunks für kritische Geister.

Aber darauf allein können wir uns nicht verlassen. Wir brauchen in diesem Lande eine ganz starke Gegenöffentlichkeit. Ich erinnere mich, daß wir vor zwei Jahren hier im KOMM eine Konferenz gehabt haben, wo darüber schon gesprochen worden ist. Wir brauchen mehr unabhängige Stadtzeitungen, wir brauchen mehr unabhängige kritische Zeitungen im ganzen Land. Die TAZ allein macht es nicht. Die TAZ hat leider viele von den kleinen Zeitungen kaputtgemacht, ohne es zu wollen. Das heißt, wir können und müssen verlangen, daß sogar aus öffentlichen Mitteln im Dienste der Demokratie Knete gegeben wird, um kritische Stimmen und kritische Zeitungen zu unterstützen — ohne irgendwelche Auflagen. Das gehört zur Demokratie, genau wie man die Abgeordneten bezahlt. Denkt daran, wir brauchen eine starke Gegenöffentlichkeit, wir brauchen sie im Rundfunk, im Fernsehen, wir brauchen Videoprogramme, Kabel. Wir sollten in jeder Ortschaft zumindest einen Medienladen haben, in dem kritische Information für die Bewohner zu finden ist: Filme, Video, Radio, Anschläge, Zeitungen.

Man wird versuchen, uns das alles zu verbieten. Aber es wird nicht gelingen, wenn man unsere Flugblätter beschlagnahmt, wenn man unsere Zeitungen beschlagnahmt, wenn man unsere Versammlungen verbietet. Es wird nicht gelingen, es ist nie gelungen. Tyrannen haben immer schnelle Erfolge, aber auf die Dauer gehen sie alle zugrunde. Schaut euch in der Welt um: Herr Marcos ist gestürzt, in Argentinien sind die Militärs gestürzt, Herr Hitler ist gestürzt, Herr Franco ist gestürzt, Herr Kohl wird stürzen und auch Herr Strauß wird stürzen. Und sie sind so kurzsichtig, daß sie gar nicht merken, wie sie mit der Kriminalisierung im Grunde der Gegenbewegung helfen; denn dadurch verstehen andere Menschen, daß hier etwas schief läuft, daß hier etwas nicht stimmt. Wenn man die Leute sieht, die man in den Knast steckt, wenn man deren Gesichter anschaut und die vergleicht mit denen, die in den Aufsichtsräten sitzen, dann weiß ich, wo die ehrlichen und wo die guten Leute sitzen. Das sieht man in den Gesichtern.

Sie glauben, sie werden uns auf Dauer unterdrücken, und es kann sein, daß es ihnen eine Zeitlang sogar gelingt, so etwas wie Friedhofsruhe zu schaffen. Aber es werden die Menschen aus dem Schweigen auferstehen, es werden die Menschen sich das nicht gefallen lassen. Auch in diesem Land und in allen Ländern, die von Gewalt beherrscht werden, im Westen und im Osten wird auf Dauer das Volk sich wehren und sich durchsetzen. Was hat denn die südafrikanische Regierung erreicht, indem sie Mandela kriminalisiert und im Gefängnis hält? Sie hat einen großartigen Führer für das südafrikanische Volk geschaffen. Was haben denn die Franzosen fertiggebracht, indem sie Ho Chi Minh mit in die Gefängnisse geworfen haben? Sie haben den Vietnamesen einen Führer gegeben. Unsere künftigen — nicht Führer, Führer ist schlecht — unsere wichtigsten Kämpfer, die werden in den Gefängnissen stark, und sie werden uns helfen, eine andere Ordnung herbeizuführen, andere Verhältnisse herbeizuführen, nicht chaotische, gerechte, friedliche, freundliche, angstfreie Verhältnisse.

Ich möchte diejenigen, die meinen, sie hätten so alles im Griff — und bitte, daß mir das nicht wieder als Aufruf zu Gewalttaten ausgelegt wird — die möchte ich darauf hinweisen, daß wir heute in einer hochtechnisierten Gesellschaft, in einer verwundbaren Gesellschaft leben, daß wenige außer Rand und Band Geratene, zu Heißwut und Heißglut Gebrachte in einem technisch empfindlichen verwundbaren System sehr viel anrichten können. Ich berichte nur, ich sehe mir nur an, was geschieht. Ich warne diejenigen, die meinen, daß sie uns alle im Griff hätten, daß sie ihre gefährliche Technik im Griff hätten. Seht euch vor, es wird über euch kommen, wenn ihr nicht aufhört!"

(Bandabschrift)

"Transsylvanische Tandler"

Detlef zum Winkel

(Konkret-Mitarbeiter)

Was gibt es noch zu sagen nach all dem, was hier heute schon gesagt worden ist?

Ich möchte gern noch eine Bemerkung darüber machen, daß es unter all diesen Gauleitern, Schweinöchern und Metzgern, Steinzeitnationalisten und Kryptofaschisten, die die heutige CSU ausmachen, auch noch die Erscheinung von Grabräubern und Leichenfledderern gibt. Das Ausrauben von Gräbern wird von allen zivilisierten Kulturen verachtet, weil es von einer Mißachtung jeder Art von Menschenwürde zeugt. Ich meine mit dem Grabräuber Franz Josef Strauß und mit seinem Assistenten den transsylvanischen Tandler, der mit seiner Forderung, den Friedensnobelpreis für Sudentendeutsche zu verlangen, den Witz des Jahres bereits gestartet hat.

Diese Leute schleichen sich bei Nacht und Nebel und vermutlich vermummt an ein Grab, das sie ausbuddeln, wo sie versuchen den Sarg aufzustemmen und sie stehlen die Vokabel des aufrechten Gangs aus dem Grab von Rudi Dutschke. "Aufrechter Gang", damit zieht Strauß jetzt durch die Lande von Nord bis Süd, und er meint damit den deutschnationalen Mist von gestern. Er hat nicht einmal im Ansatz verstanden, um was es dabei geht. Wer deutschnational sich gebärdet, der kann nur an die primitivsten Instinkte appellieren. In einer Welt, in der nationales Denken nun wahrlich genug Leichenberge hervorgebracht hat. "Aufrechter Gang" – das war von Rudi Dutschke gefordert worden im Sinne der Freiheit und Freiheit ist eigentlich das Gegenteil von Nationalismus. Dies mußte zu dieser dumpfen Kampagne, die von rechts außen bis radikal jetzt als Wahlkampfhetze über die Medien geht, gesagt werden. Aber wenn wir das beiseite lassen, sollten wir uns doch erinnern, was mit dem aufrechten Gang gemeint war und was von uns, die wir uns als Vertreter dieser Spezies sehen, in einer solchen Situation verlangt wird. Ich meine, es ist im Sinne des Erfinders, daß man in einer solchen Situation, wo zensiert wird, offen über das diskutiert, was zensiert werden soll.(...) Zensiert werden soll erstens die Meinung einer evangelischen Aktionsgruppe aus Steinburg die der Auffassung ist, man solle an Strommasten Schrauben lockern und sich zu dieser Tat in aller Öffentlichkeit bekennen. (...) Zweitens zensiert werden soll, und darin liegt eigentlich eine besondere Infamie, der Vorwurf der Angehörigen der politischen Gefangenen, der Vorwurf der Familien von Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan Carl Raspe, ihre Familienmitglieder seien im Knast von Stammheim möglicherweise nicht durch Selbstmord umgekom-

men, sondern durch andere Menschen. Diese Meinung muß solange offen und frei verkündet werden können, wie diese Todesfälle unaufgeklärt sind – und das sind sie bis auf den heutigen Tag.
Wir werden uns durch keine Repressionsmaßnahme und durch keine noch so grossen Polizeihorden daran hindern lassen, darüber frei zu diskutieren, bis wir die Wahrheit gefunden haben, oder, was das erste Beispiel angeht, bis wir uns in freier Diskussion für die Methoden des Widerstands entschieden haben, die uns aus moralischen, politischen und demokratischen Gesichtspunkten die richtigen zu sein scheinen. Darin unterscheiden wir uns als Demokraten von einem Obrigkeitsstaat, wie er speziell in Bayern gewünscht wird und mit der neuen Gesetzgebung für die ganze Bundesrepublik konzipiert wird.
Daß wir uns heute hier versammeln können zeigt, daß die Kahlschlagpolitik sich so noch nicht durchsetzen läßt. Es ist allen zu danken, die dazu beigetragen haben, daß diese Diskussion hier in Bayern möglich ist. Sie zeigt, daß wir hier noch nicht in Südfarika sind, wenngleich dies vielleicht den Vorstellungen derjenigen entspricht, die leider immer noch in der bayerischen Landesregierung das Sagen haben ...

"Wir lassen uns die freie Diskussion nicht nehmen ..."

Hier kommen wir auch genau an einen Punkt, wo es für diese Herrschaften in punkto Atomprogramm kritisch wird und sie die freie Meinungsäußerung unterbinden müssen. Denn wir wissen, daß diese Wiederaufarbeitungsanlage alles andere ist als eine normale chemische Fabrik. Wir wissen, daß es hier nun ein Projekt geht, das Franz Josef Strauß seit über 20 Jahren, seit 30 Jahren verfolgt, wofür er als Verteidigungsminister für Adenauer, der der gleichen Meinung war, den Kopf hingehalten hat, nämlich um die deutsche Atombewaffnung.

"Die deutsche Atombewaffnung – eine neue Etappe der europäischen Nachkriegsgeschichte ..."

Und die deutsche Atombewaffnung ist eine neue Etappe in der Geschichte Europas in der Nachkriegsgeschichte. Sie ist eine neue Etappe die die ganze Welt vor neue Fragen stellt. Sie ist eine Phase wodurch neue deutsche angebliche Größe die in Wirklichkeit Niedrigkeit und Primitivität ist (...)
Es gibt keine zivile Wiederaufarbeitung, und es gibt erst recht nicht die ökonomischen Perspektiven, die die Atomindustrie versprochen hat.
All diese Zahlen, all diese Lügen, all dieses primitive Werkzeug hat sich durch sich selbst überholt und ist auf das leichteste zu widerlegen. Was es aber gibt und was bisher nicht wiederlegt werden konnte, das sind alle Pläne von Strauß und Koller, von anderen führenden Militärs und rechten bis rechtsradikalen Politikern, die mit einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublikspielen,

und das gefährdet den Frieden, den Weltfrieden, das gefährdet das Überleben der Menschheit.
Diese Anklagen werden wir weiterhin in aller Öffentlichkeit erheben und wir wissen genau, man wird versuchen, uns das Wort zu verbieten, weil die Gegenseite keine Argumente hat.

"Die Basisdemokratie erhalten ..."

Und wir werden im Widerstand gegen diese Politik genau so basisdemokratisch verfahren wie die Anti-Atom-Bewegung, die den Grünen voranging und die diese Prinzipien proklamiert hat und weiter aufrecht erhält, es von Anfang an getan hat. Wir werden kein-

en Teil des Widerstands ausgrenzen, weil wir wissen, daß wir uns damit nur selbst ein Bein abschlagen würden. Das heißt, daß wir in solchen Situationen, wo Polizeihundertschaften um solche Gebäude herumstehen, wo man uns einschüchtern will, daß man uns doch einiges nicht nehmen kann, selbst wenn man uns die Münder zukleben würde, man kann uns die Freiheit der Gedanken nicht nehmen und man kann uns die Solidarität nicht nehmen, mit der wir zusammen stehen.

(Abschrift nach Tonbandmitschnitt, einige Passagen waren wegen Beifall leider unverständlich; Red. Atom)

Damals wie heute...

10 Jahre Gorleben -

22.Februar 1977. Der Saal des Gildehauses der Kreisstadt Lüchow ist knüppelvoll. Loden und Flanell geben den Ton an in der rauchgeschwängerten Luft, bei Bier und Korn wartet man auf den Gastreferenten des heutigen Tages, Dr. Salander. Das Kreislandvolk hat eingeladen, der Geschäftsführer der "Projektgesellschaft Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen" (PWK, später DWK) wird einen Vortrag vor den Landwirten halten.

Seit Wochen bereits wird gemunkelt, für Lüchow-Dannenberg liege etwas im Busch in Sachen Atom. 16.05 Uhr. Aus dem Schankraum des Gildehauses läuft jemand in den Saal zum Mikrofon. Völlig aufgelöst teilt er der Versammlung mit, was er, der zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung bestellte Polizist gerade in den Nachrichten gehört hat: Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) hat Gorleben als vorrangigen Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) benannt. Pfuirufe mischen sich mit ungläubigem Staunen. Nur mit Mühe kann sich der "Gast"-Redner gegenüber den aufgebrachten Zuhörern mit verharmlosenden Statements Gehör verschaffen.

Von Stund an ist in Lüchow-Dannenberg alles anders als zuvor. Im entlegenen Zipfel Ost-Niedersachsens, der unter wenigen Eingeweihten als El-Dorado für Naturkundler gehandelt wird und als Geheimtip für großstadtgestresste Zweitwohnsitzler gilt, werden die Menschen jäh aufgerüttelt. Sie fragen sich von nun an, ob der vermeintliche Nachteil der Industrieferne nicht ein gewaltiger Vorteil sei. Sie fragen sich, ob landwirtschaftliche Produkte aus dem Umkreis von Atomanlagen noch problemlos vermarktet werden können. Sie fragen sich, ob die Atomenergie ethisch verantwortbar sei, ob man in ständiger Angst vor einem kleinen, mittleren oder größeren Störfall nicht in der Mausefalle säße. Und ein Blick auf die Landkarte macht deutlich: die Lüchow-Dannenberger säßen tatsächlich in der Falle. Wie ein Dreieck ragt das Wendland in das Gebiet der DDR hinein, Elbe und Todeszaun bilden natürliche und willkürliche Grenzen, kein Gebiet ließe sich nach einem Störfall besser abriegeln als dieser Landkreis.

Was sollte da gebaut werden?

Nach den Plänen von Bund - damals unter Kanzler Schnidt (SPD) - und Land sollte in Gorleben eine **Wiederaufbereitungsanlage** (WAA) mit **Zwischenlager** und diversen Pufferlägern für die atomaren Abfälle, die bei der Plutoniumextraktion anfallen, errichtet werden, eine **Brennelementefabrik** und eine **Konditionierungsanlage** zwecks Verpackung der radioaktiven Abfälle, die dann im Salzstock unter Gorleben in einem **Endlager** unterirdisch verstaut werden sollten.

Bereits 2 Tage nach diesem denkwürdigen 22. Februar organisieren Naturfreunde und Umweltschützer eine Sternfahrt über die Dörfer nach Gorleben. Als sie dort eintreffen ist das ganze Dorf auf den Beinen. Bürgermeister Kantelberg verliest mit stockender Stimme eine Resolution, an die er heute nicht mehr gern erinnert werden mag: *"Mit Bestürzung hat der Rat der Samtgemeinde Gartow zur Kenntnis genommen, daß die Landesregierung Niedersachsens Gorleben als Standort für eine Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage benannt hat. Der Samtgemeinderat lehnt Gorleben als Standort auf das entschiedenste ab."*

Trecker rollen. Mit einem beeindruckenden Konvoi demonstrieren die Bauern ihre Ablehnung der gigantischen atomaren Pläne in der Kreisstadt. Anfang März konstituiert sich die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) als eingetragener Verein, ihre erste Aufgabe besteht in der Organisation einer Großkundgebung auf dem geplanten Baugelände.

Am 13. März 1977 versammeln sich dort 16.000 Menschen, um gegen "Gorleben" zu protestieren. Hausfrauen und Rentner, Bauern und Schüler, alt und jung gehen das erste Mal in ihrem Leben auf eine Kundgebung, der Streit um "Gorleben" entzweit Kollegen und Nachbarn, vermasselt Familienfeste und zerstört Ehen.

Landkäufe der DWK (Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen), Erpressung von nichtverkaufswilligen Waldbesitzern und Bespitzelung von Atomkraftgegnern durch ein privates Wachkommando im Auftrage der DWK provozieren erste Handgreiflichkeiten. Trotz des Postulats des strikt gewaltfreien Protests, für den die BI eintritt, wird der Infobus der Betreibergesellschaft mit Schweinemist eingedeckt, werden die Reifen plattgemacht. Ungeachtet aller Argumente und Petitionen stehen zwei Jahre später, im März 1979, die ersten Baugrunduntersuchungen, Flachbohrungen und Messprogramme an. Bauern umstellen kurzerhand das Depot der Bohrer mit Traktoren, BI'ler hocken sich auf der Straße nieder und stoppen die Fahrzeuge. Es ist die Geburtsstunde des Trecks nach Hannover.

Am ersten Tag des Marsches in die Landeshauptstadt "Albrecht, wir kommen") sind 5.000 Menschen aus der Region auf den Beinen, mehr als 350 Traktoren führen den Zug an. Zur gleichen Zeit tagt in Hannover das Gorleben-Symposium, ein wissenschaftlicher Schlagabtausch über das Für und Wider der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen findet statt. Schließlich überschlagen sich die Ereignisse: in Harrisburg passiert, was von den Betreibern als Restrisiko abgetan wird, ein Unfall im AKW mit Kernschmelze, in Hannover fordern 100.000 Menschen den sofortigen Stop des Atompro-

(K)ein Grund zum Feiern?

gramms.
Ministerpräsident Albrecht erklärt schließlich angesichts der anhaltenden Proteste den Rückzug: **eine WAA sei technisch zwar machbar, aber politisch nicht durchsetzbar.** Doch aufgepaßt, was schreibt er da an Bundeskanzler Schmidt? Er schreibt:

Der Hintergrund dieses taktischen Zuges zwecks "Befriedung" des Wendlandes liegt einerseits in der (richtigen) Einschätzung, daß der Protest breitester Bevölkerungskreise sich in erster Linie gegen eine WAA richtete. Andererseits nimmt Albrecht mit dieser Entscheidung auch wesentliche Elemente

gemeindetat Gartow grünes Licht zum Bau eines Zwischenlagers. Geknüpft ist dieses Ja an ein erneutes (schriftliches) Versprechen Albrechts, vom Bau einer WAA in Lüchow-Dannenberg abzusehen. Aber die DWK hat - aus ihrer Sicht - endlich einen Fuß im Landkreis.

Foto Wolfgang Hain

"Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wie ich Ihnen am 30. April (79) sagte..., kann eine Baustelle in Gorleben zur Zeit, d.h. solange die überwiegend feindliche Einstellung der Bevölkerung vor Ort und das starke Engagement weiter Bevölkerungskreise in der Bun - desrepublik gegen das NEZ gegeben sind, mit vertretbaren polizeilichen Mitteln nicht geschützt werden... . Hingegen glaubt die Landesregierung, daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen vornehmen zu können, wenn die Wiederaufbereitungsanlage aus der Planung herausgenommen wird... . Entscheidend für die Richtigkeit dieser Prognose ist allerdings, daß die Bevölkerung uns **g l a u b t**, *daß das Projekt der Wiederaufbereitungsanlage nicht weiter verfolgt wird. Ich habe deshalb Vokabeln wie "für den Zeitraum, für den wir zu entscheiden haben", "Für diese Generation",... gebraucht, alles Begriffe, die interpretationsfähig sind und über die gesprochen werden kann."*

der sog. "Entsorgungsgrundsätze" vorweg, die im Herbst 1979 von Bund und Ländern beschlossen werden. Bau und Betrieb von AKW's sind danach von einer "gesicherten Entsorgung" abhängig. Und nach der Definition der Ministerpräsidenten ist die Entsorgung "gesichert", wenn für ein Endlager auf seine Tauglichkeit hin untersucht wird oder wenn ein Bauantrag für ein Zwischenlager vorliegt.
Wen wundert es also, daß noch im September 1979 die Rodungsarbeiten für eine erste Tiefbohrung bei Gorleben gegen blockierende AKW-Gegner/innen durchgesetzt werden, daß 1980 die Pläne für den Bau eines atomaren Zwischenlagers an genau diesem Ort durchsickern?
Der "kurze Frühling der Anarchie", die 6 Wochen der Freien Republik Wendland im Mai/Juni 1980, können die weiteren Tiefbohrungen nicht wirklich verhindern, unbeeindruckt von über 1.800 Einzeleinwendern gibt ein Jahr später, am 27.5.81, der Samt-

Wodurch kommt es zu dem Sinneswandel der Kommunalpolitiker? Waren es die Besuche des Kanzlers Schmidt, des damaligen Oppositionsführers Kohl, die Blitzbesuche des Ministerpräsidenten Albrechts, deren aufmunternde Worte, deren Wegweisung und Lob für rechtes staatstragendes Verhalten? Haben die Millionen "Strukturbeihilfe", die in die Kassen von Kreis und Gemeinden flossen, die sog. Gorleben-Gelder Eindruck gemacht? Oder war es der wohlgemeinte Versuch, das kleinere Übel zu schlucken, um das größere zu verhindern?
Eine wachsende Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber den Atomanlagen war es jedenfalls nicht, nächtliche Besuche der Bohr- und Baustellen, Blockaden, Grenzlandbesetzung, Demonstrationen und immer wieder Saalveranstaltungen rissen nicht ab, auch fern jeden publizistischen Interesses an den Vorgängen in und um Gorleben, das deutlich abnahm, nachdem das Dorf 1004, die Freie Republik Wendland,

Foto Pan-Foto/G. Zint

dem Erdboden gleich gemacht war.

So manch einer traut seinen Augen nicht, kneift sich in den Arm, wach ich oder träum ich? Was da schwarz auf weiß dickumrandet in der Elbe-Jeetzel-Zeitung steht, ist nicht zu fassen: **die BI enthüllt Pläne der Landesregierung, die DWK in Dragahn eine WAA bauen zu lassen. Es ist der 11.11.82,** nicht einmal zwei Jahre sind seit der schriftlichen Erklärung des Gegenteils vergangen, Luftlinie Gorleben-Dragahn 25 km. Seitdem darf Albrecht öffentlich Lügner genannt werden. Warum provoziert er die Protestszene und seine eigenen Parteileute in derart unerträglicher Weise? Er muß doch wissen, daß die Trecker wieder rollen, daß die Infrastruktur der Anti-AKW-Gruppen noch intakt ist: die Bäuerliche Notgemeinschaft, die Gorleben-Frauen, die Pastoren und Ärzte, inzwischen gibt es grüne Parlamentarier und last not least die BI.
Der "Wettlauf" zwischen Wackersdorf und Dragahn beginnt. Damit es zünftig zugeht, gibt Albrecht den Gegnern der WAA noch einige Ratschläge mit auf den Weg.
In einem Zeitungsinterview bemerkt er auf die Frage, wie hoch er den Widerstand gegen die WAA-Pläne einschätze und ob es seines Erachtens wieder zu "Straßenschlachten der Atomgegner mit der Polizei" kommen würde:

"Ich hoffe nicht, ich glaube es auch nicht. Ich bin sicher, daß es zu Demonstrationen kommen wird. Es ist das Recht eines jeden Bürgers, seine Meinung in der Öffentlichkeit durch friedliche Demonstrationen deutlich zu machen. Ich weiß aus vielerlei Kontakten, daß dankenswerterweise auch die Bürgerinitiativen und die UWG (Anm. Unabhängige Wählergemeinschaft, atomfeindliche kommunale Gruppierung) im Landkreis Lüchow-Dannenberg sich Mühe geben, Demonstrationen, an denen sie teilnehmen, friedlich zu gestalten. So lange das so bleibt, ist in unserem demokratischen Rechtsstaat alles in bester Ordnung."

Der tiefere Gehalt dieser Botschaft wird begriffen: **solange der Protest friedlich verläuft, wird er ignoriert, dann ist für die Landesregierung und die Betreiber alles in bester Ordnung.** Die Formen des Protests verändern sich, neben Saalveranstaltungen, Schweigeminuten und Treckerdemonstrationen als Antwort auf die Wortbruchpolitik der Landesregierung **nehmen Brandanschläge und die Demontage von Schienen der zukünftigen Atommüllstrecken schlagartig zu.** Der Verfassungsschutzbericht für die Jahre 1983/84 weist aus, daß **über die Hälfte aller Anschläge in der BRD auf "kerntechnische Einrichtungen" allein im Kreisgebiet Lüchow-Dannenbergs zu verzeichnen waren.** Radikalisierung des Protestes und Differenzierung sind die Komponenten, die es dem Staatsschutz verdammt schwierig machen, die Ermittlungen kommen nicht recht voran, trotz der Gummiparagraphen 129/129 a StGB (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung!), die Hausdurchsuchungen, das Abhören von Telefonen und eine großangelegte computergesteuerte Fahndung ermöglichen - ein Landkreis landet im Polizeicomputer, über 3.000 Menschen werden in Spitzenzeiten ausgeforscht. Während der Staatsschutz eifrig ermittelt, wird intern heftig gestritten, es wird sich zerstritten, auseinander- und wieder zusammengesetzt: so widersprüchliche Aktionsformen wie die Menschenkette mit 16.000 Teilnehmer/innen aus dem Spektrum der Friedensbewegung und kirchlicher Kreise im März 1984, Blockaden und brennende Strohballen bei der Wendlandblockade einen Monat später sind das Resultat dieses Prozesses.

Dennoch - nach 8 Jahren Kampf, am 8. Oktober des Orwelljahres 1984 verliert das Wendland seine atomare Unschuld, der erste Atommüll wird im Zickzack nach Gorleben geschleust.

4.2.1985 - mehr als 200 Menschen warten gebannt im Dragahner Forst auf die Entscheidung des WAA-Pokers. Die DWK entscheidet sich für das bayerische Wackersdorf, aber die Lüchow-Dannenberger jubilieren nicht, von nun an werden auch sie zu "Reisechaoten", unterstützen den Protest in der Oberpfalz.
Aber es bleibt genug zu tun: das **Zwischenlager für schwach- und mittelaktiven Müll** wird zwar vom Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg für 1 Jahr wegen gravierender Baumängel wieder stillgelegt, nimmt dann den Betrieb unter dem Schutz von BGS und Polizei wieder auf, das **Zwischenlager für die Brennelemente** aus den AKW's ist betriebsfertig, aber gerichtlich blockiert, die Bauarbeiten am **Endlager** - als "Erkundung" notdürftig bemäntelt - schreiten zügig voran, auch die katastrophalen Befunde des Salzstocks Gor-

Foto Uwe Wenk

leben-Rambow ändern nichts daran.
Vier Tage nach Tschernobyl sattelt die DWK drauf: eine **Konditionierungsanlage** - als "Pilotprojekt" - soll das Nukleare Entsorgungszentrum Gorleben, das Atomklo der Nation komplettieren.
Viel wurde erreicht, doch viel noch gibt es zu tun. Auf die nächsten 10 Jahre!

(Wolfgang Ehmke)

Soeben ist das Buch mit dem Titel: **„Zwischenschritte"** - Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf - erschienen.
Herausgeber: Wolfgang Emke.
Mit Beiträgen u.a. von Heinz Brandt, Robert Jungk, Helmut Hirsch; 232 Seiten, 22 DM. Zu bestellen bei: Kölner Volksblattverlag, Tel.: 0221/317087 (BI's und Büchertische erhalten 35 - 40 % Rabatt)

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Erste Gorlebenklage abgewiesen

Graf Bernstorff hatte gegen das Gorlebener Endlager geklagt / Rahmensbetriebsplan stelle keinen Eingriff in seine Rechte dar / Endlagergesellschaft muß Enteignungsverfahren durchführen

Aus Hannover Jürgen Voges

Das Verwaltungsgericht Lüneburg hat eine erste Klage des Grafen Bernstorff aus Gartow gegen den „Erkundung" genannten Bau des atomaren Endlagers bei Gorleben nach einhalbjähriger Dauer im Eilverfahren abgewiesen. Graf Bernstorff besitzt umfangreiche Wälder am Endlagergelände sowie die Abbaurechte an dem darunter lagernden Salz.

Andreas Graf Bernstorff hatte gegen diesen Rahmenbetriebsplan mit der Begründung einstweiligen Rechtschutz gesucht, daß sich etwa 70 bis 90 des bei der „Erkundung" zum Abbau vorgesehenen Salzes in seinem Besitz befänden und daß durch die etwa 50 Meter hohe Salzhalde, die bei der Erkundung aufgeschüttet wird, sein Wald geschädigt werde. Strittig war in dem Verfaren unter anderem die Rechtsnatur des Rahmenbetriebsplanes. Da zur Durchführung der Baumaßnahmen an dem Endlager noch jeweilige Haupt- oder Sonderbetriebspläne erforderlich sind, konnte sich die Kammer auf den Standpunkt stellen, daß der Erlaß des Rahmenbetriebsplanes noch kein in die Rechte des Grafen eingreifender Verwaltungsakt sei.

Die Lüneburger Verwaltungsrichter haben mit dieser Entscheidung allerdings ausdrücklich die Eigentumsrechte des Grafen an dem Salzstock bestätigt. Wenn die Endlagergesellschaft tatsächlich von den beiden Schächten, die jetzt auf ihren eigenen Gelände abgetäuft werden, wie geplant die Endlagerstollen in das gräfliche Salz vortreiben will, muß sie zuvor ein Enteignungsverfahren durchführen.

TAZ vom 5.2.87

* Das AKW Stade, Funktionsweise etc. *** Die Gefahr eines Super-GAU's *** Materialversprödung im Stader AKW *** Pannenstatistik ***Die Industrialisierung einer Region *** Energieversorgung ohne Atomstrom *** Die Verantwortung der Wissenschaft *** Herausgeber: Stade AK in der BBA Bremen.

Die Stade-Broschüre und auch einige andere aktuelle Broschüren wie z.B. zum Göttinger Kessel (4.-DM), Atomzentrum Hanau (5.-DM), zur neuen Polizeibewaffnung (6.-DM) und natürlich die Doku zu den neuen Gesetzen (4.-DM) können bestellt werden bei:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945, Rheinhäuser Landstr. 24
3400 Göttingen, Tel.0551-7700158

Das Bild ist erhältlich als Plakat, Din A 1, zweifarbig (rot-schwarz). Wenn es euch gefällt, könnt ihr es in eurer Stadt kleben, in der Fußgängerzone verkaufen, aufs Klo hängen ... 1 Plakat kostet 2.-DM. Ab 20 Stck. 1.80 DM. Bestellungen an: Dirk Henn, Karl-Gerhard-Str. 4 in 5840 Schwerte

Dokumentation

Kriminalisierung der Radi - Aktiv

Die Dokumentation hat einen Umfang von 40 Seiten und kostet DM 4,00; ab 5 Ex. DM 3,00 (plus Porto).

Bestellungen bei:
Radi-Aktiv, Rothenburger Str. 105, 8500 Nürnberg 70, Tel.: 0911/288946

Fröhliche Weihnachten, Wir wollen leben!

Mit der Aktion in der Nacht vom 23.12. auf den 24.12.86 an dem Strommasten bei Lohhof/Kreis München wollten wir folgendes vermitteln:

Mit diesem Gruß an alle Bürger/innen möchten wir der von der Regierung und den Medien propagierten Chaotenhetze etwas entgegensetzen. Gerade die neuen zur "Terroristenbekämpfung" verabschiedeten Gesetze kriminalisieren jede/n kritische/n Bürger/in und Atomkraftgegner/in zur/zum blindwütigen, menschenverachtenden Terroristin/Terroristen.

Wir lassen es nicht zu, daß unsere Widerstandsform pauschal als Terrorismus bezeichnet wird.

Unsere Bedenken gegen die Atomtechnik sollten auch ohne spektakuläre Anschläge Beachtung in der Öffentlichkeit finden. Sie werden nicht dadurch geringer, daß diese einfach übergangen werden.

Unser Widerstand wird nicht dadurch geringer, daß man uns durch neue Gesetze kriminalisiert.

Diese Kriminalisierung entbindet uns nicht von der Notwendigkeit, breitgefächerten Widerstand gegen eine lebensbedrohende Technologie zu leisten, um unsres und zukünftiges Leben zu schützen.

Die "Gewalt" gegen Sachen, die wir ausüben, ist im Verhältnis gering zu der Gewalt, die auf uns ausgeübt wird durch die Gefährdung und Zerstörung unseres Lebensraumes.

Doch den Mast zu fällen, war heute nicht unsere Absicht ...

taz 30.1.87

Anschlag auf Strommast

Erneut haben unbekannte Täter einen Anschlag auf einen Strommast verübt. Sie sägten im Gemeindegebiet von Breitenbrunn (Landkreis Neumarkt/Oberpfalz) nach Anga-

Welt in Kürze

ben der Polizei zwei Fichten um. Dabei fiel eine auf eine 20 000-Volt-Leitung. Es kam zu einem halbstündigen Stromausfall in elf Gemeinden.

EJZ 20.1.87

Versperrt war am Sonntagmorgen der Zugang zum Kommunalen Rechenzentrum: Unbekannte Täter hatten das Schloß mit Sekundenkleber verschmiert und mit schwarzer Farbe „Wahlboykott" auf die Wand gesprayt. Das Schloß mußte ausgetauscht werden. Ansonsten verlief die Wahl in Stadt und Landkreis ohne Zwischenfälle, teilte die Polizei mit.

taz 7.2.87

Schraube locker

taz. Ungewöhnliche Post geht in diesen Tagen bei verschiedenen Zeitungen und Verwaltungsorganen ein. Eine Gruppe von Atomkraftgegnern hat in der Nähe von Elmshorn Schrauben aus Strommasten herausgedreht und diese verschickt. Mit ihrer Aktion wollen die Absender den „politischen Preis für die Durchsetzung des Atomprogramms hochschrauben", damit „das Atomprogramm keine Schraube ohne Ende" wird.

taz 16.2.87

Strommast umgerissen

Im Landkreis Offenbach haben Unbekannte einen Strommast mit Hilfe eines starken Seils umgerissen. Ein Pressefotograf wurde als angeblicher Täter festgenommen. Die Polizei bat wegen Nachahmungsgefahr, vor einer näheren Beschreibung der angewandten Methode abzusehen.

Collection Labadie Foundation
www.labadie.org
Digitized 2018